DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

315 27. JAHRGANG Dezember 2010 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Im vierten und letzten Teil unserer Serie »Überleben in Ghettos und Slums« unternehmen wir eine kleine Zeitreise in die USA des Jahres 1932 zu den New-Deal Projects »Civilian Conservation Corps« und den »Subsistence Resettlement Projects«. Mit einem Sprung nach Afrika und der Vorstellung des Projekts TACARE in Tansania beendet Wolfgang Ratzel diese Serie. Seite 3

NICARAGUA

Während des Contrakrieges in Nicaragua wurde »Radio Centro« als Gegeninformationsmedium gegründet, um den US-beeinflussten Sendern eine Stimme aus dem eigenen Land entgegenzusetzen. Der Werkhof in Darmstadt war mit anderen Solidaritätsgruppen am Aufbau des Senders beteiligt. Das Konzept eines »Radios von unten« hat sich seit 18 Jahren bewährt. Seite 5

STUTTGART 21

Stuttgart ist nach dem gewalttätigen Polizeieinsatz am 30. September eine andere Stadt. Die Wahrnehmung der Ereignisse hat sich auch durch den Einsatz neuer Medien verändert. Die Polizeigewalt wurde zeitlich unmittelbar dokumentiert und im Netz sichtbar. Ein grundsätzlicher Debattenbeitrag zur digitalen Öffentlichkeit und zum Kampf um die Meinungshoheit auf Seite 5.

REPRESSION

Am Dienstagmorgen, den 26.10.2010, hatten Beamte der Berliner Staatschutzbehörde die Buchläden Schwarze Risse im Mehringhof und der Kastanienallee, den Buchladen oh21 und den Infoladen M99 durchsucht. Zum sechsten Mal in diesem Jahr! Die Beamten präsentierten wechselnde Begründungen: Mal geht es um die Beschlagnahmung der linken Szenezeitschrift »Interim«, mal um ein antimilitaristisches Flugblatt, mal um die Unschädlichmachung eines Aufrufs zu Demonstrationen gegen die Einheitsfeiern in Bremen. Bericht und eine unvollständige Chronik der Durchsuchungen auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

Besonders für ältere, oft hoch qualifizierte Erwerbslose verengten sich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren zunehmend auf Zeitarbeits-Angebote. Nicht selten zahlen dabei die Unternehmen an die Zeitarbeits-Firma mehr, als sie an Personalkosten für ihr Stammpersonal ausgeben. Die Zeitarbeiter bekommen jedoch erheblich weniger. Die Differenz bleibt bei den Zeitarbeits-Unternehmen. Deren Inhaber verdienen gut daran. Um dem entgegen zu wirken, wurde die ARBEITZUERST eG mit Sitz in Stuttgart als PersonaldienstleisterZeitarbeit gegründet. Seite 13

www.contraste.org

VON DER VIELFALT ANDEREN WIRTSCHAFTENS INNER- UND AUSSERHALB DER MARKTWIRTSCHAFT

Solidarische Ökonomie hat viele Gesichter

Was die verschiedenen Formen Solidarischer Ökonomien eint, ist das Wirtschaften für die Menschen statt für den Profit. Das heißt es geht nicht darum, Gewinne zu erzielen, sondern darum, Produkte herzustellen oder Leistungen zu erbringen, die konkrete menschliche Bedürfnisse befriedigen.

Von Hartwig Daniels (Mainz) und Elisabeth Voß (Berlin) ● Die Beziehungen dieser solidarischen Wirtschaftstätigkeit zur dominierenden Marktwirtschaft können sehr unterschiedlich sein. Die Bandbreite der Akteure reicht von genossenschaftlichen Unternehmungen, die in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz bestehen und deshalb auch Überschüsse erwirtschaften müssen, über öffentlich geförderte Sozialprojekte bis zu Formen von Produktion oder Dienstleistungen jenseits des Marktes, die den Eigenbedarf Einzelner oder bestimmter Gruppen – etwa Nachbarschaften – decken.

Der Begriff »Solidarische Ökonomie« wurde in den 1970er Jahren von Luis Razeto in Chile geprägt. Er untersuchte kleine Selbsthilfeunternehmen von marginalisierten Menschen und fand heraus, was auch Erfahrungen hierzulande bestätigen: es liegt vor allem an den Beteiligten selbst und ihrem Umgang miteinander, ob ihr Vorhaben dauerhaft lebensfähig ist. Erschwerend kommt hinzu, dass Vorhaben der Solidarischen Ökonomie sich innerhalb einer dominierenden Marktwirtschaft entwickeln müssen, die auf Gewinnorientierung und Konkurrenz basiert und die dem Zwang zu wirtschaftlichem Wachstum unterliegt. Von ihr geht oft eine Bedrohung aus. Wir verstehen Solidarische Ökonomie jenseits der Betrachtung einzelner mikroökonomischer Beispiele daher auch als grundlegenden Gesellschaftsentwurf, als politisches Projekt. Neben einzelnen Betrieben und Projekten, die basisdemokratisch und nutzenorientiert arbeiten, geht es uns auch um den makroökonomischen Blick auf öffentliche Unternehmen, ganze Volkswirtschaften und internationale Beziehungen, die sich an Grundwerten wie Solidarität und Menschenrechten für ausnahmslos alle Menschen auf dieser Welt – sowohl die heute Lebenden als auch zukünftige Generationen – orientieren.

Aspekte der wirtschaftlichen Selbsthilfe am Markt sind zum einen Versuche, bessere oder günstigere Produkte herzustellen, als sie am Markt verfügbar sind, zum anderen die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen zu würdigen Bedingungen. Dabei kommt es zur Aufhebung der Rollen von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, die Menschen arbeiten selbstverwaltet und selbstbestimmt. Carl Davidson skizziert anhand von 10 Projektbeispielen die Vielfalt solcher Selbsthilfeunternehmen in den USA. Hartwig Daniels stellt die Attac-Kampagne »Betriebe in Belegschaftshand« vor. Sie setzt sich dafür ein, dass in Deutschland bessere gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen zur Fortführung von Betrieben durch die Belegschaften geschaffen werden, deren Eigentümer wechselt, oder die durch Insolvenz bedroht sind.

Foto: Oliver Voß

Judith Dellheim gibt einen Einblick in Strukturen Solidarischer Ökonomien in Mittel- und Osteuropa, die im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Not, internationaler Unterstützung und politischen Auseinandersetzungen eigene Wege und eigene Begrifflichkeiten entwickeln. Dazu gehören auch Kämpfe um Ressourcen der Daseinsvorsorge und die Bewahrung und Bewirtschaftung öffentlicher Infrastrukturen. Diese spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in Lateinamerika, und Kerstin Sack zeigt darüber hinaus auf, wie dort internationale solidarische wirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden von Regierungen, die zumindest partiell aus der Staatenkonkurrenz austreten, weil sie verstanden haben, dass die Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen besser mit- als gegeneinander befriedigt werden können.

Jenseits der Marktwirtschaft scheint eine Aufhebung der – aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise resultierenden – Trennung von Produktion und Reproduktion auf. In ihrem Überblick über die noch kleine CSA-Bewegung in Deutschland (CSA = Community Supported Agriculture) zeigt Dagmar Embshoff, dass es hier um gemeinschaftliche Selbstversorgung geht, und nicht um Aktivitäten am Markt. Der Beitrag von Ulrike Knobloch über Care Ökonomie verdeutlicht die Vielfalt von Sorgetätigkeiten sowohl in Produktion und Reproduktion, als auch darüber hinaus. Wichtig ist hier auch der Blick auf die Geschlechterverhältnisse.

In der Vielfalt Solidarischer Ökonomien ist es aber letztlich immer die einzelne Person, die als handelndes Subjekt – allein oder gemeinsam mit anderen – die Welt gestaltet. In diesem Sinne stellt Franziska Kohler die Anregungen, was jede und jeder selbst tun kann, des österreichischen Attac-Aktivisten Christian Felber vor. ●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10.

Weitere Beiträge folgen:
Im Januar 2011 von Elisabeth Voß zu Umsetzungsstrategien für Solidarische Ökonomien und im Februar 2011 von Hartwig Daniels zur Rolle von Gewerkschaften bei Betriebsübernahmen durch Belegschaften.

D 8008

Anzeige

AUS FÜR VERSUCHSPROJEKT IN SELBSTVERWALTUNG

»Strike Bike« geht in Konkurs

Im November 2010 hat die Strike Bike GmbH, mit ihren verbliebenen zwei Geschäftsführern André Kegel und Sven Aderhold als Vollzeitkräften und zwei geringfügig Beschäftigten, Insolvenz angemeldet. Die Produktion wird, laut Insolvenzverwalter Rolf Rombach, Ende des Jahres eingestellt.

Von Ulf Martin, Hamburg ● Damit ist der Versuch, aus dem Widerstand gegen die Übernahme der Nordhausener Fahrradwerke durch einen Finanzinvestor heraus eine selbstorganisierte Produktion aufzubauen, Geschichte. Nach dem Beitritt der fünf neuen Länder hatte die süddeutsche Firma Biria einige ostdeutsche Fahrradwerke übernommen. Im Jahr 2005 war der US-amerikanische Finanzinvestor Lone Star bei Biria eingestiegen. Im Rahmen einer Strategie der »Marktbereinigung« sollte das Werk Nordhausen im Sommer 2007 geschlossen werden.

Die Arbeiter wehrten sich dagegen, indem sie das Werk besetzten und – auch motiviert durch die FAU, andere Aktivisten und Gewerkschaften – mit der Produktion des »Strike Bike« begannen. Die Aktion war ein großer Erfolg, es gab weltweite Unterstützung, bis Oktober war die erste Serie von 1.800 Rädern verkauft.

Obwohl bis Ende 2007 die meisten der ursprünglich 135 festen und 160 Leiharbeiter in einer Transfergesellschaft untergekommen und im November die letzten Produktionsanlagen abtransportiert waren, sah es zwischenzeitlich so aus, als ob die verbliebene fünfköpfige Belegschaft einen selbstverwalteten Betrieb würde aufbauen können (CONTRASTE berichtete im April 2008 und Mai 2009).

Noch im Jahr 2009 gelang es, über 2.500 Räder zu verkaufen und es gab Pläne, in den boomenden Markt der Elektrofahrräder einzusteigen. Die Strike-Biker hatten jedoch mit äußeren Widrigkeiten zu kämpfen: Der Markt der preiswerten Alltagsfahrräder ist hart umkämpft, die Zulieferer lieferten zu schlechte Qualität für höherwertige Räder. Das Ende deutete sich ab Frühjahr 2010 an, als auch unterstützende Fahrradhändler niemanden mehr in Nordhausen telefonisch erreichen konnten und bei Bestellungen zwar Geld entgegengenommen, aber keine Räder mehr ausgeliefert wurden.

Das Schicksal von Strike Bike zeigt auch: Trotz der Erfahrung von gemeinschaftlichem Widerstand und der Fähigkeit, eine Produktion selbst organisieren zu können, war kaum ein Zehntel der ursprünglichen Belegschaft bereit, das Experiment eines selbstverwalteten Betriebes auf Dauer zu wagen. Dabei zeigen Beispiele aus Deutschland, aber vor allem auch Italien und Lateinamerika, dass Belegschaften dabei erfolgreich sein können. Die Kombination aus existenzieller Not und Handlungsdruck unter Zeitnot kann einerseits verborgene Kräfte freisetzen, macht aber die Lage andererseits schwierig, was entmutigen kann.

Es dürfte für eine breite Verankerung der Selbstorganisation in der Gesellschaft darauf ankommen, dass diese nicht bloß als letzter Ausweg erscheint, sondern bewusst aus einer Situation heraus angestrebt wird, in der es aktive Handlungsmöglichkeiten gibt. Dazu braucht es den Wunsch, frei von Herrschaft anderer über das eigene Leben zu sein, und einen entsprechenden Gestaltungswillen. Bei Finanzinvestoren, Managern und ihren politischen Helfern jedenfalls ist der Wille, auch auf Kosten anderer gestaltend auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einzuwirken, regelmäßig im Übermaß vorhanden. ●

elis.corner

Großprojekte – trotz allem

Es wird viel diskutiert, konferiert und getagt – Solidarische Ökonomien sind ein größeres Thema geworden. Nur die Praxis hinkt noch ein wenig hinterher. Es gibt wundervolle kleine Kollektive, kreative Nischen und solidarische Netzwerke. Aber größere Zusammenschlüsse zur solidarischen Existenzsicherung einer nennenswerten Anzahl von Menschen? Die taz berichtete kürzlich, dass in vielen US-amerikanischen Großstädten schon heute viele Menschen jenseits jeglicher Einkaufsmöglichkeiten für frisches Gemüse leben. Aus solchen Notsituationen entstanden vor über 160 Jahren die ersten Genossenschaften. Und heute?

Ein kleiner Blick über den Zaun: Die Zuckerrohrfabrik »Catende« in Brasilien – im Film »Viva La Alternativa« als herausragendes Beispiel Solidarischer Ökonomie vorgestellt – wurde bereits letztes Jahr in der Zeitschrift »Lateinamerika-Nachrichten« als »vermeintliches Musterprojekt« bezeichnet, das seine ArbeiterInnen, die unter gesundheitsschädigenden Bedingungen arbeiten müssen, teilweise nicht bezahlt und auch den kooperierenden KleinbäuerInnen Geld vorenthält. »Mondragon«, der weltweit größte, unbedingt bewundernswerte Genossenschaftsverbund in Spanien, hat vor 2 Jahren 160 Mio. Euro bei der Lehman-Pleite verloren. Dieses Jahr hat die genossenschaftseigene Supermarktkette »Eroski« für 150 Mio. Euro einen Teil ihrer Immobilien an einen Fonds verkauft und wieder zurück geleast. Immerhin stammt diese Info von Mondragons eigener Website.

Trotzdem: Deutlich größere Strukturen, die auch Menschen außerhalb der linksalternativen Szene Perspektiven bieten, sind notwendig! Trotz des Risikos, zu scheitern oder neue Hierarchien und korrupte Strukturen auszubilden. Wie zum Beispiel die Wasserwerke im bolivianischen Cochabamba, die nach Kämpfen gegen die Privatisierung rekommunalisiert wurden, deren gewählte Direktoren jedoch, nach neuesten Berichten des Pressedienstes Poonal, eher für sich selbst statt für die zu versorgenden Menschen agieren. Ein Lichtblick scheint nach wie vor die Großgenossenschaft Cocesosola in Venezuela zu sein. Dort sind Arbeitsbereiche zur Befriedigung grundlegender Lebensbereiche wie Gemüsemarkt, Gesundheitszentrum und Bestattungsinstitut entstanden. Die GenossInnen beschäftigen sich intensiv mit ihrer Kommunikation und der Art und Weise ihrer Zusammenarbeit, und es gelingt ihnen, selbst größere Versammlungen ohne Gesprächsleitung durchzuführen.

Und hier? Bei den meisten gemeinnützigen Beschäftigungsträgern stehen die sozialen Ziele schon lange nur noch in der Satzung, während sie sich in ihrer Praxis gerne der zwangszugewiesenen und rechtlosen Erwerbslosen bedienen. Viele Genossenschaften im Wohnungsbau verkommen zu marktwirtschaftlich orientierten Immobilienunternehmen und selbstverwaltete Wohnprojekte treten zunehmend als Baugemeinschaften von Besserverdienenden auf.

Vielleicht entstehen größere selbstorganisierte ökonomische Strukturen aus den aktuellen Diskussionen um landwirtschaftliche Gemeinschaftshöfe (Community Supported Agriculture), Commons (Gemeingüter) oder Belegschaftsbetriebe. Soziale Bewegungen wie zum Beispiel in Berlin die Initiativen für einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr oder für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe haben einen potentiell solidarökonomischen Fokus. Mal sehen was draus wird...●

Elisabeth Voß

AKTION 2010 UND 2011

Erfolgreicher Spenden-Start

Mit dem Beginn unserer Spendenaktion im November haben wir kurz vor Jahresende doch noch unsere Zielmarke für 2010 erreicht und beenden auch dieses Jahr ohne rote Zahlen. Bis zum Stichtag am 23.11.2010 haben uns 3.206 EUR erreicht (s. Kasten auf dieser Seite). Aus dem Spendentopf können bereits 1.620 EUR für das erwartete Defizit 2011 verwendet werden. Nun benötigen wir für das kommende Jahr noch 5.981 EUR. Dank Eurem Engagement, liebe LeserInnen, kann unser Projekt auch im 27. Jahr seines Bestehens weitergeführt werden.

Redaktion Heidelberg ● Kritisch müssen wir aber weiterhin die Anzahl unserer Abos betrachten, die ja den Grundstock für die Existenz unseres Zeitungsprojekts bilden. Diese hat sich leider nicht erhöht. Im Dezember 2009 fehlten uns 148+ Abos, aktuell benötigen wir 144+ Abos. Trotz erfolgreicher Abowerbung mit dem Buch »Wegweiser Solidarische Ökonomie«, die uns seit September 23 neue Abos bescherte, stagniert die Aboauflage.

Im November gab es zwei neue Abos und eine neue Fördermitgliedschaft (70 EUR). Leider aber auch die Kündigung von sieben Abos und zwei Kündigungen der Fördermitgliedschaft (216 EUR).

Für die nächsten 17 neuen Abos gibt es unser Begrüßungsgeschenk, das Buch »Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders Wirtschaften ist möglich!« unserer Redakteurin Elisabeth Voß.

Unsere Abostatistik zeigt, dass das Zeitungsprojekt auch zukünftig das finanzielle Engagement unserer AbonnentInnen und Fördermitglieder benötigen wird. Spielraum für gute Ideen (z.B. ein neues Erscheinungsbild oder eine neue Webseite mit Archivfunktion) unserer RedakteurInnen bleibt dabei nicht. Versprechen können wir allerdings, auch im kommenden Jahr eine inhaltlich spannende Zeitung für Euch, liebe LeserInnen, zu erstellen.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 5.981 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 144+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

UNSERE SPENDEN IM NOVEMBER 2010

Jo-Hannes Bauer, Heidelberg (150 EUR)
Hermann Benz, Villingen (15 EUR)
Christian Biermann, Gütersloh (50 EUR)
Renate Börger, München (20 EUR)
Christian Borchert, Berlin (20 EUR)
Ulrike Braun, Laufersweiler (20 EUR)
Axel Bretzke, Taunusstein (20 EUR)
Werner Driehorst, Uslar (15 EUR)
Engagierte Computer-ExpertInnen, Wien (23,60 EUR)
Klaus Farin, Berlin (50 EUR)
Wilfried Gaum, Barsinghausen (20 EUR)
Gesellschaft zur Förderung der ..., ??? (20 EUR)
Giuliana Giorgi, Berlin (10 EUR)
Eberhard Göpel, Bielefeld (50 EUR)
Matthias Göpfert, Lübeck (20 EUR)
Günter Greuel, Mainz (20 EUR)
Jörg Hänsler, Stuttgart (100 EUR)
Andreas Hammer, Östringen (20 EUR)
Tiedeke Heilmann, Suhlendorf (20 EUR)
Jens Herion, ??? (10 EUR)
Hella Hertzfeldt, Berlin (55 EUR)
Burkhard Hollaz, Reinshagen (11 EUR)
Wolfgang Jakob, Roßdorf (100 EUR)
Hans-Rainer Jonas, Düsseldorf (100 EUR)
Norbert Kistenfeger, Albstadt (30 EUR)
Johann Krug, Augsburg (20 EUR)
Christina Läpple, München (50 EUR)
Jörg Lerner, ??? (30 EUR)
Jürgen Lützel, Neustadt/Weinstr. (50 EUR)
Thomas Maier-Falk, JVA Bruchsal (15 EUR)
Bernd Maier-Staud, Frankfurt/Main (150 EUR)
Chris Maßholder, Bad Homburg (50 EUR)
Mick Meier, Unterhaching (5,50 EUR)
Klaus Merkle, Waiblingen (250 EUR)
Phyllis Metzdorf, Wasserburg (40 EUR)
Roland Mink, Morbach (50 EUR)
Christof Müller, Buchholz (150 EUR)
N.N., Berlin (30 EUR)
N.N., Frankfurt/Main (30 EUR)
N.N., Göttingen (80 EUR)
N.N.. Molkenberg (100 EUR)
N.N., Rostock (50 EUR)
Hermann Oberth, Hamburg (20 EUR)
Reva Pasold, Reichenberg (20 EUR)
Helmut Richter, Frankfurt/Main (20 EUR)
Werner Ruhoff, Köln (12 EUR)
Heinz Schenk, Berthelsdorf (50 EUR)
Annette Schlemm, Jena (30 EUR)
Armin Scholl, Münster (50 EUR)
Elisabeth Seidel, München (25 EUR)
Jörg Sommer, Heidelberg (10 EUR)
Oliver Sorge, Jahnishausen (14,50 EUR)
Volker Spiel, Mönkhagen (100 EUR)
Jan Strebelow, Rosdorf (15 EUR)
Kathrin Taube, München (20 EUR)
Holger Edzard Voss, ??? (20 EUR)
Klaus Wazlawik, Berlin (15 EUR)
Wolfgang Weisshuhn, ??? (50 EUR)
Christian Wend, Potsdam (20 EUR)
Ingo Wolf, Gera (5 EUR)
Michael Wolf, ??? (20 EUR)
Harald Wutte, Augsburg (50 EUR)
Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg (500 EUR)
Lutz Zerowski, Berlin (20 EUR)
Herzlichen Dank!

ARCHIV DER JUGENDKULTUREN

Das Berliner Archiv der Jugendkulturen e.V. hat es geschafft. 102.280 EUR (Stand 17.11.2010) sind innerhalb einer beispielhaften Spendenkampagne, die im Juli 2010 gestartet wurde, auf dem Stiftungskonto eingezahlt worden. Der auslaufende Mietvertrag wurde im November verlängert und die Stiftung »Archiv der Jugendkulturen« kann nun gegründet werden.
Das Archiv hofft auf den Eingang zusätzlicher Spenden, um zwei bisher ehrenamtlich arbeitenden MitarbeiterInnen einen 400 EUR-Job anbieten zu können und um zusätzlich einem jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, im Archiv der Jugendkulturen ein Freiwilliges Soziales Jahr zu absolvieren. Mehr dazu auf: www.jugendkulturen.de

diego

Spendenkontonummer: 1241383853, BLZ: 500 502 01, Frankfurter Sparkasse, Konto-Inhaber: Klaus Farin, Zweck: Spende Stiftung
Für internationale Überweisungen:
IBAN: DE85 5005 0201 1241 3838 53
BIC: HELADEF1822

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Chansons sans cigare

Die Lieder aus dem anderen, dem revolutionären Frankreich verspricht das neue Album des Liedermachers Bernd Köhler. Hierfür hat er diesmal mit der Französin Blandine Bonjour kooperiert. Gemeinsam hat das Duo revolutionäre Chansons neu eingespielt, die sie seit zwei Jahren schon live auf Konzerten präsentieren.

Dazu zählen neben »Le temps des cerises«, einem in der Zeit der Pariser Commune entstandenen Chanson, u.a. auch Georges Brassens Frühwerk »La mauvaise reputation«, eine Hommage an den Aufstand der Lyoner (»Les Canuts«) von Aristide Bruant oder der Chanson »La Rue des Blancs-Manteaux«, der aus der Feder des Existenzialisten Jean-Paul Sartre stammt. In diesen Chansons spiegelt sich das Hoffen und Streben von Menschen nach einer besseren Welt wieder – sei es in den revolutionären Erhebungen im 19. Jahrhundert oder im Pariser Mai von 1968. In der Zusammenstellung verschwimmen auch die Grenzen von einer häufig als »Hochkultur« verklärten Welt der Chansoniers und den klassischen »Gassenhauern« des Volkes. In dieser Hinsicht scheint Frankreich – trotz vieler ansonsten strikteren Abgrenzungs- und Selektionsmechanismen zwischen »Elite« und »Rest der Gesellschaft« – sowieso offener zu sein.

Ein besonderes Highlight ist auch die hier präsentierte Version von »Die Moorsoldaten«. Das Duo singt jeweils drei Strophen in deutscher und französischer Sprache jenes 1934 im KZ Börgermoor entstandenen Liedes. Neben diesem Song findet sich auch noch mit »Giroflé, Girofla« ein weiterer Chansons, der von der Erfahrung mit dem deutschen Faschismus handelt. Die deutsche Dichterin Rosa Holt schrieb den Text 1933 im Exil.

Weiterhin finden sich mit dem vielfach gecoverten Flugblattlied »Die Gedanken sind frei« sowie das von dem DDR-Liedermacher Kurt Demmler stammende Lied »Lied von den Kranichen«. Beide fallen etwas aus dem Konzept heraus. Auch wenn das Album leider nicht konsequent als Konzeptalbum fungiert, wie es der Titel verspricht, ist es ein gelungenes Album geworden. Ein Album, was einen sehr bunten Potpouri bietet, von Chansons aus der revolutionären Geschichte Frankreichs, dem antifaschistischen Spektrum, bis hin zu einer Hymne der regionalistischen Bewegungen.

Zu jedem Chansons gibt es eine zweisprachige Info. Die gesammelten Songtexte stehen übrigens auch zum Download auf der Seite www.ewo2.de/berndkoehler zur Verfügung. Damit dürfte dieses Album nicht nur für die frankophile Gemeinde von Interesse sein. Hier werden neben bekannten Chansons auch eine Reihe von unlängst vergessenen bzw. in der deutschen Linken kaum bekannte, veröffentlicht.●

DJ Chaoz

Blandine Bonjour & Bernd Köhler: Chansons sans cigare (Jump Up / Plattenbau)

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ÜBERLEBEN IN GHETTOS UND SLUMS – TEIL 4

New Deal und Solidarische Ökonomie statt Slums?

Kapitalismus erzeugt quasi »natur«gesetzlich Slums und Ghettos, denn die kapitalistische Lebens- und Wirtschaftsweise beruht auf der Grundunterscheidung zwischen Verwertbarem und Nichtverwertbarem. Das Verwertbare – egal ob Menschen-, Tier-, Pflanzenmaterial oder Ressourcen – dient der Kapitalakkumulation; die nichtverwertbaren Menschen landen in den Ausnahmeräumen der Slums und Ghettos.
Der gigantische Abfall dieser Lebensweise schafft die Müllberge, von deren Recycling der Slum maßgeblich »lebt«. Kurz und krass: »Der exkludierte menschliche 'Abfall' lebt vom Abfall der in die kapitalistische Lebensweise (noch) Inkludierten«.
Es kann somit immer nur um »richtige« Überlebensstrategien im »falschen« Leben gehen.

Von Wolfgang Ratzel, Berlin ● 950 Millionen Menschen der Entwicklungs- und Schwellenländer leben in Slums, 50 Millionen in den Ghettos der Industrieländer. Nur Wenigen gelingt es, den Ghettos und Slums zu entkommen; die Vielen bleiben zurück, leben schrecklich und sterben einen vorzeitigen Tod. Und viele verhungern oder sterben an hungerbedingten Krankheiten. *Wer aber stirbt, bereinigt die Statistik. Denn gezählt wird immer nur, wer hungernd lebt.*

Das World Food Programm (WFP) rechnet so: In den 70er Jahren hungerte jeder dritte Mensch (von 3,7 Milliarden), heute nur noch jeder siebte (von fast 7 Milliarden). Bezogen auf die stark gewachsene Weltbevölkerung hungert ein weit geringerer Prozentsatz – also war unsere Hungerhilfe erfolgreich, aber nicht erfolgreich genug. Welch zynische Logik! Die Verhungerten sind so gründlich eliminiert, dass sie noch nicht einmal als schiere Ziffer ihr Grab finden. Und niemand kennt ihre Zahl: Sind es täglich 25.000 (davon 13.000 Kinder), die an den Folgen der Unterernährung sterben, so das WFP – oder gar 100.000 pro Tag, so Jean Ziegler? 9,1 oder 36,5 Millionen pro Jahr? Ob so oder so: Das wahre Ausmaß der Systemgewalt wird erst dann sichtbar, wenn wir das gewaltige Heer der Hungertoten hinzudenken – und dazu das Artensterben und die schwindenden Ressourcen.

Welch ein Paradox! Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das weit mehr produzieren kann als es verbraucht, und derselbe Mensch schuf Verhältnisse, die nicht in der Lage sind, diese Produktiv- und Schöpfungskraft zu entfalten. Die Achillesferse des Kapitalismus ist diese *strukturelle Unfähigkeit* zur Entfaltung aller, je nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen. Hier muss jede systemüberwindende Lebens- und Wirtschaftsweise ansetzen.

Leicht gesagt und schwer getan. Vielleicht können wir aus der Geschichte lernen.

Flash backwards – eine kleine Zeitreise ins Jahr 1932

Stell dir vor, du bist jung und männlich, und du lebst in den USA, in der »Great Depression« nach dem 24. Oktober 1929, dem schwarzen Donnerstag, die dort bis 1941 dauern wird: Überall Massenarbeitslosigkeit, nicht nur in den Ghettos. Überall so gut wie keine soziale Sicherung. Die Menschen hungern zu Millionen; einige verhungern, ohne kirchliche und private Initiativen wären Massen verhungert. Und du gehörst zur »lost generation« der 14 Millionen arbeitslosen Männer. Was machst du dann? Du wirst ein *Hobo*, ein Wanderarbeiter, der von Brücken oder seitlich auf langsamrollende boxcars der Güterzüge aufspringt. Notfalls hockst du dich auf die Kopplungen oder bindest dich an den Steigleitern fest. Und trotzdem findest du keine Arbeit. Später wird dich Woody Guthrie besingen – er war dabei.

1932 gewinnt Franklin Delano Roosevelt mit 57,4% die Wahlen. In seiner selbsterzeugten Krise ließ sich der liberale Kapitalismus *regulieren* – um seines Überlebens willen. Roosevelt nennt die neue Zeit verheißungsvoll »New Deal – Neuverteilung der Karten«, und du fragst dich, wohin wird er umverteilen? Z.B. hin **zum CCC, zum Civilian Conservation Corps**, der Name, der für sinnvolle, entlohnte, von der Bevölkerung bewunderte gemeinwohlorientierte Freiwilligenarbeit steht. Von dort winkt Lohn, und Deine Arbeitszeit wird statt übliche 48 Stunden nur 40 Stunden pro Woche, 5 mal 8 Stunden, dauern. Du wirst in einem geschlossenen Workcamp leben, einem von 1.500, zusammen mit 200 CCC-Boys plus Fachpersonal, und deine Vorgesetzten werden US-Offiziere und ein Militärarzt sein. Du wirst in einer Abteilung von 20-30 CCC-Boys arbeiten, in Selbstverantwortung und unter einem Fachvorarbeiter. Du wirst Lesen und Schreiben lernen und Bildungsveranstaltungen erleben. Deine Uniform werden die CCC-Jeans sein, und dein Arbeitseinsatz wird nach 6 Monaten, längstens nach 3 Jahren enden. Was würdest du machen, wenn dein Bauch dich und deine Nächsten anknurrt? Nix wie hin! Und so wie du dachten von Anfang an 250.000 junge Männer, Höchststand 506.000 im August 1935, im Schnitt 300.000, in neun Jahren insgesamt 3.463.766 **(1)**. 1942 war es vorbei mit dem CCC; der Kriegseintritt der USA bot »Stellen« an der Front und in der Kriegsindustrie.

CCC-Boys, genannt »Roosevelts Tree Army« (alle Fotos auf dieser Seite)

CCC war der Name für das beliebteste New Deal Projekt. Die Zustimmung lag bei 97%. Noch heute schwärmen uraltgewordene Veteranen von »Damals« **(2)**. Faszinierend wirkte das Hauptziel des CCC: Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit durch sinnvolle, entlohnte Arbeiten für das Gemeinwohl. **(3)**Zumal die Ergebnisse sicht- und anfassbar waren: Dringende Gemeinwohlarbeiten wurden erledigt. Die Jungmännerkriminalität ging um die Hälfte zurück. Die Familie konnte stolz auf »ihren« CCC-Boy sein, weil er sie maßgeblich miternährte. Und jener konnte stolz auf sich sein, weil er sich und seine Familie über Wasser halten konnte. **(5)** Die CCC-Boys arbeiteten gegen Lohn, für netto 30 Dollar pro Monat plus freie Kost, Logis und Gesundheitsversorgung. Sie verdienten in der Wirtschaftskrise »mehr, als die Arbeiter in manchen Berufszweigen bekamen.« **(4)** In heutigen Ohren klingt das nach Hungerlohn. Aber zwischen 1933 und 2009 hat der Dollar 94 Prozent seiner Kaufkraft verloren **(5)**. Die Kaufkraft von 30 Dollar entspräche heute freiverfügbaren 500 Dollar pro Monat, wovon an die Familie 25 Dollar (= 417 Dollar) abgeführt wurden und 5 Dollar (= 83 Dollar) beim CCC-Boy blieben.

Die CCC-Boys, nicht umsonst »Roosevelts Tree Army« genannt, arbeiteten je zur Hälfte in Öko- und Infrastrukturprojekten. Sie pflanzten 3 Milliarden Bäume und forsteten 3.000 qkm Wald auf, eine Fläche größer als das Saarland. Sie schlugen Feuerschneisen, liefen Feuerpatrouillen, errichteten 3.470 Feuerwacht-Türme, schufen Wanderwege, Picknickplätze und Schutzhütten in 800 State-Parks. Dazu kam der Einsatz im Soil Conservation Service, d.h. Gras säen gegen Bodenerosion, auf 160.000 qkm Staubland, mitten in den Staubstürmen der dust bowl of the Great Plains, in der Staubschüssel der Großen Ebenen. Sie bauten Wasserreservoirs und Dämme gegen Hochwasser, unter anderem den Santa Anita Damm und Dämme am Tangipahoa- und Winooski-River. Sie halfen bei Überschwemmungen, schützten verlassene Häuser vor Plünderern, legten Tierreservate und Fischzuchtteiche an. Sie retteten 100.000 frei grasende Schafe aus den Schneestürmen in Utah. Nicht zu vergessen die 200.000 km Straßen, 46.854 Brücken und 145.000 km Telefonleitungen in ländlichen Regionen, die technische Infrastruktur wie z.B. die Elektrizitätsgewinnung im Tennessee-Valley und die kulturhistorischen Denkmäler.

Ihre Arbeit war gering mechanisiert: Handarbeit mit dem Spaten. Nach und nach kam schwereres Gerät zum Einsatz: pro Abteilung 15-20 Traktoren und LKWs – wie in »normalen« Jobs auch. Die Kommunen wetteiferten um die Ansiedlung der Workcamps – vor allem wegen der 25.000 Stellen für Local Experienced Men, tariflich bezahlte Vorarbeiter.

Die Zeit im CCC zählte bei späteren Bewerbungen. *Ein CCC-Boy konnte dem Ghetto entkommen!*

Subsistenz-Landkooperativen

Das zweite New-Deal-Project gegen das Verhungern waren die Subsistence Resettlement Projects. Motto: »Small Loans Give Farmers a New Start – Kleine Leihgaben ermöglichen Bauern einen Neubeginn«. New Deal begann ab 1934, staatlichen Boden samt Saatgut und Ackergerät an hungerleidende StädterInnen und bankrotte Farmer zu verpachten. Die Farm City »Penderlea Homestead Farms« / North Carolina war eine von 152 Subsistenz-Cooperativen.

Und hier kommen die Workcamps des Civilian Conservation Corps ins Spiel: Die CCC-Boys rodeten allein in Penderlea mehr als 300.000 Bäume, legten den Sumpfwald trocken, gruben Kanäle, bauten die staatlich finanzierten Gemeinschaftseinrichtungen – Molkerei, Schrotmühle, Warenlager, Klinik, Schule – und die Bauernhöfe, in die dann Leute wie Sarah Griffin einzogen: »Bevor wir in Penderlea ankamen, wohnten wir in Großmutters Schuppen. Wir lebten wie Vieh.« Der Vater war Wanderarbeiter. Die neunköpfige Familie hungerte. North Carolina hatte 45% Arbeitslose. Dann wurde die Familie Griffin für Penderlea ausgewählt **(6)**. Die Arbeit auf den 20 acre Pachtland (8 Hektar) war hart **(7)**: »Aber wir hatten Strom, Toilette, fließend Wasser – sogar warmes, wenn Mutter in der Küche den Ofen heizte« **(8)**. Später kam noch eine Strumpffabrik hinzu, an der die Neubauern Anteile hielten.

Worin unterscheiden sich CCC und SubCoops von hiesigen milliardenschweren »Beschäftigungsprogrammen«? Nun, sie organisierten eben keine demütigende *Beschäftigungstherapie*. Der CCC erledigte sinnvolle ökosoziale Großprojekte, die noch 75 Jahre später Ansehen verleihen, damals Chancen auf einen Arbeitsplatz eröffneten und zugleich um die 12 Millionen Familienangehörige, wenngleich karg, ernährten. Und die SubCoops ermöglichten die Ernährung aus eigener Kraft. Geradezu visionär aber war die enge Verkoppelung von Umwelt- und Mitweltschutz.

Sprung nach Afrika – Wie Slums verhindern?

In Kapitalismen (fast) ohne soziale Sicherungen entkommen nur diejenigen dem Slum, die skrupellos die Slum-Ökonomie des Notbehelfs ausbeuten, wie zum Beispiel Yusuf Ali, der »König des Abfalls« im Mega-Slum Dharavi/Mumbai. Die Slum-ArbeiterInnen, die

in fensterlosen stickigen Werkstätten mit bloßen Händen giftigen Elektronikschrott sortieren, machten Yusuf zum »Slum-Millionaire«. Die Vielen aber haben keine Chance zu entkommen. Deshalb muss eine **Slumverhinderungspolitik** vorrangig dort ansetzen, wo die Entwurzelung geschieht – in den weiten ländlichen Gebieten. Wenn die Landwirtschaftsfabriken KleinbäuerInnen enteignen und vertreiben und LandarbeiterInnen wegrationalisieren, dann muss der Staat ihnen Bauernland überlassen. Das geschieht nicht. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Königinweg »Solidarische Ökonomie«?

Der Begriff stellt zuallererst die Frage: »Solidarisch mit wem?« Mit einem Teil oder mit dem Ganzen? Solidarität nur innerhalb der Coop-Belegschaften? Solidarisch nur mit einer lokalen Gemeinschaft? Oder mit der Gesellschaft? Solidarisch nur mit Tieren und Pflanzen? Oder solidarisch-ressourcenschonend mit Menschen *und* Tieren *und* Pflanzen? Das muss klar bezeichnet sein.

Wer am Rand steht, in Ghettos und Slums, für den leuchtet unmittelbar ein, dass ohne ökosoziale Balance kein menschenwürdiges Leben möglich ist: Ohne Wald kein Feuerholz – ohne sauberes Wasser kein Trinkwasser – ohne gute Böden kein Ertrag – ohne Sicherheit schneller Tod und ohne soziale Sicherung kein langes Leben. Mit »out of balance« beginnt das Ende. Eine Solidarische Ökonomie muss somit ressourcenschonend und solidarisch sein mit *allem*, was kreucht und fleucht und wächst und gedeiht.

Solche Ökonomien, ressourcenschonend im Gleichklang Mensch-Tier-Pflanzen, gibt es: Zum Beispiel

das 1994 gegründete TACARE-Projekt des Jane-Goodall-Instituts in Tansania. TACARE meint: Lake **T**anganyika **C**atchment **R**eforestation and **E**ducation Project. Aber TACARE soll auch wie Take Care klingen: behutsam umsorgen, acht geben. Das Projekt unterstützt 23 Dörfer mit 170.000 Menschen rund um den Gombe-Nationalpark, wo die Schimpansen wohnen. Dabei geht es um die Integration von dörflicher Infrastruktur, Forst- und Landwirtschaft, Gesundheitswesen samt Familienplanung und dem Kinder- und Jugendprogramm »Roots & Shoots – Wurzeln und Sprösslinge«. **(9)**

Zu TACARE gehören auch Mikrokredit-Programme, die – im Unterschied zum Grameen-Bank-Modell **(10)** – gleichzeitig Sparprogramme sind, d.h. die Mikrokredite werden aus angesparten Geldbeträgen einer Gruppe vergeben. Die Vergabe erfolgt nach ökosozialen Gesichtspunkten und die Gruppe, meist Frauen, trainiert die Umsetzung der Vorhaben – z.B. Setzlinge ziehen oder Gemüse anbauen. »To me, is *the* way to help the poorest of the poor. You don't just give them money, you *loan* money. And when they pay back, it's their project and they can be proud of it.« sagt Jane Goodall **(11)**. Neueste Weiterung: Der Anbau hochwertiger Kaffeebohnen, die ein internationaler Kaffeeröster zu fairen Preisen aufkauft. Ergebnis: Mit dem Wald wächst das Wohlergehen der Menschen, und mit dem Wald wächst der Überlebensraum der Schimpansen, dem Bezugspunkt aller Aktivitäten von Jane Goodall. *Und die Menschen sind nicht mehr gezwungen, in die Slums der Städte zu wandern.*

Mit TACARE als *a Reason for Hope*, ein Grund zur Hoffnung, endet die vierteilige Serie »Überleben in Slums und Ghettos«. Die Diskussion könnte unter dem Gesichtspunkt weitergeführt werden, ob und wie vor Ort eine Kombination aus Freiwilligendienst und Kooperativen unter ökosozialen Gesichtspunkten funktionieren könnte.●

Anmerkungen:

1) Der ganz normale Rassismus, Antisemitismus und Sexismus der dreißiger Jahre bestimmte auch die Umsetzung des CCC-Projekts, d.h. unterrepräsentierte Farbige und Juden, getrennte Lager oder Apartheid zwischen weißen und farbigen CCC-Boys. Und Eleanor Roosevelt gelang es nicht, einen CCC für Frauen durchzusetzen, es gab nur ein paar kleine Modell-Lager für CCC-Girls. Auch die Ausdehnung des CCC auf ältere Erwerbslose scheiterte – mit Ausnahme der Veteranen, Natives und anderen Minderheiten.

2) siehe CCC-Homepage:
www.ccclegacy.org/ index.htm

3) Der CCC erschien als »Sturmtruppe im Kampf gegen die Depression« und als Präventionseinrichtung vor (Jugend-)Kriminalität und politischem Radikalismus. Er war keine paramilitärische Einrichtung und keine Resozialisierungseinrichtung. Es ging nicht um »Ehrendienst an der Gemeinschaft« sondern um »Bewährung des Individuums«.

4) Kiran Klaus Patel: »Soldaten der Arbeit«. Arbeitsdienste in Deutschland und in den USA 1933-1945. Göttingen 2003, S. 165

5) Fundstelle:
http://weltwirtschaft-welthandel.suite101.de/article.cfm/fiat-money

6) Das Auswahlverfahren war – ebenso wie beim CCC – rassistisch: Die BewerberInnen mussten weiß, verheiratet und protestantisch sein, mit Landwirtschaftserfahrung, kräftig und gesund, und sie mussten ein moralisches Führungszeugnis ihres Pastors vorlegen. Vgl. Dietmar Ostermann: »Planwirtschaft auf Amerikanisch«. In: Berliner Zeitung vom 27.4.2010, S. 8

7) Die übliche Fläche waren 10 acre = 4 Hektar, die eher als Gartenbaubetriebe (truck farms) genutzt und deren Gemüse vor Ort weiterverarbeitet wurde – mehr unter:
www.penderleahomesteadmuseum.org/facts.html

8) In: Ostermann, Berliner Zeitung, 27.4.2010, S.8

9) Nähere Infos:
www.youtube.com/watch?v=Z7Z_UftN4Yw

10) Nähere Infos u.a. über:
www.bangladeshonline.de/grameen/

11) Jean Goodall.
In: http://ecards.orf.at/news/155790.html

Wolfgang Ratzel

Autonomes Seminar an der Humboldt-Universität zu Berlin – Rückfragen, Kritik und Kontakt:
wolfgang.ratzel@t-online.de

REZENSION

Queer Studies

Queer Theory ist derzeit unter Studierenden und anderen das neue heiße Theorie-Ding. Dies ist Grund genug, zwei neue Sammelbände zu würdigen. Der erste hier anzuzeigende entstand aus Referaten, die in einer Ringvorlesung im Wintersemester 2006/2007 an der Universität Frankfurt/Main gehalten wurden. Herausgeber Kraß stellt zu Beginn Definitionsversuche vor. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass das ursprünglich aus einem abwertenden Begriff entstandene *queer* positiv gewendet wurde und »jene Ideologie, die zur Diskriminierung von Schwulen, Lesben und anderen sexuellen Minderheiten führt, der kritischen Analyse« unterzieht. Im Zentrum jener Ideologie steht die Heteronormativität, die biologisch-naturalisierend Geschlecht und damit auch Begehren als binär konstruiert: Es gibt nur zwei Geschlechter. Diese »Geschlechter« werden durch kollektive und individuelle Praxen immer wieder hergestellt und auch staatlich reguliert. Das eröffnet selbstverständlich die Möglichkeit, sie durch Kämpfe in und außerhalb von sowie gegen Institutionen zu modifizieren.

Sabine Hark, die ebenso wie Antke Engel eine der prominenteren AutorInnen im Feld der Queer Theory ist, zeigt Komplexität und Grenzen des Konzeptes »Heteronormativität« auf und arbeitet heraus, dass Wissenssysteme immer auch mit dem Begehren der sie Konstruierenden verbunden sind. Engel kritisiert in ihrem Beitrag die Interessenpolitik schwuler und lesbischer Verbände als Beitrag zu einer kulturell codierten neo-nationalistischen Versöhnung weißer wohlhabender Schwuler und Lesben mit Deutschland. Die weiteren zehn Beiträge thematisieren ein breites Spektrum. Hier reicht das Tableau von der Situation von Lesben, Schwulen und queers in der evangelischen Kirche über Gewalt und männliche Sexualität im Gefängnis bis zum zeitgenössischen Horrorfilm oder die queeren Aspekte der Oper.

Zum Stand der akademischen Etablierung erfährt die LeserIn trotz des etwas anspruchsvollen Buchtitels außer der Bemerkung, Queer Studies seien »noch kein eigenes Fach«, nichts, er kann nur aus den Angaben zu den AutorInnen indirekt erschlossen werden. Diese zeigen an, dass die AutorInnen in ihren Disziplinen zwar *queer* forschen, aber jenseits marginaler Nischen von einer Existenz von Queer Studies im deutschen Wissenschaftsbetrieb nicht gesprochen werden kann.

»Verqueerte Verhältnisse« ist eine Auswahl aus Beiträgen einer seit mehreren Jahren angebotenen Vortragsreihe an der Universität Hamburg. Das Goldstück dieses Bandes ist seine umfangreiche, mit einer Literaturliste versehene Einleitung, die zeigt, dass der Band vor allem von HerausgeberInnen konzipiert wurde, die am Rande der Universität angesiedelt sind.

Zwei Themen stehen in der Einleitung im Fokus. Zum einen wiederum die Definition des Begriffes, der »Sexualität und Geschlecht in ihrer Verwobenheit mit anderen gesellschaftlichen Normensystemen wie 'Rasse', Ethnizität, Klasse, Behinderung oder Alter oder vor dem Hintergrund der derzeitigen kapitalistischen/neoliberalen Vergesellschaftung analysiert«. Zweitens die Tauglichkeit des Begriffes oder »Ansatzes« für die Praxis. Hier stehen die AnhängerInnen der Queer Theory mitten in allen Doppeldeutigkeiten, welche die Institutionalisierung einer neuen Theorie mit sich bringt. Anschließend folgen zehn Beiträge zu den Themenbereichen Queer Studies und rassifizierende Machtverhältnisse, Ökonomiekritik, neoliberaler Kapitalismus und Reflektionen queerer Praxen. Die »Intersektionalität« als neues, in etlichen Beiträgen aufscheinendes Paradigma verspricht neue Erkenntnisgewinne, da sie jene zitierte Verwobenheit ins Zentrum stellt und aus einer explizit herrschaftskritischen Perspektive heraus angreift. Die Intersektionalitätstheorie geht davon aus, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe Diskriminierungen aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit schafft. Die Pole solcher Diskriminierungen werden in der Theorie durch Differenzlinien oder »Achsen der Ungleichheit« verbunden. Die Kategorien sind nicht nur soziale Platzanweiser, sondern generieren auch Identität. In der Intersektionalitätstheorie werden Positionen von »triple opression« oder »Überdeterminierung« konsequent weiter entwickelt und darauf hingewiesen, dass mehrere Differenzlinien betrachtet werden müssen und dass soziale Gruppen gemeinsame Differenzlinien besitzen, aber nicht homogen sind.

Das Problem der Queer Studies scheint nach Lektüre der beiden Bände zu sein, dass sie zwar wortgewaltige und zutreffende, aber relativ abstrakte Gesellschaftskritik, etwa zur Bedeutung kultureller Politiken für die Durchsetzung neoliberaler sozio-ökonomischer Transformationen und damit neue und spannende Perspektiven bietet. Gleichzeitig verliert sie sich dann oftmals in kleinteiligen Aspekten, also dort, wo es dem malestream nicht weh tut. Wenn *queer* die Anfechtung von Geschlechterregimen mit ermöglicht, bleibt zu beachten, dass *queer* auch ein Beharren auf der Anerkennung von Differenz ist, und dies mitten in einem postfordistischen Kapitalismus, der Differenz zu einer seiner neuen Leitideologen gemacht hat. Das Bonmot der neuen Frauenbewegung »Frauen brauchen nicht mehr Männer, die solidarisch mit Frauen, sondern mehr Männer, die unsolidarisch mit anderen Männern sind« könnte insofern erweitert werden: Heteronormativitätskritik müsste sich auch, wenn nicht sogar vorrangig, gegen die hegemonialen Männlichkeiten richten, die die Gesellschaft immer noch strukturieren. Es wäre wünschenswert, wenn die Theorie der Intersektionalität einen weiteren Hebel für emanzipatorische Perspektiven bieten würde.●

Bernd Hüttner

Andreas Kraß (Hrsg.): Queer Studies in Deutschland. Interdisziplinäre Beiträge zur kritischen Heteronormativitätsforschung, Berlin 2009, Trafo Verlag, 264 S., 29,80 EUR

AG Queer Studies (Hrsg): Verqueerte Verhältnisse. Intersektionale, ökonomiekritische und strategische Interventionen; Hamburg 2009, Männerschwarm Verlag, 224 S., 16 EUR

LIES DOCH MAL WIEDER!

Bürger-Bücherschrank

Stadtauswärts entlang der Berliner Straße ist mir ein kleiner Bücherschrank auf dem Gehweg aufgefallen. Der Bürger-Bücherschrank ist eine Initiative der Familie Bazzazian. In einer Zeit, in der wir uns mehr und mehr abhängig machen von TV und PC, ist dies ein kleiner Versuch, die Menschen wieder zum Lesen eines Buches zu animieren. Um mehr darüber zu erfahren, sprach ich mit Mohammad Bazzazian.

Mohammad Bazzazian vor dem Bürger-Bücherschrank Foto: Wolfgang Geissler

Wie und wann kamst Du auf diese Idee?

Mohammad: Auf die Idee kamen wir vor etwa zwei Jahren durch unsere Tochter. Sie arbeitet in Bonn und erzählte uns von den Bücherschränken, die sie dort auf der Straße sah. Meine Frau und ich überlegten nicht lange und stellten eine Anfrage an die Stadt Köln, wie man auch hier ein solches Projekt umsetzen könne. Einige Zeit und mehrere Anfragen später, machten wir einen Vertrag mit der Stadt Köln und der Weg für einen Bürger Bücherschrank war geebnet.

Wer trägt die Kosten?

Den kleinen Bücherschrank habe ich selbst zusammengebaut, die Kosten dafür waren nicht so hoch. Die Stadt Köln will auf Grund leerer Kassen dieses Projekt leider nicht unterstützen, allerdings hatten sie freundlicherweise die Bearbeitungsgebühren in Höhe von 60 Euro übernommen.

Woher kommen die Bücher?

Die ersten Bücher waren unsere eigenen. Jetzt ist es so, dass uns sehr viele Leute aus der Nachbarschaft Bücher vorbei bringen, so dass immer ausreichend Bücher vorhanden sind. Manchmal komme ich nach Hause und es stehen wieder neue Kisten mit Büchern vor unserer Tür. Wir finden es natürlich sehr schön, dass uns die Menschen unterstützen, aber wir bitten darum, bei uns zu klingeln und nicht einfach die Bücher vor die Tür zu stellen!!! Es würde sonst einfach viel zu viel werden.

Wie ist der Zuspruch der Leute?

Ein Jahr gibt es den Bücherschrank jetzt bereits und das Echo ist sehr positiv. Der Zuspruch ist hoch. Im Durchschnitt werden fünf bis sechs Bücher am Tag mitgenommen und gelesen. Besonders Kinderbücher werden sehr gern ausgeliehen. Nicht immer finden die Bücher auch den Weg zurück, was aber nicht schlimm ist, da uns wie schon gesagt, sehr viele Bücher gebracht werden.

Ich finde, es sind genau diese kleinen Sachen, die das Leben lebenswerter machen!

Unser Dank gilt der Familie Bazzazian und all den Anderen, die sich privat in ihren Stadtteilen engagieren, um etwas Farbe in unser Alltagsgrau zu bringen.●

Kai Eberhardt, Köln

aus: »Mülheimer Stimmen« Nr. 171 vom Sept. 2010

SERIE

Der politische Krimi

Eine alle drei Monate erscheinende CONTRASTE-Serie für alle, die neben politischen Aktionen und alternativem, selbstverwalteten Leben Krimis lesen wollen.

Von Roman Schweidlenka ● Dass die gute, ehrenwerte, spießige Gesellschaft hinter ihren glänzenden Fassaden so manche modernde Leiche im Keller gelagert hat, wird bei Nora Miedler zur gruseligen Realität. In ihrer »Musenfalle« – warum auch immer der Roman so heißt ist nicht ganz klar, aber das ist unwesentlich – quält eine junge brotlose Künstlerin nicht nur der Hunger und einige Beziehungskisten, sondern auch ein Arm des kapitalistischen Kunst-Establishment bzw. der angeblich kunstnahen Vermarktungsindustrie. Dass die junge Hauptdarstellerin dabei in die peinliche Nähe von Leichen gerät, ist ihrem Wohlbefinden nicht sehr zuträglich, taucht doch in zäher Regelmäßigkeit ein nicht ganz dichter Polizeikommissar bei ihr auf, um sie mit Verhören zu quälen. Lilly, so der Name der gestressten Hauptfigur, schlittert immer tiefer in einen Sumpf, der sich unter dem Boden seriöser Bürgerlichkeit befindet und stößt schließlich auf pädophile Pornographie und Sado-Maso-Filme. Damit es spannend bleibt, tritt auch eine halb-sektoide Künstlerkommune auf den Plan.

Die junge Autorin besticht durch ihren frechen, lockeren, respektlosen Stil, der jene Atmosphäre, jenen Lebensstil vor das geistige Auge rückt, die die Welt meist mittelloser, arbeitsloser KünstlerInnen prägen. Ihr erster Band »Warten auf Poirot« erhielt bereits erstaunliche mediale Ehren in Österreich. Ein Psychothriller: Brave, anständige junge Damen geraten sich im winterlichen Hochgebirge in die Haare und schrecken auch vor Mord nicht zurück. Die »Musenfalle« kann da nicht nur mithalten, sondern zeigt auch eine Steigerung der schriftstellerischen Fähigkeiten Nora Miedlers.●

Nora Miedler: Die Musenfalle. / Warten auf Poirot. Beide ariadne kriminalroman, Hamburg 2010 / 2009

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Das Recht faul zu sein

Ein Handbuch für Sozialschmarotzer

Wer nicht arbeitet, solle auch nicht essen, lautete die Empfehlung Gerhard Schröders, als er noch Bundeskanzler war. Und wie viel schöner formulierte Guido Westerwelle angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Berechnung der Hartz IV Sätze. »Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.« Arbeit und Anstrengung ist das Credo. Seine Wirkung entfaltet es noch 140 Jahre nach Paul Lafargues Schrift »Das Recht auf Faulheit«. Und nicht allein die Prediger sind übel, sondern auch die Gläubigen, die täglich zur Arbeit gehen und in die Litanei einfallen, dass lediglich die Mühsal der Arbeit, Genuss und Muße erlaube.

Das Armut trotz Arbeit ein voranschreitendes Problem ist, können wir den Sozialstatistiken entnehmen. Die Diskussionen um einen Mindestlohn begleiten uns ebenso wie die um ein Grundeinkommen oder die Frage, wie hoch denn nun das Existenzminimum sei. Doch das Leiden an der Arbeit wird selten thematisiert. Arbeit macht krank und immer mehr, je dichter sich die Poren der Arbeitszeit schließen und die Konkurrenz im Büro zunimmt.

Um all denen zu helfen, die sich ein Leben ohne Arbeit vorstellen können, diente lange Zeit das »Handbuch gegen Arbeit – Tipps für Sozialschmarotzer«. Der Ratgeber ist mittlerweile zehn Jahre alt und nicht mehr auf dem letzten Stand. Durch die Einführung des Euros und der Reform der Sozialgesetze sind die enthaltenen Ratschläge teilweise unbrauchbar geworden.

Doch die JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin finden, dass das Projekt und die inhaltliche Ausrichtung des Handbuches aktueller und notwendiger denn je sind. Mit der Neuauflage des Handbuchs für Sozialschmarotzer soll ein öffentliches Signal gegen die aktuellen Sozialkürzungen und die elenden Debatten über »SozialschmarotzerInnen« gesetzt werden. Den Ratsuchenden werden Tipps gegeben, wie sie sich gegen die Schikanen des Systems »Hartz 4« und die Verwertungslogik des kapitalistischen Systems wehren können und wie man durch Krankfeiern dem Arbeitssystem eine Zeit lang ein Schnippchen schlagen kann und dennoch ein erfülltes Leben lebt.

Letztlich bleibt nur noch die Frage, wofür die ganze Arbeit? Für eine Gesellschaft ohne Arbeitszwang. Wie die ausschauen könnte und welches emanzipatorische Potential diese Vorstellung in sich birgt wird ebenso diskutiert, wie die Rhetorik vom »Recht auf Arbeit«. Weniger arbeiten ist das Ziel.●

www.jungdemokraten.de **Andreas Nowak**

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, www.netzwerk-selbsthilfe.de

NICARAGUA: FREIES RADIO

Radio CENTRO seit 18 Jahren erfolgreich!

Während des Contrakrieges in Nicaragua wurde »Radio Centro« als Gegeninformationsmedium gegründet, um den US-beeinflussten Sendern eine Stimme aus dem eigenen Land entgegenzusetzen. Der Werkhof in Darmstadt war mit anderen Solidaritätsgruppen am Aufbau des Senders beteiligt. Das Konzept eines »Radios von unten« hat sich bewährt.

Von Wolfgang Jakob, Darmstadt ● »Die Revolution braucht viele Stimmen!« So hieß es 1988 in Nicaragua als der regionale Radiosender »Radio Centro« als Regionalsender von CORADEP (Corporación de radiodifusion del pueblo), zunächst als Wiederholsender von Radio Revolución, geplant und gebaut wurde. Am Bau und an der Finanzierung waren viele Solidaritätsgruppen beteiligt, vorneweg die Gruppe ATES (Agencia Tecnica de la Solidaridad), angeschlossen am Werkhof Darmstadt e.V.. Zu dem 800.000-DM-Projekt hatte die Europäische Union in der Folgezeit 50 Prozent beigesteuert.

Der Aufbau des Radiosenders »Radio Centro« – auch »La Voz Campesina« genannt – während des Contrakrieges in Nicaragua war ursprünglich in Nueva Guinea, also im Kriegsgebiet, geplant und wurde dann später in Juigalpa, der Distrikthauptstadt, als eines der ersten EU-Projekte des Werkhofs realisiert. Mit dem Radio sollte ein Gegeninformationsmedium zu den diversen US-beeinflussten Medien geschaffen werden. Es sollte ein Medium für die Belange der ländlichen Bevölkerung sein und unter starker und aktiver Beteiligung derselben Bevölkerung gemacht werden: »Wie bei allen CORADEP-Sendern wird ein besonderer Schwerpunkt dieses Projektes die aktive Beteiligung der Bevölkerung am Radio sein«, hieß es zu Beginn

Unterstützungsplakat vor 18 Jahren für ein freies Radio im ländlichen Nicaragua

im Projektkonzept. Ein weiterer Schwerpunkt im Konzept dieses »Radios von unten« stellten die thematischen Bereiche dar:

■ **Gesundheit** (z. B. Gesundheitsberatung, Impfkampagnen, Naturheilkunde),
■ **Bildung** (z.B. Alphabetisierungskampagne),
■ **Fortbildung** (Land-/Viehwirtschaft, Selbstorganisation),
■ Kultur.

Im Sommer diesen Jahres hat uns die Nachricht aus Nicaragua erreicht, dass Radio Centro seit über 18 Jahren erfolgreich arbeitet und dies nun gefeiert hat, wie unser Mitarbeiter in Nicaragua, Werner Schlienz, berichten konnte:

»Das Radio funktioniert immer noch als kommunales Radio in der Zentralzone von Nicaragua. Es versucht gerade auf die digitale Schiene aufzuspringen, um einen näheren Kontakt mit den HörerInnen zu bekommen. Das Radio hat eine Website und eine E-mail-Adresse und bekommt Infos über diesen Weg. Heute gibt es sechs weitere – aber kommerzielle – Radios und einen großen Wettkampf um die Hörerschaft.

Radio Centro überlebt mit Werbung aus der Hauptstadt für die Bevölkerung in der Gegend. Der Monatshaushalt beträgt 5.000 US$, davon 30 Prozent für Strom, der Rest für das Personal und andere Ausgaben. Es gibt 12 MitarbeiterInnen, die zu 50 Prozent Besitzer des Radios sind, die restlichen 50 Prozent gehören sozialen Organisationen. Die Nachrichtensendungen von Radio Centro haben die meisten ZuhörerInnen in Juigalpa und Umgebung. Der Einfluss des Radios ist hauptsächlich auf dem Land stark, wo es von den HörerInnen gut empfangen wird.

Am 28. Februar vor 18 Jahren hat das Radio mit seinen Sendungen angefangen und dieses Jahr haben sie an diesem Tag wieder einen Geburtstag gefeiert.

Radio-Leiterin ist Jessi Morales. Sie arbeitet 14 Stunden am Tag im Radio seit 12 Jahren. Drei Ehen sind deshalb schon kaputt gegangen, sagt sie.«

Dass der Sender heute noch erfolgreich arbeitet unter starker Beteiligung der Beschäftigten und der lokalen Basisorganisationen zeigt, dass der ursprüngliche Konzeptansatz aus dem Jahre 1988 richtig, nachhaltig und letztlich sehr erfolgreich war. Eine erfreuliche Sache! Zumal es wirklich nicht leicht ist, gerade ein Radio nachhaltig zu bewirtschaften. Das erfordert zumindest eine gute Verankerung in der Bevölkerung, wenn man nicht irgendwoher einen großen Sponsor hat (den solche Radios eben in der Regel nie haben).●

Weitere Infos und Hörproben unter:
http://radiocentro870.com

INFO:

Der Werkhof Darmstadt e.V. wurde 1983 gegründet und macht selbstverwaltete Ausbildungs- und Projektarbeit. Als Ausbildungswerkstatt für arbeitslose Jugendliche unterstützt der Werkhof seit 1985 Betriebe, Radios, Berufsbildungszentren und Ökologieprojekte in Lateinamerika und Afrika. Mittlerweile sorgen 20 hauptamtliche und mehrere ehrenamtliche MitarbeiterInnen in Deutschland, Ecuador und Nicaragua für eine reibungslose und professionelle Abwicklung der verschiedenen Projekte.

Der Werkhof ist seit mehreren Jahren Mitglied bei Radio RADAR in Darmstadt, produziert eine Menge Sendungen zusammen mit Jugendlichen über Hartz IV, Berufsausbildung, berufliche Perspektive, aber auch zu Eine-Welt-Themen. Einige Produktionen davon werden immer wieder gesendet auf 103,4 MHz in Darmstadt.

www.werkhof-darmstadt.de

STUTTGART-21: PROTEST NUTZT NEUE MEDIEN

Der überwachte Staat

Stuttgart ist nach dem gewalttätigen Polizeieinsatz am 30. September eine andere Stadt. Die Wahrnehmung der Ereignisse hat sich auch durch den Einsatz neuer Medien verändert. Die Polizeigewalt wurde zeitlich unmittelbar dokumentiert und im Netz sichtbar.

Ein grundsätzlicher Debattenbeitrag zur digitalen Öffentlichkeit und zum Kampf um die Meinungshoheit.

Von Dora Asemwald, Redaktion Stuttgart ● Gewalttätige Chaoten greifen die Polizei an, die sich mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas wehren muss – so hätten das einige am 30. September gerne gehört. Zu dumm dass es ganz anders gelaufen ist. Aber die Wahrheit interessiert hier keinen, die Wahrheit wird gemacht. Die großen Medien bestimmen, wie das Geschehene interpretiert wird. Die Öffentlich-rechtlichen machen Personalpolitik nach Parteibuch, für die Privaten gilt: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing. Und es ist nicht das Brot vom Leser. Um besonders eindrückliche Bildbeweise zu bekommen, hilft es natürlich, ein paar Provokateure in die Reihen der Gegner einzuschleusen *(wie das Hamburger Abendblatt und Frontal21 berichteten, Anm. der Red.)*. Bilder randalierender Staatsfeinde jagen den unbescholtenen Bürgern die nötige Angst ein, um sie in die Arme einer Law-and-Order-Regierung zu treiben. So funktioniert die Diffamierung der andersdenkenden Masse auf der Straße, so wird Meinung gemacht, so wird Politik gemacht. Oder besser gesagt: wurde.

100.000 Menschen protestierten nach dem »schwarzen Donnerstag« in der Stadt Foto: Karsten vom Bruch/Parkschützer.de

Dummerweise hatten die Demonstranten statt Pflastersteinen etwas viel Gefährlicheres in den Händen: Kameras. Die Strategen hinter dem Übergriff am 30. September haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In diesem Fall heißt der Wirt *YouTube*. Lange bevor PR-Berater die Chance hatten, das Geschehene umzudeuten, war es schon online und drang ins öffentliche Bewusstsein ein. Behauptungen, die Demonstranten hätten Pflastersteine geworfen, konnten nur noch hartgesottene Jünger der Regierung beeindrucken und mussten schnell zurück genommen werden. Plötzlich verschwanden Videos aus dem Internet, nur um an anderer Stelle wieder aufzutauchen. Das Netz vergisst nichts. Eine Hand voll Medien kann man beeinflussen, ein ganzes Netz davon nicht mehr.

Hier zeigt sich, dass die Politik-PR alter Schule den Zug verpasst hat. Ein Paradigmenwechsel hat sich vollzogen. Das Internet erzeugt eine digitale Öffentlichkeit, die sich weder kontrollieren noch unterdrücken lässt. Das Meinungsmonopol der großen Medien ist gebrochen. Die Staatsgewalt kann nicht mehr unbeobachtet eingreifen, wenn alles live im Netz übertragen wird. Statt dem orwellschen Überwachungsstaat haben wir den überwachten Staat. Kein Wunder, dass Diktaturen alles dran setzen, das Internet zu bekämpfen. Dafür ist es bei uns bereits zu spät. Pandora hat ihre Büchse bereits geöffnet.

Im Gegensatz zu professionellen Medien erfüllen die unzähligen kleinen Kanäle keine journalistischen Standards. Sogenannte Bürgerjournalisten, die neue Publikationsmöglichkeiten wie Blogs nutzen, sind selten ausgebildete Journalisten und erheben gar nicht erst den Anspruch auf Objektivität oder gesicherte Quellen. Doch wen interessieren qualitative Standards, wenn diese ebenso durch eine Meinung gefärbt sind und einer eigenen Agenda dienen? Ich habe heute die Möglichkeit über das Internet zwischen vielen offiziellen und inoffiziellen Kanälen zu vergleichen und mache mir dann ein Bild aus unterschiedlichen Betrachtungswinkeln. Dabei bemerke ich, wie weit die Interpretationen auseinander liegen. Wenn ich das Berichtete selbst erlebt habe, was in Stuttgart derzeit öfters passieren kann, dann erschrickt es mich, wie fern davon das öffentlich erzeugte Bild bisweilen ist. Als Medienkonsument muss ich selbst über die Glaubwürdigkeit verschiedener Medien urteilen. Und das geht heute besser durch Vergleichsmöglichkeiten.

Das Medium verändert den Konsumenten. Nicht jeder Medienkonsument produziert selbst Inhalte, in dem er blogt, twittert oder Videos online stellt. Er gibt jedoch Informationen in sein digitales soziales Netzwerk weiter und kommentiert diese oft noch. Durch seine Wahl und seine Meinung wird der Nutzer zum Redakteur und Kommentator, trägt damit zur digitalen Öffentlichkeit bei. Das hat er früher am Stammtisch getan, der ist jetzt jedoch global vernetzt. Informationen können sich dadurch viral verbreiten. Und das ist nicht mehr steuerbar. Es gibt kein Informations- und Meinungsmonopol mehr, Journalismus ist nicht mehr das, was er einmal war.

Die Kommunikation zwischen Regierung und Bürger muss und wird sich wandeln. Aber nicht nur eine größere Transparenz wird das Resultat dieses Wandels sein, es werden auch neue Techniken entwickelt werden, die digitale Öffentlichkeit zu manipulieren. PR-Agenturen spezialisieren sich zunehmend auf Social-Media und nutzen dazu Techniken wie Astroturfing, dem Vortäuschen einer Bürgerbewegung im Netz (neustes Beispiel: die Facebook-Seite der Pro-Stuttgart21-UnterstützerInnen, Anm. der Red.). Ebenso wird der Astroturfing-Vorwurf genutzt, um Bürgerbewegungen zu diffamieren. Die digitale Öffentlichkeit ist das neue Schlachtfeld der Medien um die Meinungshoheit. Nur wer diese sich im konstanten Wandel befindende Welt versteht, kann in ihr erfolgreich kommunizieren und differenziert konsumieren. Wir befinden uns in einer Übergangszeit, wo das alte Weltbild auf das neue stößt. Dass diese Schlacht nicht nur im virtuellen Raum ausgefochten wird, hat uns der 30.9. im Stuttgarter Schlosspark gezeigt.●

aus Doras Tagebuch:
http://asemwald.wordpress.com/2010/10/19/der-ueberwachte-staat/ (mit ausführl. Quellenangaben)

STUTTGART: ZUR ROLLE EIGENER MEDIEN FÜR DIE PROTESTBEWEGUNG

Information als Waffe

Von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● Die bunte und breite Protestbewegung in Stuttgart gegen den riesigen Immobilien-Deal, der sich als Bahnprojekt aus dem letzten Jahrhundert tarnt, rüttelt an den bisherigen Machtverhältnissen in der Stadt Stuttgart und im Land Baden-Württemberg. »Der Kessel brodelt«, konstatierte Vincent Klink, Starkoch und Projektgegner nach dem brutalen Polizeieinsatz am schwarzen Donnerstag.

Die Motivation, regelmäßig und ausdauernd zu Tausenden zu demonstrieren, fasst ein ehemaliger CDU-Wähler – beileibe keine Seltenheit an den Demos – so zusammen: »Wir sind vor allem deshalb gegen Stuttgart-21, weil der neu geplante Tiefbahnhof nicht notwendig, zu kompliziert, zu unflexibel und schlussendlich viel zu teuer ist. Wir alle sind für die Zukunft und für etwas Modernes und Funktionierendes – und deshalb für einen attraktiven Kopfbahnhof!« Skandal ist zudem, dass die essentiellen Grundlagen wie beispielsweise die Wirtschaftlichkeitsrechnung, nach wie vor nicht öffentlich sind. Viele Gegner haben bemerkt, dass die Projektbefürworter mehrfach tricksen und lügen, beispielsweise auch Mitte Oktober bei der Schönrechnerei im Bundesverkehrswegeplan, den Linke und Grüne fundiert kritisierten.

Viele ProjektgegnerInnen sind trotz einseitiger Pro-Kampagne der beiden Tageszeitungen – die Stuttgarter Zeitung druckt notgedrungen seit einigen Monaten auch kritische Beiträge ab – ausgesprochen gut und aktuell informiert. Wie kann das gehen? – Eine Einschätzung zur digitalen Öffentlichkeit und zum Kampf um die Meinungshoheit liefert der nebenstehende Beitrag (vgl. »der überwachte Staat«).

Außerdem soll eine kleine, unvollständige Aufzählung einen Einblick in die Vielfalt der eigenständigen, meist selbstorganisierten Medien der Protestbewegung geben, damit mensch sich ein eigenes Bild machen kann:

■ Als Sammlung der Informationen gegen Stuttgart-21 hat sich die Website des Aktionsbündnisses (www.kopfbahnhof-21.de) etabliert, hier wird seit einem Jahr regelmäßig zu den Montagsdemos (seit Oktober mit wöchentlich über 20.000 Menschen) aufgerufen.

■ Als äußerst aktuelles und intensiv genutztes Forum der AktivistInnen dient die Seite der ParkschützerInnen (www.parkschützer.de).

■ Aufrufe und ausführliche Pressespiegel sind auf www.bei-abriss-aufstand.de zu finden.

■ Unabhängige JournalistInnen publizieren im September die erste Ausgabe einer eigenen Zeitung (www.21einundzwanzig.de).

■ Das Freie Radio Stuttgart (www.freies-radio.de) berichtet regelmäßig.

■ Das unabhängige Internet-Projekt Flügel-TV (www.fluegel.tv) sendet live von Aktionen im Schlosspark und von der Schlichtung.●

EIN PORTRAIT

»So ’ne Welt retten ist hart ... Kritisieren was ist, geht leichter«

»Je später der Abend, desto schöner die Gäste«, möchte ich ausrufen, wenn ich an die erste Begegnung mit Anke Nordt und Torsten Galke denke. Die Ankunft der beiden in der attacVilla hatte sich erheblich verzögert. Stau, Miniunfall mit Warten auf die Polizei. Dennoch erschienen sie gut gelaunt und entspannt. Fester Händedruck, offener Blick. Das Lächeln in ihren Gesichtern lässt sie verwandt miteinander erscheinen. Dieser Eindruck entsteht häufig, wie ich im späteren Gespräch erfahre. Aber sie sind nicht Bruder und Schwester, sondern seit vier Jahren ein Paar. Allerdings gab es noch nie einen ernsthaften Streit. Und das will was heißen. Schließlich leben sie zumeist auf engstem Raum miteinander. In Ankes altem VW-Bus.

Foto: Solveig Feldmeier

Von Solveig Feldmeier, Redaktion Sachsen-Anhalt ● »Bei uns wird alles im Konsens entschieden. Wir tauschen unsere Standpunkte aus und entwickeln gemeinsame Positionen«, erklärt der waschechte Berliner. »Torsten ist enthusiastischer als ich, in der Darstellung wie im Leben« , beschreibt die in Jena Aufgewachsene ihren Partner. Er ergänzt: »Ich sag halt bloß mehr. Das heißt nicht, das ich mehr zu sagen habe.«

Zwei schöne Spätsommertage lang genieße ich die Gelegenheit mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Einzeln beim Spazierengehen und gemeinsam mit dem Notizbuch in der Hand. Viel Stoff für mein Portrait. Viel Inspiration für mich. Denn schließlich gehöre ich zur selben Liga: Wir wollen die Welt retten. »Es ist schon hart so ’ne Welt zu retten. Ich fühle mich auch noch nicht kompetent genug. Kritisieren was ist, geht einfacher«, meint die 28-jährige. Sie hat ein »Idealismusstudium« mit dem Diplom abgeschlossen. Landschaftsökologie und Naturschutz. In Greifswald, ihrem Studienort, fand sie Anschluss an »andere, die auch Fragen stellen«. Sie engagierte sich in einem internationalen Kultur- und Wohnprojekt, das zum wichtigsten Ort für die alternative Kulturszene wurde.

Torsten hat über 10 Jahre in verschiedenen Gemeinschaftszusammenhängen gewohnt. Zuerst mit 40 Leuten in einem Punker-Haus in Friedrichshain. Dann mit einer bunt gemischten Truppe in einer besetzten Villa in Potsdam und auf einer Wagenburg. »Hier hat mich Anke eingefangen.« Über den Beginn ihrer Beziehung gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Mehr erfährt die neugierige Zuhörerin allerdings nicht. Das Paar kann sich nicht vorstellen, irgendwo als Kleinfamilie sesshaft zu werden. »So lebst du isoliert. Hast weniger Input, kein Neues von außen. Nur die Medien dringen ein. Von dieser Isolation profitiert der Kapitalismus.«

Anke und Torsten möchten die Idee von einer Solidarischen Ökonomie gestalten. Beispiele für mehr oder weniger gut funktionierende Orte des gemeinschaftlichen Zusammenlebens haben sie während ihrer einjährigen Reise durch West- und Südeuropa viele kennengelernt. Nun möchten die beiden ein Experiment wagen. Sie wollen Menschen aus verschiedenen Orten zusammenführen und einen gegenseitigen Austausch entwickeln, eine Solidarische Ökonomie der Gemeinschaften und Genossenschaften. Der Plan ist, eine eigene soziale Grundsicherung für Menschen in Projekten hinzubekommen. Dazu soll eine Genossenschaft gegründet werden, über die Geld eingesammelt und umverteilt wird. Auch Warentausch und das gegenseitige Anbieten von Dienstleistungen könnten darüber abgewickelt werden.

Vor einem Jahr etwa erreichte Torsten die Mail eines alten Freundes. Dieser berichtete ihm von der Baustelle »Gutshof« in Herleshausen. Anke und Torsten begeisterten sich für die Pläne der kleinen Gruppe, die hier eine neue Gemeinschaft aufbauen will, ohne aber dabei gemeinsam zu wohnen. »Riesenanspruch – Zwergenkapazität«, meint Torsten, »trotzdem ist es erstaunlich, wie viel wir bereits geschafft haben.« Von hier aus entwickeln die zwei ihr Konzept zu der Idee, die bestimmt auch schon andere gedacht haben oder denken. MitstreiterInnen aufzuspüren ist dabei ein erklärtes Ziel. Das Treffen, das im Sommer in Herleshausen stattfand, empfanden sie als produktiv, da es diese Kontakte herstellte.

Geld ist das Thema, mit dem sich Anke und Torsten sehr intensiv auseinandersetzen. Die junge Frau meint, es sei das beherrschende Mittel, »eine Zange, die dich von oben und unten einklemmt. Von unten, weil der Gedanke an seine Lebenswichtigkeit tief in uns verinnerlicht ist. Von oben, weil uns ständig von außen diktiert wird, dass man ohne Geld am Arsch ist. Allein kannst du dich nicht davon befreien. Aber in der Gruppe, die auf die Basis von gegenseitigem Vertrauen baut, besteht diese Möglichkeit.« Torsten berichtet von seinen Erfahrungen beim Studium der Wirtschaftswissenschaften. Ein Semester hat er durchgehalten. Danach fand er seine Energie im Selbststudium besser aufgewendet. »Die kapitalistische Wirtschaftslehre webt den Schleier dichter, der über dem Geld liegt. Die Lüge wird professionell rübergebracht. Wirtschaftswissenschaft ist eine reine Ideologieveranstaltung. Im Predigerjargon wird die Lehre vom modernen Gott Geld vermittelt. Ausgeblendet ist jegliche Art der Kapitalismuskritik. Selbst Adam Smith zitiert man dogmatisch. Keynes nur am Rande, Marx nie. Das biologische Programm läuft ohne Geld. Wir können also aus anderer Motivation heraus produktiv werden. Nur erscheint dieser Gedanke den Menschen derzeit zu abstrakt.«

Es ist eine Freude zu erleben, wie sich die beiden im Gespräch Stichworte geben, einander aufmerksam zuhören und auf einander bezogen ihre Gedanken entwickeln. Torsten hat seine ersten Lebensjahre in Pankow verbracht. Später lebte er mit Oma und Mutter im Neubaughetto Hohenschönhausen. Seine Mutter arbeitete als Gerberin, Straßenbahnfahrerin und Köchin. Seit der Wende ist sie arbeitslos. Auch eine Umschulung zur Sozialarbeiterin half nicht aus dieser Situation. Torsten weiß, wie Menschen leiden, wenn sie keine Arbeit haben. Deshalb findet er es wichtig, sich zusammenzutun, gemeinsam zu leben und sich selbst Arbeitsplätze zu schaffen. Anke erinnert sich, wie sie im Plattenviertel zusammen mit anderen Kindern immer draußen gespielt hat. Heute, so findet sie, wächst der Nachwuchs zumeist überbehütet und überbewertet auf. Symptom für diese Entwicklung sei, dass auf Spielplätzen mehr Erwachsene als Kinder zu finden sind. Seit sechs Jahren engagiert sie sich als Teamerin im Netzwerk Demokratie und Courage. Bei Projekttagen in Schulen fällt ihr die starke Kluft zwischen den Verwöhnten und den Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen auf. Letztere haben oft ein geringes Selbstbewusstsein, sind dafür weniger egoistisch und zeigen sich erstaunlich kreativ im Kompensieren der schwierigen Lebensumstände.

Für Torstens Entwicklung spielte schon früh der Freundeskreis eine große Rolle. Seine Mutter war nicht christlich, aber er spielte immer mit den evangelischen Pfarrerskindern und erlebte so eine andere Welt. Später befand sich das Gemeindezentrum vor seiner Haustür. In der offenen Jugendarbeit traf der Heranwachsende Leute, die »anders druff« waren. Bei ihnen hatte er das Gefühl, sie behandeln sich gegenseitig wie Menschen. Nach den vielen negativen Erfahrungen in der Schule, wo der Rothaarige mit der großen Klappe immer Stress mit Mitschülern erlebte, war das wohltuend. Als Jugendlicher fand er einen Freundeskreis, der ihm Selbstbewusstsein vermittelte. Seine Freunde besuchten das Gymnasium. Sie haben sich nicht die ganze Zeit gegenseitig fertiggemacht. Mit 18 zog Torsten in den Prenzelberg, damals das Wohngebiet der Subkulturellen. Er erlangte die Fachhochschulreife und absolvierte ein Praktikum auf dem Bau, von dem er heute noch profitiert. Allerdings entschied er sich dann für eine Heilpraktikerausbildung. In der selbstverwalteten Schule fand er zum linken Spektrum. Nach seinem Abschluss war für ihn klar, dass er seine Existenz nicht von der Krankheit anderer Menschen abhängig machen wollte. Vielmehr möchte er dabei helfen, Gesundheit zu erhalten. Damit kann man leider noch nicht seinen Lebensunterhalt sichern. Außer in einer Gemeinschaft, in der Dienstleistung gegen Dienstleistung oder Güter getauscht werden kann.

Anke hatte als Schülerin »nur Sport im Kopp«. Sie betrieb Leichtathletik als Leistungssport. Von Verletzungen geplagt und demotiviert gab sie mit 18 das Training auf. Heute, so meint sie, fehlen echte Sportlerpersönlichkeiten. Der Leistungssport hat nur noch Brot-und-Spiele-Charakter. Mit ihrem Diplom könnte sie wie einige ihrer Kommilitonen gut abgesichert in einer Umweltbehörde arbeiten. Oder im Auslandsentwicklungsdienst in der Welt herumkommen und dabei ordentlich verdienen. Aber warum, so fragt sie, müssen wir von Deutschland aus Naturschutz in Asien und Afrika organisieren? Warum geht das nicht vor Ort? Wenn die Konzepte nicht unter Beteiligung von Einheimischen erstellt werden, dann helfen sie nicht. Veränderung geht nur von unten, im jeweiligen Dorf, in der Kooperative. Auf gleicher Augenhöhe, ohne westlichen Chauvinismus.

Wir wollen die Welt retten und fragen diejenigen, denen wir helfen wollen nicht, wo sie Hilfe brauchen! , empört sich die junge Frau. Sie weiß, dass viele ihrer Mitstudenten in Situationen sind, die sie eigentlich nicht glücklich machen. Anke dagegen fühlt sich ganz zufrieden. Seit 5 Jahren hat sie ihren Bus. Sie findet Reisen »geil«, muss aber nicht erzählen, wo sie schon überall war. Torsten wäre gern nicht der »total krasse Perfektionist, der die ganze Zeit Dinge sieht, die nicht funktionieren«.

Wie man wirklich glücklich ist? Er hat es herausgefunden. Einfach glücklich sein! Für sein eigenes Glück selbst verantwortlich sein. Der Kapitalismus scheitert täglich hunderttausendfach. Sollen wir uns da Vorwürfe machen, wenn wir scheitern? Halb so schlimm, wenn das da draußen nicht funktioniert. Und wovon träumen die beiden Weltverbesserer? Dass Menschen in ihren Lebenswelten überall auf diesem Planeten zufrieden leben können. Dazu wäre eine annähernde Gleichverteilung von Chancen und Ressourcen nötig, so Anke. »Erst wenn niemand mehr ums Überleben kämpfen muss, können wir die wirklichen Herausforderungen als Menschen angehen. Was ist, fühlt sich nicht gut an. Unser Einsatz für eine bessere Welt ist reiner Egoismus«, fügt Torsten mit seinem hintergründigen Lächeln hinzu.●

Aus: *neuland 11/2010*

ANAVAN – FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFTSGESTALTUNG

Unser Anliegen ist es, Freiräume zu schaffen für die Entwicklung von zukunftsfähigen Lebensweisen. Dafür wollen wir Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen in einem Netzwerk verbinden, in welchem sie sich in vielfältiger Weise und unterschiedlichen Ausmaß einbringen können, um gesellschaftliche Veränderungen zu fördern und individuelle Lebensumstände gemeinsam zu verbessern. Diese Gestaltung sehen wir als Prozess, in welchem sich Ziele entwickeln und verändern können.

Motivation und Vision

Die Freiheit, sich individuell an Mensch und Umwelt bereichern zu können, führt zur Gefährdung von Sozialfrieden und Ökosystem. Der von der Natur zur Verfügung gestellte und von uns geschaffene Reichtum soll so verteilt werden, dass alle ein gutes Leben leben können. Hintergrund dieser Initiative ist die Auseinandersetzung mit den globalen Krisen und gesellschaftlichen Problemen (Finanzkrise, Klimawandel, Sinnkrise, ungerechte Verteilung der Ressourcen Geld, Zeit, Nahrungsmittel usw.)

Wir sehen die Notwendigkeit zu Handeln und wollen dies nicht allein den Politikern, Konzernen und dem Gang der Zeit überlassen, sondern selbst aktiv auf gesellschaftliche Prozesse Einfluss nehmen. Dazu werden wir ökonomische und soziale Alternativen (weiter)entwickeln, an uns ausprobieren, vernetzen, wissenschaftlich begleiten lassen und Ergebnisse veröffentlichen.

Dabei geht es uns nicht nur darum »die Welt zu retten«, sondern wir wollen auch gemeinsam ein Lebensumfeld gestalten, das die Erfüllung der Bedürfnisse aller Beteiligten erleichtert und somit eine hohe Lebensqualität ermöglicht. Dafür wünschen wir uns und anderen Mut, Offenheit, Auseinandersetzung, Lebendigkeit und Spaß.

Warum ein (neues) Netzwerk?

Der Zusammenschluss vieler Menschen erleichtert es, individuelle und kollektive Bedürfnisse zu erfüllen. Durch die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der beteiligten Personen und Gruppen kann ein bereichernder gegenseitiger Austausch von Ideen und Erfahrungen entstehen. Je mehr Menschen sich durch das Netzwerk verbinden, desto größer wird der verfügbare Pool an Kompetenzen, Energie, Zeit, Geld und anderen Ressourcen.

Gemäß des Satzes »das Ganze ist mehr als die Summe seiner Einzelteile«, können wir als Bewegung für Gesellschaftsgestaltung einen größeren gesellschaftspolitischen Einfluss erreichen, als nur durch individuelles Handeln.

Netzwerk und Handlungsebene

Unser Netzwerk ist in thematischen Untergruppen organisiert. Diese entstehen, wenn mehrere Personen oder Gruppen gemeinsam einen Lebensbereich verändern, entwickeln und gestalten wollen. Von uns bisher anvisierte Themen sind Altersversorgung, Grundsicherung, solidarischer Waren- und Dienstleistungsaustausch, Lernen etc.

Wir haben Lust auf Freiräume, um unterschiedliche Lebensbereiche aktiv nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten und uns für diese Bereiche Verantwortung neu anzueignen. Einzelpersonen und Gruppen können sich entscheiden einen oder mehrere Bereiche ihres Lebens mit anderen gemeinsam selbstbestimmt zu organisieren. Das Ausmaß der individuellen Einbindung in das Netzwerk ist daher vielfältig und kann auch in der Art der Teilhabe variieren. Gemeinsame Basis aller Mitglieder ist der respektvolle Umgang mit sich selbst und ihrer Mitwelt.

Genossenschaft

Das erste gemeinsame Projekt im Netzwerk ist die Gründung einer Genossenschaft, welche eine Struktur bietet, um Ziele des Netzwerkes umzusetzen. Momentaner Arbeitsschwerpunkt ist einerseits der Aufbau eines Tausch- und Vertriebsnetzwerkes von Produkten aus solidarischer Ökonomie sowie andererseits die Altersabsicherung von Genossenschaftsmitgliedern.●

Anke Nordt

ÜBERBLICK USA

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Grüne Keime des Überlebens in schweren Zeiten

Die Solidarische Ökonomie als Bewegung kooperativer Selbsthilfe mit dem Ziel, das wirtschaftliche Überleben in Krisenzeiten zu sichern, steckt in den USA, im Vergleich zu Brasilien, Spanien oder sogar Canada, in den Kinderschuhen. Gleichzeitig hat das Land jedoch eine lange Tradition des Genossenschaftswesens und anderer Formen der gemeinschaftlich organisierten Hilfe. Einige von ihnen funktionieren auch heute noch gut, andere gehören der Vergangenheit an.

Von Carl Davidson, Beaver County, Western Pennsylvania (USA) ● Die Geschichte der Besiedelung Nordamerikas ist voll von genossenschaftsähnlichen Unternehmungen, angefangen bei der Gründung von Siedlungen bis zu utopistischen Gemeinschaften, von Getreidesilos und Kraftwerken im Besitz der FarmerInnen, bis hin zu ganzen Stahlwerk-Standorten, Sperrholzfabriken und Supermarktketten in ArbeiterInnenhand. Einige von ihnen sind heute Freiluftmuseen, wie »Economy and Harmony« im oberen Tal des Ohio, oder »New Harmony« in Indiana. Andere wandelten sich nach langem Bestehen als Genossenschaften schließlich (zumindest zum Teil) zu normalen kapitalistischen Wirtschaftsunternehmen, wie die »Amana Colonies« in Iowa. Wieder andere werden erfolgreich fortgeführt, wie etwa die Hy-Vee Supermarktkette, die sich im Besitz der 55.000 MitarbeiterInnen befindet, und die in sieben Staaten des Mittleren Westens verbreitet ist.

Die meisten der noch existierenden ländlichen Kooperativen und Genossenschaften sehen sich jedoch nicht als Teil einer breiteren Bewegung für globale Gerechtigkeit und ökonomischen Wandel. Sie sind einfach eine andere praktische und vernünftige Art des Wirtschaftens.

Die heutige, sich neu entwickelnde solidarökonomische Bewegung engagiert sich hingegen sehr im Hinblick auf nachhaltigen Wandel. Zwei wichtige Organisationen in diesem Bereich sind die »Vereinigung der Arbeiter-Genossenschaften« (U.S Federation of Worker Cooperatives, USFWC) und das »US Netzwerk Solidarische Ökonomie« (U.S. Solidarity Economy Network, SEN). Die USFWC besteht aus ca. 70 Genossenschaften, die über das ganze Land verteilt sind sowie einigen assoziierten lokalen Netzwerken, die die Zusammenarbeit von Kooperativen und Genossenschaften voran bringen.

Working for a Co-operative Economy

SEN ist eine jüngere Organisation, die ein umfassenderes Konzept von Solidarischer Ökonomie vertritt, das viel mehr als nur Produktivgenossenschaften umfasst. Sie setzt sich für »Food Coops«, genossenschaftliche oder kooperative Beschaffungs- und Lieferketten ein; sie fördert die Einrichtung von demokratischer Partizipation über Bürgerhaushalte in den Gemeinden und die Forschungstätigkeit zu demokratischer und kooperativer Volkswirtschaft, Tauschringe und Regiogeld (lokale regionale Währungen), gemeinschaftliche Erbpachtsysteme (»communal land trusts«), Genossenschaftsbanken, Wohnprojekte und Ähnliches mehr. SEN hat zwei Bücher zur Solidarischen Ökonomie veröffentlicht, eine nationale Konferenz mit ca. 400 TeilnehmerInnen veranstaltet und erst kürzlich eine Reihe von etwa 100 Workshops und Podien zu den verschiedenen Themen der Solidarischen Ökonomie auf dem US-amerikanischen Sozialforum 2010 in Detroit durchgeführt.

Ein Ereignis zu Beginn des Jahres 2009 hat besonders die Aufmerksamkeit sowohl eines größeren Teils progressiver Kreise als auch der Massenmedien auf sich gelenkt. Die »United Steelworkers of America« (USW), eine der größten Industriegewerkschaften der USA, und der spanische Genossenschaftsverbund Mondragon (MCC), der weltweit größte und erfolgreichste Verbund genossenschaftlicher Unternehmen, haben ihre Zusammenarbeit angekündigt. Die USW hat mehr als 700.000 Mitglieder und MCC beschäftigt mehr als 100.000 MitarbeiterInnen in mehr als 120 Genossenschaften. Die USW ist an einer Weiterentwicklung der Erneuerbare-Energien-Branche interessiert. Sollten nicht neue Unternehmen in diesem Bereich durch private Initiativen entstehen, denkt die USW darüber nach, selbst solche Firmen zu gründen. Die Zusammenarbeit von MCC und USW schreitet behutsam voran; im Augenblick ist man noch nicht über die Klärung von grundlegenden Fragen hinaus. Dennoch hat bereits die Ankündigung, dass die USW radikale Reformen bestehender wirtschaftlicher Strukturen anstrebt, sowohl bei den Gewerkschaften wie auch der Genossenschaftsbewegung, hohe Wellen geschlagen.

Die Beispiele von Mondragon in Spanien, die Fabrikübernahmen durch die Belegschaften in Argentinien, das Engagement von Gewerkschaften in der Sozialwirtschaft in Quebec und die große Palette von solidarökonomischen Projekten in Brasilien und Venezuela haben dazu geführt, dass es zu einer neuen Welle von Genossenschaftsgründungen und anderen Projekten der Solidarischen Ökonomie und in den USA gekommen ist. Hier ein kleiner Überblick über zehn der bedeutenderen Projekte.

Evergreen Cooperatives in Cleveland, Ohio

Diese Gruppe umfasst derzeit drei Genossenschaften, die »Evergreen Industrial Laundry« (Industrie Reinigung), die »Ohio Solar Cooperative« (Solar-Energie-Genossenschaft) und die »Evergreen Community Garden« (Gemeinschaftsgärten). Etwa ein weiteres Dutzend Neugründungen sind geplant. Sie wurden im Anschluss an einen Besuch von GeldgeberInnen aus Cleveland in Mondragon angeregt; die Sponsoren waren es leid, Wiedereingliederungsprogramme für Arbeitslose zu fördern, ohne dass für die Geförderten auch Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Das Wäschereiprojekt beschäftigt einige Dutzend MitarbeiterInnen aus einem Stadtteil, in dem überwiegend Schwarze mit geringem Einkommen leben. AuftraggeberInnen sind einige größere Gesundheitseinrichtungen, die ihren

grundlegenden Wäschereidienstleistungsbedarf über die Wäschereigenossenschaft decken. Die MitarbeiterInnen werden über einen Zeitraum von fünf Jahren zu MiteigentümerInnen, wobei jede/r einen gleichen Anteil erwirbt. Ohio Solar baut Sonnenkollektoren, montiert sie auf gemieteten Dachflächen in der Stadt und bezieht seine Einkünfte aus der Einspeisung der gewonnenen Elektrizität in das städtische Netz. Das Community Garden-Projekt betreibt ein großes Treibhaus auf einem ungenutzten städtischen Grundstück und produziert dort frisches Gemüse, Kräuter und Gewürze für Supermärkte und Restaurants.

Arizmendi Association of Cooperatives in der Bay Area von San Francisco, Kalifornien

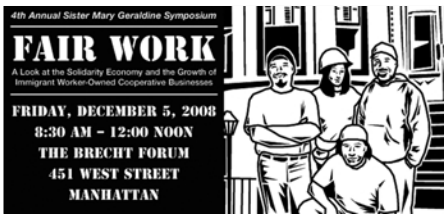
Es handelt sich um ein weiter wachsendes Netzwerk aus Bäckereien und Restaurants in MitarbeiterInnenbesitz, das noch eine Unterstützer-Genossenschaft einschließt. Die Gruppe hat sich den Namen des Gründers der Mondragon-Genossenschaften, Vater Arizmendi, gegeben, weil sie den Anspruch hat, hochwertige Bäckereiwaren zu günstigen Preisen anzubieten. Den Bäckereien sind Restaurants für kleine Mahlzeiten (auch eine Pizzeria) angegliedert. Die Kooperativen existieren seit 10 Jahren, beschäftigen zusammen 200 MitarbeiterInnen und produzieren etwa 60.000 Brote in der Woche.

Union Cab Cooperative of Madison, Wisconsin

Sie ist eine Taxi-Kooperative, die Anfang der 1980er Jahre nach einer Reihe von gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen gegründet wurde. Mit ihren 65 Taxen sind die 200 FahrerInnen / Mitglieder heute das größte Taxiunternehmen der Stadt. Zwischenzeitlich haben sie ihr Angebot um Dienste wie Krankentransporte mit Spezialfahrzeugen erweitert. Die Genossenschaft hat einen kurzen Auftritt in Michael Moore's neuem Dokumentarfilm »Capitalism: A Love Story«.

Austin Polytechnical Academy, Chicago, Illinois

Sie ist eher eine öffentliche High School, als eine Kooperative oder Genossenschaft. Wieder war es das Vorbild Mondragon, das die GründerInnen des Projekts dieser neuartigen Nachbarschaftsschule in einem von AfroamerikanerInnen mit geringen Einkommen bewohnten Stadtviertel inspiriert hat. Sie haben die Idee von Vater Arizmendi aufgenommen, der zuerst eine technische Schule gründete, aus deren AbsolventInnen die ersten qualifizierten MitarbeiterInnen der ersten MCC-Unternehmensgründung hervorgingen. Die Schule gibt es nun seit drei Jahren. Sie befindet sich in der Hand der MitarbeiterInnen und hat dies wie die Partizipation in ihren Statuten und Ausbildungsrichtlinien festgeschrieben. Die Ausbildung qualifiziert für High-Tech-Berufe und arbeitet eng mit Gewerkschaften und einigen Dutzend kleineren High-Tech-Unternehmen zusammen, die Praktika und technische Ausstattung für den Unterricht beisteuern. Die SchülerInnen haben sich mit führenden Mitgliedern italienischer Genossenschaften aus der Emilia-Romagna getroffen und haben einer Schülergruppe eine Studienreise nach Mondragon ermöglicht.



Pioneer Valley PhotoVoltaics Cooperative in Greenfield, MA und New Britain, CT

Diese hat sich – wie viele neue Kooperativen oder Genossenschaften – auf die erneuerbaren Energie-Technologien spezialisiert. Sie bauen und installieren Fotovoltaik-Anlagen auf Privathäusern und Bürogebäuden, auf Schuldächern und kleineren Industriebetrieben in den Neuenglandstaaten. In der wachsenden Genossenschaft sind 20 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Cooperative Home Care Associates, the Bronx, NY

Dies ist eine Genossenschaft mit 1.600 Mitgliedern, die häusliche Pflegedienstleistungen für ältere, chronisch kranke oder behinderte Menschen anbietet. Auch die Privatabrechnung ist möglich, die Leistungen bewegen sich zwischen stundenweiser und Rund-um-die-Uhr-Betreuung an sieben Wochentagen. Im Pflegedienstbereich werden MitarbeiterInnen oft unterbezahlt und ausgenutzt. CHCA bietet viel bessere Standards, sowohl für die MitarbeiterInnen als auch für die Menschen, die die Pflege in Anspruch nehmen.

Federation of Southern Cooperatives

Die Mitglieder der FSC stammen vor allem aus ländlichen »Grassroot«-Projekten und verfügen nur über wenig Einkommen. Der Verband besteht aus bäuerlichen Genossenschaften und Kreditgenossenschaften, die vor allem schwarze Bauernfamilien unterstützen, um wirtschaftlich schwierige Zeiten zu überstehen. Insgesamt umfassen die 70 aktiven Gruppen des Verbands mehr als 20.000 Familien, die sich über zehn Südstaaten der USA verteilen, mit Schwerpunkten in Mississippi, Alabama, Georgia und South Carolina. Der in Washington, DC, ansässige »Land Assistance Fund« der FSC ist Mitglied im Ausschuss des »Solidarity Economy Network«.

Highlander Research and Education Center

Es entstand bereits in den 1930er Jahren unter dem Namen »Highland Folk School«. Es bildet Aktivisten im Süden der USA und in der Appalachen-Region aus und hat eine lange Tradition in der Arbeiter- und Bürgerrechtsbewegung. Kürzlich wurde dort ein neues Programm zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit entwickelt; es entstehen neue »Grassroot«-Projekte und es werden regionale Workshops zu wirtschaftlichen Themen gegründet.

Valley Alliance of Worker Cooperatives

Ein Netzwerk aus dreizehn Genossenschaften / Kooperativen im Tal des Connecticut River, Western Massachusetts und Vermont. Sie organisieren die gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit zwischen Projekten und gründen neue Kooperativen. Mitgliedsbetriebe kommen aus den Bereichen KFZ- und Fahrradreparatur, Druckereien, Textil, Lebensmittel und weiteren technischen Unternehmen. Das Netzwerk dient als Modell für Kooperativen in anderen Regionen des Landes, die noch nicht in Netzwerken organisiert sind.

Chroma Technology, Bellows Falls, VT

Der selbstverwaltete High-Tech-Betrieb stellt Filter und Beschichtungen für Mikroskope her und beliefert Laboratorien in der ganzen Welt. Das Unternehmen ist im Besitz von 90 MitarbeiterInnen und wurde 2010 im zweiten Jahr in Folge in der »WorldBlu's global List of Most Democratic Workplaces« geführt. Es dient als herausragendes Vorbild für die Neugründung von High-Tech-Kooperativen und Genossenschaften.

Die aufgeführten zehn Beispiele sind ziemlich gut bekannt und erfolgreich. Sie sind jedoch nur stellvertrende Beispiele. Es gibt eine viel größere Zahl von neuen Projekten, Kooperativen und Unternehmen der Solidarischen Ökonomie, so auch »Think Tanks« und Beratungsfirmen. Viele davon sind spontan entstanden und sind noch nicht Bestandteil einer überregionalen Bewegung.

Die Solidarische Ökonomie in den USA ist auch Teil einer sehr viel größeren Bewegung, dem Projekt einer »grünen Ökonomie«. Innerhalb dieses Projekts trifft sie auf neue Unternehmen der »traditionellen«, kapitalistischen Wirtschaft. Aber nicht nur der Bezug zu Umweltthemen dieser »Startups« führt zu einer Berührung mit der Solidarischen Ökonomie; hinzu kommt, das sie alle auf einer »Bruchlinie« der US-amerikanischen Politischen Ökonomie angesiedelt sind. Denn für beide – die Projekte der Solidarischen Ökonomie wie auch Betriebe der kapitalistischen »grünen« Ökonomie – gilt, dass sie, wenn sie sich entwickeln und wachsen wollen, zwangsläufig mit den Vorrechten und dem wirtschaftlichen Übergewicht des mächtigen militärischen, fossile Energie verbrennenden Industriesektors und dessen enger Verflechtung mit der Regierung in Konflikt geraten.

Aber dies verhilft der Solidarischen Ökonomie auch zu neuen Verbündeten. Die fortschrittlicheren unter den US Gewerkschaften haben die Notwendigkeit einer Industriepolitik erkannt, die eine »grüne Wirtschaft« und »saubere Energieerzeugung« fördert. Sie soll mit Steuern auf das Finanzkapital und seine Transaktionen finanziert werden und es so möglich machen, neue Unternehmen zu gründen. Jedes Jahr wird von der »Blue-Green Alliance«, ein »Good Jobs, Green Jobs«-Kongress in Washington, DC, veranstaltet. Die »Blue-Green Alliance« ist eine non-profit Dachorganisation, die aus der USW und dem Sierra Club (einer großen Umweltorganisation) gebildet wird. Mehr als 3.000 TeilnehmerInnen kommen zu jeder Veranstaltung, darunter leitende GewerkschafterInnen, MitarbeiterInnen von Umweltorganisationen, AktivistInnen aus dem Bereich städtischer Jugendarbeitslosigkeit und eine Gruppe von InvestorInnen und UnternehmerInnen aus dem Sektor Umwelttechnik und erneuerbare Energie. Auch Unternehmen aus der Solidarischen Ökonomie und Genossenschaftsprojekte schließen sich mittlerweile dieser Bewegung an.

Ein großes Problem ist im Rahmen dieser Entwicklung noch nicht gelöst: Wer soll die politischen Interessen, etwa bei Wahlen, wahrnehmen? Um wirklich an Bedeutung zu gewinnen, braucht die Solidarische Ökonomie die Zusammenarbeit mit der Regierung. Und um sich in Anbetracht der Massenarbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung schnell entwickeln zu können, braucht sie Zugang zu Steuermitteln und anderen öffentlichen Fonds. Es gibt einige Fürsprecher und Förderer innerhalb der Gewerkschaften und in fortschrittlichen lokalen linken Gruppierungen, die begriffen haben, dass die Solidarische Ökonomie ein Teil der Lösung ist. Aber es bleibt dennoch viel zu tun.●

Übersetzung aus dem US-Amerikanischen durch Hartwig Daniels

AUTOR

Carl Davidson ist Mitglied im Vorstand des »U.S. Solidarity Economy Network« und des »Committee of Correspondence for Democracy and Socialism«. Er hat an der Penn State und der University of Nebraska Philosophie studiert und lange in New York City und Chicago gearbeitet. Zusammen mit Jerry Harris hat er »CyberRadicalism: A New Left for a Global Age« verfasst und ist Mitherausgeber von »Solidarity Economy: Building Alternative for People and Planet«, beide erhältlich bei http://stores.lulu.com/changemaker. Er ist Mitglied der »Steelworkers Associates«.

LATEINAMERIKA

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Neuaufbruch nach der langen Nacht des Neoliberalismus

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Lateinamerikas war seit den 80er Jahren nicht nur von Diktaturen und politischer Instabilität geprägt, sondern auch vom Neoliberalismus. Seit 1998 begann mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela in Lateinamerika eine Serie von Wahlsiegen linker bzw. progressiver Regierungen, die eine neue Richtung in der Wirtschaftspolitik einschlagen wollten. Erste Ansätze sind im Bereich der »Solidarischen und Sozialen Ökonomie« (SÖ) zu sehen.

Von Kerstin Sack, Hagen ● Unter Solidarischer oder auch Sozialer Ökonomie, wird in diesem Kontext eine Ökonomie gefasst, die der Versorgung der Bevölkerungen dient und nicht der Gewinnmaximierung. Neu ist diese Form der Wirtschaft auch in Lateinamerika nicht, die Rahmenbedingungen haben sich jedoch verbessert. War in der Vergangenheit zum Beispiel der Rückzug des Staates und Armut häufig Anlass für die Gründung einer Kooperative, so ist die Solidarische Ökonomie in einigen Ländern nun Teil der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Rahmenbedingungen

In Cuba, wo es seit der Revolution 1959 kaum Privateigentum an Boden oder Unternehmen (außer Familienbetrieben) gibt, wird weniger von Solidarischer Ökonomie als vom Sozialen Eigentum gesprochen, das die gute Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen garantieren soll. Welche Organisationsform dafür die beste ist, ist in Cuba permanent in Diskussion und wird immer wieder angepasst. Die urbane Landwirtschaft Cubas ist Vorbild für andere Länder. Diese ökologische, wohnungsnahe Landwirtschaft beschäftigt mittlerweile 300.000 Menschen. Gekoppelt sind die Projekte mit Programmen der Regierung wie begleitende Forschung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch auf lokaler, nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Fachkräfte unterstützen die Entwicklung solcher Projekte zum Beispiel in Venezuela und Bolivien.

In Venezuela, Bolivien, Uruguay, Argentinien und Brasilien gibt es staatliche Einrichtungen zur Förderung der Solidarischen Ökonomie, die in der Regel beim Arbeitsministerium oder dem Ministerium für regionale Entwicklung angesiedelt sind. In Brasilien gibt es zum Beispiel einen Staatssekretär für Solidarische Ökonomie. Die Regierungen unterstützen in vielfältiger Weise die Entwicklung und Führung von Projekten. Instrumente sind Beratung, Weiterbildung, Forschung und die Vergabe von günstigen Krediten. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden die Unternehmen in einigen Ländern bevorzugt behandelt. Staatlich geförderte nationale Vernetzung spielt eine wichtige Rolle für den Austausch der Erfahrungen. Beachtlich ist der Austausch auf kontinentaler Ebene im Bereich der Solidarischen Ökonomie. Einige Länder unterstützen die länderübergreifende Vernetzung. Regionale Bündnisse (MERCOSUR-Südamerikanischer Markt, ALBA) fördern die Solidarischen Ökonomie, wie auch das Ziel, Produktionsketten zu schaffen.

Foto: Archiv

Es gibt darüber hinaus Fachaustausch sowie finanzielle Förderungen von Projekten. So führen Uruguayische KooperativistInnen Weiterbildungskurse im Wohnungsbau in Venezuela durch, während Venezuela Finanzierung für »Empresas Recuperadas« (zurückeroberte Unternehmen) in Uruguay bereitstellt. Wichtige Elemente der Solidarischen Ökonomie sind Kooperation und Ergänzung. Die Unternehmen sollen nicht miteinander konkurrieren, sondern sich mit ihren Angeboten, auch über nationale Grenzen hinaus, ergänzen.

Formen der Solidarischen und Sozialen Ökonomie

In der Regel werden selbstorganisierte Unternehmen (Tauschringe, Kooperativen, Empresas Recuperadas) der Solidarischen Ökonomie zugeordnet. Im Sinne eines »Sozialen Eigentums« wären dies aber auch öffentliche/staatliche oder internationale Institutionen.

Staatliche – öffentliche Unternehmen

Einige Regierungen in Lateinamerika haben privatisierte Unternehmen in die öffentliche Hand zurückgeführt oder sie neu gegründet. Dazu zählen Wasser, Energie, Telekommunikation, Eisenbahnen, Fluggesellschaften, Schlüsselindustrien und vieles andere mehr. Teilweise verbieten Verfassungen mittlerweile Privatisierungen von »Gemeingütern«. Von besonderer Bedeutung sind hierbei Rohstoffe (Gas, Erdöl, Erze). Bolivien, ehemals eines der ärmsten Länder Lateinamerikas, konnte durch die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasanlagen hohe Devisenreserven erwirtschaften. Diese werden vor allem für die Sozialpolitik verwendet. Venezuela und Bolivien konnten so schon beachtliche Erfolge bei der Bekämpfung der Armut und im Bildungs- und Gesundheitsbereich erzielen.

ALBA – Bolivarianische Allianz

ALBA ist ein Handelsbündnis, das auf Kooperation und gegenseitige Ergänzung anstatt auf Konkurrenz aufbaut. Zu Beginn sandte Cuba Lehrer und Ärzte von Cuba nach Venezuela und erhielt im Gegenzug Erdöl. Durch den Tauschmechanismus reduzierte sich für die beteiligten Länder die Notwendigkeit zur Erwirtschaftung von Dollars. Mitglieder von ALBA sind Venezuela, Cuba, Bolivien, Ecuador, Nicaragua, und einige kleine karibische Inseln. Neben dem Handel wurden Finanzinstrumente wie die Banco del ALBA, die Bank des Südens und der SUCRE als lateinamerikanische Währungseinheit geschaffen. Diese Elemente bilden die Grundlage für ein anderes Wirtschaften, das sich nicht mehr dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF) beugen muss. Die sozialen Bewegungen unterstützen ALBA und werden im Rahmen eines Beirats an der Weiterentwicklung beteiligt. Sie fordern vor allem Transparenz und eine soziale und ökologisch nachhaltige Ausrichtung.

Bedeutung der Solidarischen Ökonomie im Kontext der Gesamtwirtschaften

Die Solidarische Ökonomie in Form von Genossenschaften und anderen Formen von selbstorganisierter Wirtschaft spielt in der Wirtschaft Lateinamerikas eine untergeordnete Rolle. Eine größeres Gewicht haben öffentliche Unternehmen. Die Verstaatlichungen der natürlichen Ressourcen in Ecuador, Venezuela und Bolivien haben einen nennenswerten Beitrag zur Armutsbekämpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet. Es zeigt sich, dass die Entwicklung von Projekten (Kooperativen u.a.) wichtig sind, um für breite Bevölkerungsteile Verbesserungen zu erreichen. Dafür sind strukturelle Veränderungen wie eine Agrarreform notwendig.

Aufmerksamkeit erweckt in letzter Zeit das Konzept des »Buen Vivir« – das *Gute Leben*, das in den Verfassungen von Ecuador und Bolivien festgeschrieben ist. Dieser Ansatz beinhaltet die Entwicklung neuer Produktions- und Konsummodi und eine nicht wachstums- und konsumistisch orientierte Wirtschaft. Bis zur Erreichung des Ziels, eine Wirtschaft aufzubauen, die der Deckung der Bedürfnisse der Bevölkerungen dient und die Natur nicht belastet, ist es noch ein weiter Weg, aber die bisherigen Ergebnisse machen Mut.●

AUTORIN

Die Autorin Kerstin Sack arbeitet als Raumplanerin.

Veröffentlichungen bei VSA, Hamburg, 2008: Kerstin Sack/Steffen Stierle u.a. (Hrsg.): Vom Süden lernen. Lateinamerikas Alternativen zum Neoliberalismus, AttacBasisTexte 29.

Kerstin Sack: ALBA – Solidarische Verträge zwischen Staaten, in: Giegold/Embshoff (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus.

MITTEL- UND OSTEUROPA

Vielfalt zwischen etablierten Strukturen und Sorge für das Überleben

»Solidarische Ökonomie gibt es bei uns nicht«, sagen viele Akteure der Solidarischen Ökonomie in mittel- und osteuropäischen Ländern. Ihr Alltagsstress und/ oder ihre soziale Ausgrenzung verstellen ihnen die internationale Kommunikation zu »Solidarischer Ökonomie«.

Von Judith Dellheim, Berlin ● Die meisten jener, die den Begriff gebrauchen, gehören zu den in internationalen Zusammenhängen »Etablierten«. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass sie auch sozial etabliert seien oder zu den eher Wohlhabenden gehören: Es sind AnarchistInnen, Menschen in EU-(geförderten) Projekten oder PartnerInnen von diesen, Studierende und WissenschaftlerInnen an der Seite von sozial Ausgegrenzten, sozial engagierte »prekäre« Intellektuelle, Kunst- und Kulturschaffende, AnhängerInnen der Theologie der Befreiung oder der Ökumene ... Auch für sie gilt, dass man unter »Solidarischer Ökonomie« sehr Verschiedenes verstehen kann.

Was die verschiedenen Projekte Solidarischer Ökonomie in den verschiedenen Ländern anbelangt, so sind sie so vielgestaltig wie im westlichen und nördlichen Europa auch: von der Selbsthilfe sozial Ausgegrenzter bis hin zu Betriebsbesetzungen und -übernahmen, sogar von großen Unternehmen. Allerdings gibt es vier wichtige Besonderheiten: Erstens sind manche Projekte »hinüber gewachsen«, also Genossenschaften und genossenschaftliche Unternehmungen aus der Zeit des sogenannten »Staatssozialismus«. Zweitens erfreuen sie sich nur selten öffentlicher Förderung. Drittens spielt Auseinandersetzung mit Armut und Meisterung des Alltags eine sehr zentrale Rolle. Viertens wird vielfach nur und dann oft auch unkritisch als »Solidarische Ökonomie« bezeichnet und kommuniziert, was in Partnerschaft bzw. mit Unterstützung von Akteuren in West- und Nordeuropa geschaffen und entwickelt wurde. Zu diesen Akteuren gehört wie im Falle von Kreditgenossenschaften in Polen und insgesamt nicht ganz selten die Weltbank.

In Lodz wurde 1992 eine internationale Frauenstiftung gegründet, um arbeitslosen Frauen in der Region Unterstützung zu geben. Viele ihrer Projekte stärken und erschließen Selbstorganisationspotenziale von Frauen und sind dezidiert gegen alte Rollenbilder und geschlechtshierarchische Arbeitsteilung gerichtet. Manche Projekte dienen jedoch eher der »Humankapitalverbesserung« und Wirtschaftsförderung, sollen aus sozialen Einrichtungen für sozial Schwache kommerzielle Unternehmungen machen.

Solidarische Ökonomie als Türöffner für die Kommerzialisierung des gesellschaftlichen Lebens? Die Gefahr besteht. Aber lieber gar nichts tun ist auch keine vernünftige Alternative.

Miastko ist ein dramatischer sozialer Brennpunkt und zugleich ein Hort zivilgesellschaftlicher und genossenschaftlicher Aktivitäten in Polen. Dort gibt es ein Zentrum für freiwillige ehrenamtliche Arbeit. Es wurde 1993 gegründet und mit jener Tradition verbunden, für die das Symbol Janusz Korczak (1) steht. So sind es auch insbesondere im Bildungswesen Beschäftigte und SchülerInnen, die hier oder von hier ausgehend in ihrer Freizeit mit sozial Schwachen arbeiten. Schließlich sind regelmäßige Mahlzeiten und der tägliche Schulbesuch aus sozialen und verkehrspolitischen Gründen keineswegs Normalität. So werden in Zusammenarbeit mit Genossenschaften im Agrar- und Nahrungsmittelbereich sowie mit anderen Firmen Mahlzeiten für Bedürftige organisiert.

»Solidarische Ökonomie als Caritas?«, das verneint die Organisation zur Verteidigung der Rechte von Arbeitslosen in Miastko. Sie setzt auf politische Intervention gegen soziale Ausgrenzung – in der Kommune und in der Region, aber auch vernetzt – bis hin zur EU-Ebene.

Das Beispiel Miastko ist typisch für viele Regionen in Mittel- und Osteuropa, allerdings nicht für Rumänien. Aber auch hier gibt es einige Neugründungen von Genossenschaften in der Landwirtschaft, um ökonomisches Überleben zu ermöglichen und gesellschaftliches Leben zu gestalten. Auf die eigene Wirtschaftstätigkeit gestützt, wird jedoch nur ausnahmsweise versucht, sich mit der herrschenden Gesellschafts-, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik offensiv auseinanderzusetzen. Wer aber gerade dies tut, analysiert mit großem Interesse insbesondere Erfahrungen von Gulga Farm in Ungarn. Dort begannen einige AktivistInnen kurz nach der »Wende« entgegen dem hegemonialen Trend an genossenschaftlichen Öko-Projekten zu arbeiten. Das war bei einigen von Beginn an politisch motiviert und mündete auch in die Gründung einer politischen Organisation, die für genossenschaftliche Werte und Prinzipien in den Unternehmen und in der Gesellschaft eintritt. Die Öko-Landbäuerinnen und -bauern qualifizierten sich zusätzlich zu Erzeuger/innen von erneuerbarer Energie. Sie engagieren sich gemeinsam mit Via Campesina für Nahrungsmittelsouveränität, solidarisches Miteinander, für sozial und ökologisch verantwortungsvolles Wirtschaften.

Dafür treten auch ihre PartnerInnen in der Slowakei ein, die neben erneuerbaren Energien die ökologische Wasserversorgung und -entsorgung als ein Thema für Solidarische Ökonomie bearbeiten – theoretisch und sehr praktisch. Ihre Ausgangsfrage ist, wie der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung mit der dezentralen Erschließung und Nutzung von erneuerbaren Energien bzw. Wasserressourcen verbunden werden kann. Dabei diskutieren sie Armut als lokales und globales Problem und bearbeiten es auch lokal und global vernetzt. Ihre besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf die Kooperation mit PartnerInnen in den mittel- und osteuropäischen Staaten, nicht zuletzt in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Dort gruppieren sich jene energiepolitisch Engagierten, die eigene Erneuerbare-Energie-Projekte in Formen Solidarischer Ökonomie entwickeln, nicht selten um Anti-AKW-Initiativen.

Die Initiativen arbeiten vielfach international recht gut vernetzt

Dies trifft nicht für jene zu, die sich um das tägliche Überleben sorgen müssen. Aber auch hier zeigt sich: politische Aktionen gegen repressive und sozial ungerechte Politik werden vielfach von Bürgerinnen und Bürgern organisiert, die Menschen ermutigen und helfen, Kooperativprojekte fortzusetzen oder zu gründen. Aber nur selten verbinden sie ihr solidarisches Miteinander mit dem Begriff und Diskurs »Solidarische Ökonomie«.●

1) Janusz Korczak, eigentlich: Henryk Goldszmit (* 22. Juli 1878 oder 1879 in Warschau; † nach dem 5. August 1942 vermutlich im Vernichtungslager Treblinka), war ein polnischer Arzt, Kinderbuchautor und bedeutender Pädagoge.
http://de.wikipedia.org/wiki/Janusz_Korczak

Die Autorin Judith Dellheim ist freie Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

KAMPAGNE

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

»Betriebe in Belegschaftshand«

– Bestand und Qualität von Arbeitsplätzen sichern

Die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen – insbesondere der vergangenen zehn Jahre – zeigen, dass es heute nicht nur darum geht, Arbeitsplätze zu sichern. Der rasant wachsende Niedriglohnsektor, die Ausweitung der Leiharbeit, die politische Verhinderung von Mindestlöhnen, Dumpinglöhne und der »Kombilohn« über die Aufstockung durch Transferleistungen, verdeutlichen, dass es zunehmend auch um die Qualität der Arbeit geht.

Von Hartwig Daniels, Mainz ● So werden MitarbeiterInnen – insbesondere bei Insolvenzen, bei Firmenverkäufen und -Übernahmen durch Hedgefonds, oder im Rahmen von Nachfolgeregelungen – zur Manövriermasse ohne angemessenen Einfluss. Ist ein Investor gefunden, ist das Unternehmen gerettet. Es folgt allerdings für viele Kolleginnen und Kollegen ein böses Erwachen: Viele verlieren ihre Jobs weil der Betrieb zerschlagen wird, andere müssen zum Teil drastische Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung hinnehmen. Die Alternative der Übernahme des Unternehmens durch die Belegschaft wird i.d.R. nicht gesehen oder von den BetriebsrätInnen und den MitarbeiterInnen als nicht realistisch eingestuft.

Unsere Kampagne setzt an diesem Punkt an. Mit Beispielen von Betrieben in Belegschaftshand soll die »Machbarkeit« geprüft und die Attraktivität deutlich gemacht werden. Im Vordergrund steht die dringende Verbesserung der gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der unterstützenden gesellschaftlichen Strukturen. Denn selbst wenn ein insolventes Unternehmen eine wirtschaftliche Perspektive in Belegschaftshand hat, hängt der Erfolg von gesetzlichen Voraussetzungen, von Wissen und Finanzierungsmöglichkeiten oder -bedingungen ab. Konkret: Die vorhandenen Vorschriften müssen so erweitert oder geändert werden, dass es leichter wird, Mitarbeitergesellschaften oder Genossenschaften zu gründen, um die Unternehmen aus der Krise heraus weiter erfolgreich zu führen und zu entwickeln.

Zu den notwendigen Rahmenbedingungen gehören aus unserer Sicht unter anderem:

■ **Beratung und Information:** Erfolgreiche Betriebsfortführungen erfordern ein hohes Niveau an sozialer, finanz- und betriebswirtschaftlicher Kompetenz. Daher muss ein entsprechendes Beratungsangebot geschaffen werden, das den Betroffenen ermöglicht, den richtigen Übergang, die angemessene Unternehmensform und vor allem ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Zukunft zu entwickeln.

■ **Eine solide Finanzierung:** Über eine Aufstockung und gezielte Verwendung von Sozialplanmitteln sollten Betriebsfortführungen finanziell erleichtert werden. Betrieben sollten öffentlich finanzierte Gründungszuschüsse und Bürgschaften zur Verfügung gestellt werden, um drohende Arbeitslosigkeit durch eine Neugründung in Selbstverwaltung abzuwenden.

■ **Ein Vorkaufsrecht der Belegschaft** bei einer Veräußerung des Unternehmens.

Nicht zu unterschätzen sind weitere Probleme und Fragen, die sich für die beteiligten MitarbeiterInnen, für die BetriebsrätInnen und auch für die Gewerkschaften stellen: Für alle Betriebsangehörigen ist der Übergang zur Selbstverwaltung mit einem grundlegenden Wandel des Rollenverständnisses (und häufig mit Ängsten) verbunden. Nur mit Hilfe von umfassender Beratung und Betreuung ist daher ein Übergangsprozess zu bewältigen; es geht um »Ermutigen und Ertüchtigen«. BetriebsrätInnen und Gewerkschaften kommen dabei zentrale Aufgaben zu. Und auch ihre Rollen im Übergangsprozess und im selbstverwalteten Betrieb müssen sie neu definieren. Neben der Wahrnehmung ihres gesellschaftspolitischen Mandats im Sinne einer neuen Wirtschaftsdemokratie ist es vorstellbar, dass sie schulen und beraten, Konflikte schlichten und an der (Weiter-)Entwicklung von demokratischen Strukturen und innerer Stabilität des fortgeführten Betriebes mitwirken. Aber die Ausgestaltung der neuen Rollen ist zunächst offen.

Voraussetzungen, wie sie in der Bundesrepublik wenn überhaupt, dann nur wenig ausgeprägt existieren, gibt es bereits in anderen Ländern. In Italien etwa bietet das *Marcora*-Gesetz seit 1985 eine oft erfolgreich genutzte Unterstützung bei der Übernahme insolventer Betriebe. Auch in anderen Teilen der EU (Frankreich, Spanien, Osteuropa) gibt es Unterstützungsstrukturen auf der Ebene von Verbänden und Gewerkschaften sowie öffentliche Hilfen. Dort, wo Krisen die Existenz von Millionen von Menschen am schlimmsten bedroht haben, wurde durch Betriebsfortführungen in den Händen der Belegschaften das Fortschreiten einer krisenbedingten De-Industrialisierung verhindert und eine ökonomische Stabilisierung möglich – so in Argentinien und in Brasilien.

FACHTAGUNG

»Betriebe in Belegschaftshand
– Bestand und Qualität von Arbeitsplätzen sichern«

3. Dezember 2010, Frankfurt a.M., DGB-Haus, Willi-Bleicher-Saal, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 (Nähe HBF)
Beginn 10.30 Uhr, Ende 17 Uhr

Veranstalter:
Bundesarbeitsgemeinschaft Solidarische Ökonomie im Attac Trägerverein e.V.:
www.attac.de
Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie:
www.akademie-solidarische-oekonomie.de
Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.:
www.genossenschaftsgedanke.de
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.:
www.zdk.coop

Gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung:
www.boeckler.de

Teilnahmebeitrag: 10 EUR
Anfragen und Anmeldung:
Anmeldung@innova-eg.de

Da die Erfahrungen aus diesen Ländern, ebenso wie die dortigen gesetzlichen Regelungen, nicht auf die Bundesrepublik übertragbar sind, können wir sie nur auswerten und für unsere Diskussion heranziehen. Und wir sollten uns durch sie ermutigen lassen. Selbstverwaltung, Genossenschaften, Mitarbeitergesellschaften oder andere Formen der erwerbswirtschaftlichen Selbstorganisation haben oft die Vorstellung einer »Solidarischen Ökonomie« gemeinsam. Wir teilen mit unserer Kampagne die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen, die unter diesem Sammelbegriff üblicherweise zusammengefasst werden.

Auch in Deutschland brauchen wir eine Unterstützung von Betriebsfortführungen durch die Belegschaften, sowohl von bereits existierenden, als auch von neu gegründeten Produktivgenossenschaften und Mitarbeitergesellschaften. Wir wollen mit unseren Vorschlägen daran mitwirken, dass gemeinsam mit Politik, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen angesichts der krisenhaften Entwicklung des Arbeitsmarkts und der Situation der ArbeitnehmerInnen die notwendigen Rahmenbedingungen für die Selbstverwaltung von Betrieben geschaffen werden.

Die »Kampagne Betriebe in Belegschaftshand« ist eine Initiative der Arbeitsgruppe »Solidarische Ökonomie« von ATTAC Deutschland und dem Projekt »Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie«. Beteiligt sind engagierte Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und praktischen Projekten der Solidarischen Ökonomie, aus den sozialen Bewegungen, den Kirchen, Gewerkschaften, Medien und aus dem wissenschaftlichen Bereich.

Wir wenden uns an MitarbeiterInnen in Unternehmen, die an unserem Thema Betriebsfortführung und Selbstverwaltung interessiert sind und möglicherweise selbst durch eine krisenhafte Entwicklung oder einen anstehenden Besitzwechsel betroffen sind, wie auch an Belegschaftsangehörige aus selbstverwalteten Betrieben. Dann wollen wir VertreterInnen aus dem DGB, den Einzelgewerkschaften, MitarbeiterInnen aus den Technologieberatungsstellen des DGB, GründungsberaterInnen der Genossenschaftsverbände und weitere Menschen, die im Umfeld des Themas tätig sind, ansprechen und zusammen führen.

Am 3. Dezember 2010 werden wir im Rahmen einer Fachtagung mit VertreterInnen der genannten Gruppen unsere Kampagne und ihre Ziele vorstellen. Daraus könnte sich idealerweise eine weitere Zusammenarbeit und eine größere Bekanntheit der Problematik und möglicher Lösungsansätze ergeben.●

Der Autor Hartwig Daniels, Soziologe, ist Aktivist bei Attac

CSA-PROJEKTE:

Jeder Hof ist anders!

CSA ist die Abkürzung für »Community Supported Agriculture« und bezeichnet den solidarischen Zusammenschluss einer lokalen VerbraucherInnen-Gruppe mit einem landwirtschaftlichen (Bio-)Betrieb. »Solidarisch« insofern, als die VerbraucherInnen mit i.d.R. monatlichen Beiträgen für die gesamten vorberechneten Jahreskosten der landwirtschaftlichen Produktion aufkommen. Dafür erhalten sie in wöchentlichen Chargen die komplette Ernte.

Von Dagmar Embshoff, Verden (Aller) ● In Deutschland existieren derzeit um die 15 CSA-Projekte, sechs davon im Aufbau. Verschiedene weitere Bezeichnungen wie »Freihof«, »Solidarhof« oder »Landwirtschaftsgemeinschaftshof« kreisen um eine verbindende Idee: Weg vom anonymen, globalisierten Lebensmittelmarkt, hin zu einer ProsumentInnen-Gemeinschaft, die gesunde, ökologisch, lokal und bedürfnisgemäß produzierte Lebensmittel zu fairen Preisen, zugleich *produziert* und *konsumiert*. Die Preise entsprechen im Wesentlichen den Herstellungskosten und werden unter den Konsumierenden nochmals solidarisch nach Selbsteinschätzung aufgeteilt. Sie liegen im Schnitt ca. 30% unter denen im Biohandel.

Jeder Hof ist anders:

Der **Kattendorfer Hof** in Schleswig Holstein ist mit 170 ha und 170 Milchkühen der größte und zweitälteste (1998 gegründete) CSA-Betrieb in Deutschland. Derzeit arbeiten dort ca. 30 Menschen und 3/5 der Erträge und Erzeugnisse werden über CSA an ca. 350 AbnehmerInnen in Hamburg und »umzu« verteilt. Darunter sind sieben Food-Coops als Teil der CSA-Community. Diese regeln für sich, wie sie die Gesamtlieferung der vereinbarten Ernte-Anteile weiter verteilen. An den Investitionskosten des Betriebs beteiligen sich oft Mitglieder der Freihof-Gruppe. In jedem Fall sorgt die sichere Ernte-Abnahme für bessere Konditionen bei der Bank.

Die **Gärtnerei Wurzelwerk** in Escherode bei Kassel ist Teil der Kommune »gASTwerke« und mit 6,5 ha und drei festen Arbeitskräften plus Aushilfen ein eher kleiner Betrieb. Sie verkauft seit drei Jahren ihr mit Pferdekraft ergärtnertes Gemüse an die Mensa der Witzenhäuser Uni, an Bioläden, Gemüse-AbonnentInnen und über ihren Hofladen. Wurzelwerk arbeitet eng mit der Kommune Niederkaufungen zusammen. Erst im Juli 2010 wurde mit CSA begonnen und schon jetzt werden ca. 50% der Ernteschätze über die Solidarhof-Gruppe vertrieben. Neben Einzelpersonen ist auch die Stadt-Kommune »Villa Lokomuna« in Kassel Mitglied, die sich bisher über ein Gemüsekisten-Abo versorgte.

»Im Grunde ist das ja fast das Gleiche«, mag mancheR einwerfen. Weit gefehlt: Viele Gemüsekisten liefern überwiegend Produkte aus hof-externer, nicht unbedingt regionaler oder saisonaler Herstellung. Der Lieferumfang kann jederzeit neu zusammengestellt, ausgesetzt oder gar gekündigt werden. Für uns KundInnen optimal, sofern eineR sich den Bio-Bringdienst leisten kann. Doch über den Hof und die Menschen dort erfahren wir nichts: Ob der Betrieb sich gerade vor Mirabellen und Salat nicht retten kann oder die Tomatenernte ins Wasser fiel und ob dort faktisch für 4 Euro pro Stunde gearbeitet wird und der Hof regelmäßig knapp an der Insolvenz vorbeischrammt. Was hat überhaupt gerade Saison? Die Praxis des Kochens und Verwertens, ja die gesamte Esskultur wird mit CSA eine andere: Da wird schon mal gemeinschaftlich geerntet, Kinder versaften Früchte, FreundInnen werden spontan zum Essen eingeladen (Zucchinischwemme!) und an NachbarInnen verschenkt, was auf »unserem Hof« gerade so verschwenderisch heranreift. Und natürlich werden Rezepte für das vermeintlich öde Wintergemüse ausgetüftelt und herumgereicht.

Bisher sind viele der Freihöfe als Stiftung, gGmbH und/oder GbR organisiert. Ein weiterer Schritt wäre, die Solidarhof-Gruppe über Einlagen in einer Hof-Kooperative auch am Eigentum des Betriebs zu beteiligen. Ein solches Modell verfolgt der **Hof Entrup** bei Münster. Die CSA-Gruppe existiert seit drei Jahren und macht ca. 50% des Umsatzes aus.

Der **Schmitthof** befindet sich in der Pfalz und betreibt seit 2003 CSA (100%). Mit einer Fläche von 30 Hektar werden ca. 200 Menschen versorgt. Die aktive Mitarbeit der Solidarhof-Gruppe ist hier nicht nur Spielwiese, sondern ökonomisch wichtiger Teil des Konzepts – auch wenn die Umsetzung nicht immer im gewünschten Umfang erfolgt. Auf dem Schmitthof ist außerdem das Thema Hofnachfolge aktuell.

In Frankreich (Provence) gründete sich 2001 die erste »Vereinigung zur Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft« (Association pour le Maintien d'une Agriculture Paysanne, AMAP). Hier wird ein weiteres großes Ziel klar: Dem schleichenden Höfesterben und der Ausbreitung großindustrieller Agrarstrukturen entgegenzuwirken. In nur neun Jahren gründeten sich in Frankreich mehrere tausend (!) AMAP-Projekte. In den USA gibt es ca. 2.500 CSA-Höfe. Von der Verbreitungsdichte der Teikei, die in den 60er Jahren in Japan entstanden und dort inzwischen ein Viertel aller Haushalte versorgen, sind wir in Europa noch weit entfernt. Dennoch: Ein Anfang ist gemacht.

Am 20. Oktober haben in Kassel ca. 53 Menschen (inkl. der o.g. CSAs) eine Art Bündnis für Solidarische Landwirtschaft gegründet, das die massenhafte Entstehung und Vernetzung solcher CSAs/Freihöfe auch hierzulande forcieren möchte. Ein Folgetreffen wird es Ende Februar geben, Rundbrief-Abo und Mitarbeit in einer der Arbeitsgruppen sind schon jetzt möglich.

Neben CSA gibt es wohl so einige Projektformen Solidarischer Ökonomie, die reihenweise NachahmerInnen fänden – wären sie nicht kaum bekannt, irgendwie unsichtbar. Hier wäre neben einem Bündnis für Solidarische Landwirtschaft auch ein Netzwerk für Solidarische Ökonomie als Ganzes eine große Hilfe. Noch dazu könnte es zusammenbringen, was oft allzu einsam parallel entwickelt wird. Jedes Projekt ist anders und diese Vielfalt gewinnt erst im Austausch und in der Kooperation an Farbe und Gestaltungskraft.●

Kontakt zum entstehenden CSA-Bündnis:
Rolf Künnemann, kuennemann@fian.org

Links:
Infos zu CSA u. Links zu obigen u. weiteren Höfen:
www.solidarische-oekonomie.de (Suchfunktion: »CSA«);
CSA international: www.urgenci.net

Weitere CONTRASTE-Artikel zu CSA:
Simon Junge: Der Löwengarten (Heft 312, September 2010)
Rolf Künnemann: Wir sind alle Bäuerinnen und Bauern! (Heft 313, Oktober 2010)

AUTORIN

Die Autorin Dagmar Embshoff arbeitet für die Bewegungsakademie in Verden (Aller) und hat u.a. den Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« 2006 in Berlin organisiert.

VORSORGENDES WIRTSCHAFTEN

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Grundzüge der Care-Ökonomie

Die Care-Ökonomie untersucht, wie und in welchem Umfang bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit in einer Gesellschaft bereitgestellt wird, wer diese Care-Arbeit leistet und für wen sie geleistet wird. Dabei wird der Begriff »Care-Arbeit« unterschiedlich weit gefasst.

Von Ulrike Knobloch, Freiburg (Schweiz) / Mönchengladbach ● Zunächst einmal werden unter »Care-Arbeit« die *direkten* Betreuungs- und Pflegetätigkeiten wie das Waschen und Anziehen zu umsorgender Personen verstanden. Zudem werden zum einen *indirekte* Betreuungs- und Pflegetätigkeiten einbezogen, bei denen man verantwortlich ist für zu umsorgende Personen und diese beaufsichtigt, ohne direkte Sorgetätigkeiten auszuführen, und zum anderen *unterstützende* Tätigkeiten wie Kochen und Putzen, die Voraussetzung für die direkten Sorgetätigkeiten sind (Razavi & Staab 2008: 5).

Care-Arbeit, auf die alle Menschen – zumindest zu bestimmten Zeiten in ihrem Leben – angewiesen sind, ist durch einige **Besonderheiten** gekennzeichnet: Insbesondere für die direkten Sorgetätigkeiten sind zwei Bestandteile essentiell. Sie enthalten ein *instrumentelles* Element, also die konkrete sorgende Tätigkeit, z.B. spezielle Handgriffe in der Pflege, und darüber hinaus ein *kommunikatives* Element, also die ergänzende, aber ebenso wichtige Tätigkeit, die die instrumentelle Sorgetätigkeit begleitet, z.B. das Sprechen mit der umsorgten Person. Erst beide Elemente zusammen sichern die Qualität von Sorgetätigkeiten (Jochimsen 2003). Damit eng verbunden ist die besondere Motivation, die für das Ausführen von Care-Arbeit benötigt wird. Auch sind die Möglichkeiten, die Arbeitsproduktivität von Sorgetätigkeiten zu erhöhen, äußerst begrenzt, wenn überhaupt vorhanden (Madörin 2006).

Care-Arbeit wird in verschiedenen Wirtschaftssektoren erbracht: im öffentlichen Sektor (Staat), im Unternehmenssektor (Markt), im sogenannten Dritten Sektor (Non-Profit-Organisationen) und im Haushaltssektor (Haushalte und Familie). Shahra Razavi hat diese vier Sektoren der Leistungserstellung in einer Raute angeordnet, dem sog. **Care-Diamanten** (Razavi 2007: 21). Anhand des Care-Diamanten lassen sich auch die mit der Bewertung und Verteilung der Care-Arbeit in den verschiedenen Sektoren verbundenen Geschlechterverhältnisse und Machtstrukturen untersuchen. Dies wurde in dem Projekt »Political and Social Economy of Care« des United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) für acht Länder auf vier Kontinenten untersucht.

Nun gibt es aber nicht *den* einen Ansatz der Care-Ökonomie, sondern eine **Vielzahl von Ansätzen**, die zum einen die ökonomische Theorie so erweitern, dass der Bereich der unbezahlten Arbeit systematisch einbezogen werden kann und die zum anderen die Bedeutung der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit für die Gesellschaft sichtbar machen. Auf zwei dieser Ansätze möchte ich kurz eingehen, nämlich auf das Vorsorgende Wirtschaften des gleichnamigen Netzwerkes und auf die Theorie des Sorgens von Maren Jochimsen.

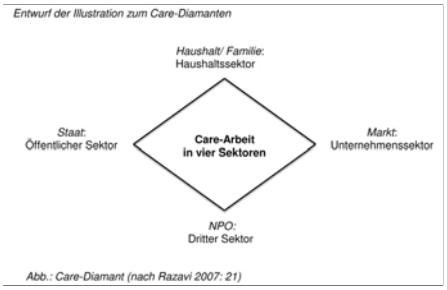


Abb.: Care-Diamant (nach Razavi 2007: 21)

Vor dem Hintergrund der ökologischen Krise hat sich Anfang der 1990er Jahre das *Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften* auf die Suche nach Alternativen zum verkürzten ökonomischen Handlungsmodell begeben. Ausgehend von den Lebenszusammenhängen von Frauen, die bis heute stärker als Männer in der unbezahlten Versorgungswirtschaft eingebunden sind, wurden die in diesem Bereich wirksamen Handlungsprinzipien herausgearbeitet. Die drei für die Versorgungswirtschaft zentralen Handlungsprinzipien sind: Kooperation statt Konkurrenz, Vorsorge statt Nachsorge und die Orientierung am zum (guten) Leben Notwendigen statt an monetären Größen. Diese Handlungsprinzipien behalten auch in der bezahlten Erwerbswirtschaft ihre Gültigkeit und die Orientierung an ihnen fördert eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise (Busch-Lüty u.a. 1994, Biesecker u.a. 2000).

Daran anknüpfend hat Maren Jochimsen eine *Theorie des Sorgens* entwickelt, um Sorgesituationen und ihre spezifischen Kennzeichen in der ökonomischen Wissenschaft angemessen erfassen zu können. Ausgangspunkt ihrer Sorgetheorie bildet die Bereitstellung von Sorgetätigkeiten insbesondere für Kinder, ältere, kranke und behinderte Menschen. Diese Sorgesituationen sind gekennzeichnet durch eingeschränkte Handlungsfähigkeit und begrenzte Autonomie. Es handelt sich nicht um die in der ökonomischen Wissenschaft dominierenden Situationen des gegenseitigen Tausches unter Gleichen, sondern um einseitige Transfers zwischen denjenigen, die Sorgeleistungen ausführen und denjenigen, die sie benötigen. In der Theorie des Sorgens wird somit das Konzept der Asymmetrie zum Normalfall und symmetrische Tauschverhältnisse zum Sonderfall von Asymmetrie (Jochimsen 2003).

Eine Care-Ökonomie, die an diese und andere Ansätze anknüpft, eröffnet neue Perspektiven für die Gestaltung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems:

■ Der in Sorgebeziehungen verbreitete asymmetrische Umgang miteinander als Normalfall und der symmetrische Tausch in Marktbeziehungen als Spezialfall erlaubt einen anderen Blick auf Machtstrukturen und Geschlechterverhältnisse.

■ Das Ausbalancieren der Lebenszeit bleibt nicht auf Erwerbsarbeit und Freizeit begrenzt, sondern wird um den ganzen Bereich der unbezahlten Arbeit erweitert (Work Work Life-Balance).

■ Die Abhängigkeiten und Verschiebungen zwischen bezahlten und unbezahlten Wirtschaftsbereichen werden sichtbar.

■ Die Fragen, wer in Zukunft die für jede Gesellschaft notwendige Care-Arbeit leistet und leisten soll, welche Care-Arbeit bezahlt, welche unbezahlt bereit gestellt wird und bereit gestellt werden soll, rücken in den Mittelpunkt.

■ Die Suche nach Antworten auf diese gesellschaftlich wichtigen Fragen hat dabei von einer gesellschaftlichen Aufgabenverteilung auszugehen, die geschlechtergerecht ist und auch andere Kategorien der Intersektionalität, insbesondere Schicht, Ethnie und Alter berücksichtigt.●

Literatur

Biesecker, Adelheid; Mathes, Maite; Schön, Susanne & Scurrell, Babette (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens, Bielefeld: Kleine Verlag.

Busch-Lüty, Christiane; Jochimsen, Maren; Knobloch, Ulrike & Seidl, Irmi (Hg.) (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Politische Ökologie, Sonderheft 6, München: ökom.

Jochimsen, Maren A. (2003): Die Gestaltungskraft des Asymmetrischen – Kennzeichen klassischer Sorgesituationen und ihre theoretische Erfassung in der Ökonomik, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 4, Heft 1: Themenschwerpunkt: Feministische Wirtschaftsethik, S. 38-51.

Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, in: Torsten Niechoj/ Marco Tullney (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, Marburg: Metropolis, S. 277-297.

Razavi, Shahra (2007): The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options, Geneva: United Nations Research Institute for Social Development.

Razavi, Shahra & Staab, Silke (2008): The Social and Political Economy of Care: Contesting Gender and Class Inequalities. Paper prepared for Expert Group Meeting on »Equal sharing of responsibilities between women and men, including care-giving in the context of HIV/ AIDS«, United Nations Office at Geneva, 6-9 October, 2008.

AUTORIN

Dr. Ulrike Knobloch ist Oberassistentin am Departement Sozialwissenschaften der Universität Freiburg Schweiz und Lehrbeauftragte für Wirtschaftsethik und Gender Studies an der Universität St. Gallen.

AUCH DIE GRÖSSTE REISE BEGINNT MIT DEM ERSTEN SCHRITT

»Selbstbefreiung aus der neoliberalen Einzelhaft«

Ein Gespräch mit dem österreichischen Buchautor, politischen Aktivisten und Attac-Mitbegründer Christian Felber.

Von Franziska Kohler, Wien ● Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und den Wunsch nach Veränderung verspüren viele von uns. Auf die Frage »Was kann ich denn schon tun?« reagieren jedoch viele Menschen mit Ohnmacht und Resignation. Das muss aber nicht sein! Ein Gespräch mit Christian Felber darüber, wie wir Frustration und Ohnmacht in konstruktive »politische« Energien umwandeln können.

Widerstand zwecklos?

Es ist schizophren: Der Zeitgeist der Machbarkeit hämmert uns täglich ein, wir sollten »an uns glauben«, nichts unversucht lassen und »alles für möglich halten«. Die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen und die Ausformung der Globalisierung werden uns jedoch als »Sachzwang« dargestellt – Widerstand zwecklos, Alternativen aussichtslos. »Dabei sollte doch gerade die Gestaltung der Spielregeln für das Zusammenleben die Grundfreiheit und das höchste Gut in der Demokratie sein«, so Felber. Woran liegt es, dass wir uns dieser Ohnmacht ergeben und resignieren, anstatt für die Veränderung einzutreten, die wir uns wünschen?

Mut, Alternativen zu denken

Oftmals ist es schlicht Unwissen. Leider ist in den Köpfen vieler Menschen noch immer fest verankert, dass die einzige Alternative zum derzeitigen System Kommunismus sei. Vielen Menschen fehlt eine konkrete Alternative, für die es sich zu kämpfen lohnt. Aus dieser Einsicht heraus entwickelte Felber das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie. Es ist ein Konzept, das menschliche und Beziehungswerte auf die Wirtschaft überträgt und dadurch der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu Gute käme und schon jetzt auf viel Zustimmung stößt. Doch selbst von Menschen, die dem Konzept zustimmen, hört man immer wieder »das klingt ja schön und gut, aber das ist nie und nimmer umsetzbar«. Woher kommt es, dass in den Köpfen vieler Menschen gesellschaftspolitische Alternativen zumeist als »niemals realisierbare Utopien« abgestempelt werden? Hat uns das gegenwärtige System dermaßen blind gemacht für Alternativen?

Informieren, diskutieren, engagieren und organisieren

Da in den meisten Medien kaum eine Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitischen Alternativen stattfindet, ist es wichtig, sich entsprechende Informationsquellen zu suchen, beispielsweise Newsletter von sozialen Bewegungen. »Zudem braucht eine Alternative Zeit, bis sie in die Gesellschaft und in das kollektive Bewusstsein einsickert« betont Felber. Hierfür sei eine breite öffentliche Diskussion notwendig. Es sei daher wichtig, Diskussionen anzuregen – im Freundeskreis, in der Arbeit, im Verein, Verband, in der Kirche, den Gewerkschaften und den Parteien. Sprechen sie PolitikerInnen an, etwa im Gemeinde- oder Nationalrat (Deutschland: Bundestag). Organisieren sie Vorträge oder Podiumsdiskussionen zu Themen, die sie wichtig finden.

Die »Selbstbefreiung aus der neoliberalen Einzelhaft« bezeichnet Felber als eine wesentliche Voraussetzung für Veränderung. Schließen Sie sich zu Gruppen zusammen oder einer der tausenden bereits bestehenden sozialen und/oder politischen Bewegungen an – Attac, Mehr Demokratie, Lobbycontrol, Via Campesina, Global Marshall Plan Initiative, Greenpeace, Amnesty International, oder dem Tax Justice Network, um nur einige wenige zu nennen. Helfen Sie mit, die Gemeinwohl-Ökonomie weiterzuentwickeln und erstellen Sie als Unternehmen die Gemeinwohl-Bilanz. Wirken Sie am Wertewandel mit, indem Sie etwa alternative Schulen oder Ethik-Netzwerke unterstützen. Die Möglichkeiten des Engagements sind beinahe unendlich.

Konsumverhalten überdenken

Sind wir als KonsumentInnen wirklich so hilflos und leicht manipulierbar, wie oft versucht wird, darzustellen? Wie viel Macht haben wir als Konsumierende wirklich? »Mehr als man denkt«, so Felber. »Mit unseren Kaufentscheidungen können wir Marktprozesse ganz wesentlich beeinflussen«. Umso wichtiger, unser Konsumverhalten zu überdenken und bio, fair, regional und langlebig zu kaufen, wo immer es geht. Auch bezüglich unseres Konsums gilt es, sich zu trauen, Alternativen zu denken. Müssen Kleider, Handys oder Haushaltsgeräte tatsächlich immer neu gekauft werden? Warum schauen Sie nicht erst mal in dem Kostnixladen um die Ecke vorbei, ob Sie etwas Hübsches finden? Es gibt keinen? Noch besser: Warum gründen Sie keinen? Auch gilt es zu überdenken, was wir wirklich brauchen. Und einzusehen, dass Verzicht keinesfalls bedeuten muss, schlechter zu leben.

Wo legen sie ihr Geld an?

Die Folgen der hochspekulativen Aktivitäten konventioneller Banken dürften spätestens seit der aktuellen Finanzkrise jedem und jeder bekannt sein. Für einen Systemwechsel ist eine grundlegende Reformierung des Bankensektors daher unerlässlich. »Der Bankensektor hat sich am Gemeinwohl zu orientieren, muss auf seine Kernaufgabe, also das Einlagen- und Kreditgeschäft, zurückgeführt werden und ist unter demokratische Kontrolle zu bringen«, so Felber. Die »Demokratische Bank«, deren Gründung in Österreich gerade vorbereitet wird, wird diesen Kriterien entsprechen. Auch in Deutschland gibt es zahlreiche Alternative Banken – warum also das Geld nicht dort anlegen, wo in nachhaltige Projekte investiert wird und weder hochspekulative Geschäfte noch Geschäfte in Steueroasen gemacht werden?

Worauf warten wir?

Möglichkeiten des Engagements gibt es mehr als genug – im Großen wie im Kleinen. Christian Felber betont, dass Menschen einer Sache den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie, obwohl sie ihr zustimmen, sich nicht für sie einsetzen, weil sie annehmen, ihr persönliches Engagement würde nichts bewirken: »Wenn alle, die sich eine Sache wünschen, darauf warten, dass andere sie für sie umsetzen, wird sie nie kommen«. Worauf warten wir eigentlich noch?●

Weitere Informationen:
Christian Felber: Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise (Buchbesprechung in CONTRASTE Heft 314, November 2010, Seite 14)
www.christian-felber.at, www.demokratische-bank.at, www.gemeinwohl-oekonomie.org

AUTORIN

Die Autorin Franziska Kohler ist Studentin der Internationalen Entwicklung in Wien und engagiert sich im Energiefeld Gemeinwohl-Ökonomie.

ERNEUTE DURCHSUCHUNGEN BEI LINKEN BUCHLÄDEN IN BERLIN

Unzensiert lesen

Am Dienstagmorgen, den 26.10.2010, haben Beamte der Berliner Staatschutzbehörde die Buchläden Schwarze Risse im Mehringhof/Gneisenaustraße und der Kastanienalle, den Buchladen oh21 und den Infoladen M99 durchsucht. Zum sechsten Mal in diesem Jahr! Die Beamten präsentierten wechselnde Begründungen: Mal geht es um die Beschlagnahmung der linken Szenezeitschrift »Interim«, mal um ein antimilitaristisches Flugblatt, mal um die Unschädlichmachung eines Aufrufs zu Demonstrationen gegen die Einheitsfeiern in Bremen.

Redaktion Heidelberg ● Dieses Mal ging es wieder um die Zeitschrift *Interim*. Im Schwarze Risse Buchladen im Mehringhof strebte die Polizei zudem an, ein weiteres Verfahren wegen Plakaten zu eröffnen, die zur Beteiligung am Protest gegen den kommenden Castortransport im Rahmen der Kampagne »Castor Schottern« aufrufen. Über diesen Antrag auf Erteilung eines weiteren Durchsuchungsbeschlusses wurde von der Berliner Staatsanwaltschaft offenbar erst einmal negativ beschieden. Die Polizei wurde jedoch von der Staatsanwaltschaft angewiesen, die Plakate zu fotografieren.

Anzeige

BuchhändlerInnen sollen zur Zensur verpflichtet werden

Begründet werden die Durchsuchungen der Buchläden mit § 130a StGB (*Anleiten zu Straftaten*) in Verbindung mit § 40 WaffenG (*Verbotene Waffen inklusive des Verbots, solche herzustellen oder zur ihrer Herstellung aufzufordern*). Bisher ging die Rechtsprechung davon aus, dass Buchhändler nicht den Inhalt der Bücher und Zeitschriften in ihrem Sortiment kontrollieren müssen. Laut Rechtsanwalt Sven Lindemann, der den Buchladen Schwarze Risse vertritt, versucht die Staatsanwaltschaft nun, die gängige Rechtsprechung zu revidieren.

Buchhändler sollen also zukünftig für die Inhalte der Schriften haftbar gemacht werden, die sie vertreiben! Damit würden die Möglichkeiten legaler und radikaler Opposition massiv eingeschränkt: Was ist eine »Aufforderung und Anleitung zu Straftaten«? Macht sich jemand strafbar, der dazu aufruft, einen Nazi-Aufmarsch zu blockieren? Gegen einen Castor-Transport zu demonstrieren? Einen Bauplatz zu besetzen, um ein Projekt wie Stuttgart 21 zu verhindern? Die Berliner Staatsanwaltschaft erklärt damit nicht nur Widerstandsformen der außerparlamentarischen Opposition zum Verbrechen, sondern auch das Zugänglichmachen von Flugblättern und Zeitschriften, die dazu auffordern.

»Das Tagesgeschäft des Buchladens wird durch die Durchsuchungen massiv behindert, in der Vergangenheit wurden auch immer wieder die Computer beschlagnahmt.« Frieder Rörtgen, Geschäftsführer von Schwarze Risse erklärt weiter: »Es handelt sich um eine politisch motivierte Kampagne der Staatsanwaltschaft. Die Buchläden sollen unter Druck gesetzt werden, damit sie als vorgeschaltete Zensurbehörde des Staates agieren.«●

Mehr: www.unzensiert-lesen.de

SOLI-ERKLÄRUNG

Finger weg von unseren Läden!
Seit einigen Monaten erhalten die linken Buchläden in Berlin vermehrt unerwünschten Besuch von Polizei und Staatsanwaltschaft. Anlässe sind regelmäßig mal mehr, mal weniger neue Publikationen aus der radikalen Linken, deren inhaltliche Vielfalt den Repressionsorganen zu weit geht. Häufig werden dabei nicht nur die gesuchten Zeitschriften, sondern auch gleich die Computer der Läden mit beschlagnahmt.

Die linken Buch- und Infoläden sind ein wichtiger Teil unserer Infrastruktur. Wir finden dort Rat, wenn wir Literatur für unsere politische Arbeit suchen. Sie bieten uns einen Raum, ins Gespräch zu kommen und uns zu vernetzen. Sie helfen uns, unsere Positionen auch jenseits kommerzieller Verlagsstrukturen zu verbreiten. Kurz: Wir möchten sie nicht missen.

Die aktuelle Repression ist der erneute staatliche Versuch, die offenen Debatten der radikalen Linken, die nicht an den Grenzen der herrschenden Legalität verstummen, zu zensieren. Diesmal wurden die linken Buchläden als Angriffsobjekte von den Repressionsorganen auserkoren. Wir stehen daher solidarisch an ihrer Seite. Gemeinsam wenden wir die staatliche Repression in eine Stärkung der linken Debatten und Strukturen!

Berlin, Oktober 2010

Um die Erklärung zu unterzeichnen, schreibt bitte eine Mail an soli-buchlaeden@riseup.net.

Unvollständige Chronik der Durchsuchungen

26.10.2010: Erneute Durchsuchung von Schwarze Risse (Nr. 6 in 2010), oh21 (Nr. 4 in 2010) und M99 (siehe Beitrag links)

17.09.2010: Wieder fanden in Berlin Durchsuchungen in den drei Läden statt: Schwarze Risse, OH21 und Infoladen M99. Sie durchsuchten deren Räume nach Ausgaben der Szenezeitschrift »Interim« und beschlagnahmten diese.

13.07.2010: Erneute Hausdurchsuchungen wurden mit dem Verdacht der Aufforderungen zu Straftaten und Verstößen gegen das Waffengesetz gegen die Ladenbetreiber von Oh21, Infoladen M99 und Schwarze Risse begründet. Auch bei diesen Durchsuchungen waren zwei Ausgaben der »Interim« der Anlass. Gefundene Exemplare der Zeitschrift sowie die Computer der Buchhandlungen beschlagnahmt. Einige der Arbeitsgeräte konnten erst nach drei Tagen beim LKA (»Abteilung Linksextremismus«) wieder abgeholt werden. (7)

Juli 2010: In München wurde im Juli 2010 das »Kafe Marat« durchsucht.

26.4.2010: Im Zusammenhang mit der Suche nach Verantwortlichen für die antimilitaristische Webseite bamm.de wurden dann am 26. April 2010 auch eine Privatwohnung in Berlin sowie die Serverräume des Berliner Internet-Providers so36.net durchsucht. (Quelle: http://so36.net/2010/4/26/polizei-durchsucht-linken-internet-provider)

19.4.2010: Am 19. April 2010 wurde Schwarze Risse als Postadresse des Büros für antimilitaristische Maßnahmen nach pazifistischen Flugblättern durchsucht (4)

9.+28.4.2010: Am 9./28. April 2010 durchforstete die Polizei Schwarze Risse, m99 und Red Stuff nach Ausgaben der Zeitschriften »radikal«, »Interim« und »Prisma«. (5, 6) weitere Quelle: http://aka.blogsport.de/2010/04/29/durchsuchungen-29-4-2010)

2.10.2009: Am Morgen des 2. Oktober 2009 haben mehrere Staatsanwälte, LKA-Beamte (insgesamt 8) – und weitere 15 Polizisten auf dem Mehringhofgelände zur Absicherung – den Buchladen Schwarze Risse durchsucht. Sie waren laut Beschluss vom 1.10.2009 auf der Suche nach einem Flugblatt »Feinderkennung, eine Gebrauchsanleitung für den Alltag«. Zitat aus dem Beschluss: »in dem zu verschiedenen auch schweren Straftaten zum Nachteil von Bundeswehrangehörigen, z.B. Körperverletzungshandlungen und Brandstiftungen aufgerufen wird«. 6 Exemplare wurden beschlagnahmt. (Quelle: http://de.indymedia.org/2009/10/262467.shtml)

2007: Im Vorfeld der Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 wurden »Schwarze Risse« (UND WER NOCH?) nach bestimmten Büchern und Zeitschriften, darunter die Untergrundzeitschrift »Interim«, durchsucht und gefundene Exemplare beschlagnahmt. Im Nachhinein wurde die Durchsuchung für rechtswidrig erklärt. (3)

Quellen und weitere Artikel, Links:

1) Uwe Rada: Panne bei der Terroristenfahndung. In: taz.de, 10. September 2007: www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/panne-bei-der-terroristenfahndung/

2) Tagesschau: Razzien gegen Globalisierungskritiker waren rechtswidrig, 4. Januar 2008, Stand 29. Januar 2008 www.tagesschau.de/inland/bgh6.html

3) nb/ddp: /Razzien Unvollständige Chronik der Durchsuchungen bei Linksautonomen in ganz Deutschland focus.de, 9. Mai 2007, Stand 29. Januar 2008: www.focus.de/politik/deutschland/g8-gipfel_aid_55772.html

4) Razzia gegen AntimilitaristInnen, Website der DFG-VK Berlin-Brandenburg: www.bamm.de/2010/04/berlin-razzia-gegen-antimilitaristinnen/

5) Berlin: Durchsuchung im Mehringhof auf Indymedia, 29.April 2010

6) Hannes Heine: Razzia in Buchläden Der Tagesspiegel, 25. April 2010: www.tagesspiegel.de/berlin/razzia-in-buchlaeden/1808080.html

7) Spiel nicht mit »Interim« Jungle World, Nr. 30, 29. Juli 2010: http://jungle-world.com/artikel/2010/30/41412.html

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Ordnungshaft wegen »nicht aufstehen«.
Konsequenz ist nicht immer einfach: »Ich hätte auch aufstehen können«, meint Sarah zu ihrer Strafe, »aber das wäre eine Respektsgeste gewesen, vor einem Richter, der keinen Respekt vor meinem Leben in Freiheit und GentechnikkritikerInnen reihenweise verurteilt hat. Mein Sitzenbleiben ist nur symbolisch, aber ich klage Richter Betz damit an: Er kann mich verurteilen, einsperren und mir die Freiheit nehmen, aber Respekt vor einem menschenverachtenden politischen System kann er nicht erzwingen.« Dies sagte die Aktivistin anlässlich eines Prozesses gegen FeldbefreierInnen im September 2009. Nun machte auch die Staatsmacht ernst. Vom 20.10. an verbrachte sie fünf Tage in Ordnungshaft in der JVA Bühl, weil sie sich damals geweigert hatte, bei der Urteilsverkündung aufzustehen. Mehr Infos: bloXberg.blogsport.de

Urteil gegen Klimaschützer
Ebenfalls nach Jugendstrafrecht verurteilte das Amtsgericht Moabit (Berlin) einen Klimaaktivisten, der auf einem Baum sitzend gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens protestiert hatte. Zwar ließ sich im Prozess nicht zweifelsfrei klären, ob das Gelände umzäunt gewesen sei, aber Richter Ernst hielt den Hausfriedensbruch für erwiesen. Für diesen Zweck lehnte er alle Beweisanträge der Verteidigung ab, erklärte Befangenheitsanträge reihenweise für unzulässig, ließ das Publikum ausschließen und verurteilte schließlich zu Arbeitsstunden und zur Teilnahme an einem halbjährigen Integrationskurs. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.
http://waldbesetzung.blogsport.de

Gentechnik-Kritiker in Strafhaft
Seit dem Ende September befindet sich der Gentechnik-Kritiker Jörg Bergstedt im Offenen Vollzug in der JVA Gießen. Zuvor war er wegen einer öffentlichen Feldbefreiung im Jahr 2006 an der Uni Gießen zu einem halben Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Dass das bisher härteste Urteil gegen GenfeldgegnerInnen gerade Bergstedt trifft, ist kein Zufall: Bereits in den vorherigen Jahren hatte er sich mit kritischen Veröffentlichungen und kreativen herrschaftskritischen Aktionen die Giessener Justiz zum Feind gemacht. Jörg freut sich über Post: Jörg Bergstedt, JVA Gießen , Gutfleischstraße 2a, 35390 Gießen. Mehr Infos:
www.projektwerkstatt.de/gen/prozess.htm

Boehriger-Prozess vorerst beendet
Volle drei Monate (15 Verhandlungstage) dauerte der Jugendstrafprozess gegen 5 GegnerInnen eines Tierversuchslabors der Firma Boehringer in Hannover. Die Staatsanwaltschaft warf den Jugendlichen vor, im Sommer 2009 mit einer Besetzung des Baugeländes eines Tierversuchslabors Hausfriedensbruch begangen zu haben. Die fünf Jugendlichen verteidigten sich selbst. Mit umfangreichen Einlassungen und Plädoyers thematisierten sie immer wieder die Zusammenhänge zwischen Tierquälerei in Laboren, der kapitalistischen Wirtschaftsweise, und einer Justiz, die diese Ungeheuerlichkeiten erst möglich macht. Doch alle ausgefeilten Beweisanträge halfen am Ende nichts gegen den Verurteilungswillen des Richters: 2 x 45 Tagessätze, 3 x 35 Tagessätze. Die Angeklagten haben Rechtsmittel eingelegt. Mehr Infos:
http://boehringerbesetzung.blogsport.de/

Repression in Belarus
In Belarus wirft die anstehende Präsidentenwahl ihre Schatten voraus. Niemand zweifelt daran, das der Amtsinhaber Lukaschenko ein viertes mal gewinnen wird. Trotzdem werden zur Zeit RegimegegnerInnen eingeschüchtert. So ließ der Geheimdienst seit Anfang September 13 jugendliche Anarchisten aus Minsk verhaften. Teilweise geschah dies ganz ohne Anklagen, teilweise wechseln die Beschuldigungen: Erst ging es um eine angebliche Brandstiftung an der russischen Botschaft in Minsk, dann um den Angriff auf eine Polizeistation und mittlerweile werfen die Behörden den verbleibenden Inhaftierten die Teilnahme an einer antimilitaristischen Sabotage-Aktion an einer Kaserne vor. Bei den Verhören wurden die AktivistInnen geschlagen, mit dem Rausschmiss aus der Uni bedroht, psychischem Druck ausgesetzt und durften ihre Verwandten nicht sehen. Die beteiligten Soligruppen sind sich sicher, dass der Hauptgrund der Aktion in der anstehenden Wahl liegt. Es geht darum, beispielhaft alle aktiven Menschen im Land einzuschüchtern. Wer den beiden Gefangenen schreiben möchte: Belarus, Minsk, Valadarskaha Str., 2, SIZO-1, k.42, Mikalaj Dziadok; Belarus, Minsk, Valadarskaha Str., 2, SIZO-1, k. 46, Aliaksandar Frantskievich

Strafprozess wegen Mülldiebstahl
Ebenfalls mit Einstellung gegen Arbeitsstunden endete am Amtsgericht Döbeln ein zweitägiger Prozess gegen zwei Menschen, die vom »containern« leben und denen die Staatsanwaltschaft vorwarf, dass das Entfernen von abgelaufenen Lebensmitteln aus dem Supermarkt-Müll »schwerer Diebstahl« sei. Obwohl kein Supermarkt Anzeige erstattete und auch der vernommene Polizist nicht sagen konnte, welche »Beweisstücke« genau von welchem Supermarkt gestohlen seien, vertagte die Richterin erst gegen 22.00 Uhr (!). Erst nach einem zweiten Prozesstag konnte sie sich zur Einstellung durchringen.

Verfahren gegen totalen Kriegsdienstverweigerer eingestellt
Doch es gibt auch gute Nachrichten: Das Amtsgericht Lübeck stellte das Verfahren gegen den totalen Kriegsdienstverweigerer Fabian gegen Arbeitsstunden ein. Fabian hatte 2006 den Zivildienst aus einer antimilitaristischen (und veganen) Perspektive verweigert, und ist dafür bereits zweimal verurteilt worden. In den vorangegangenen Verfahren hatten die Gerichte seine Gewissensgründe nicht akzeptiert, und so wurde er erneut einberufen. Auch dies verweigerte er. Ein erster Verhandlungstag endete nach einer umfassenden vierstündigen Erklärung des Angeklagten. Nun hatte das Amtsgericht Lübeck endlich den Mut, das Verfahren einzustellen und damit eine eigentlich verfassungsrechtlich unzulässige Mehrfachbestrafung zu umgehen.●

Hauke Thoroe

ÖSTERREICH: ERFAHRUNGSAUSTAUSCH AM WIESERHOISL

»Wir bauen an einem Netz aus freien Orten«

Vom 23.-26.9.2010 fand am Wieserhoisl (Deutschlandsberg, Österreich) ein Treffen mit dem Titel »Hofkollektive umsetzen und leben – Entwicklung gemeinsamer Strategien« statt. Es verlief anders als geplant, hat aber trotzdem Spaß gemacht und wir sind bestärkt in unserem Tun.

Die Wiesls ● Ein HofkollektivistInnentreffen hätte es werden sollen. Ein Erfahrungsaustausch für Leute die in ähnlichen Zusammenhängen wie wir am Wieserhoisl leben. Gekommen sind nur drei – zwei von der französischen Longo mai Kooperative Grange Neuve und einer vom Kollektiv Ecole de Suc aus der Ardeche. Zu einem Treffen dieser Art Ende September einzuladen ist zugegebenermaßen auch ein denkbar schlechter Zeitpunkt, ist doch Erntesaison auf allen Höfen. Das nächste Mal wohl besser im Winter.

Ein Treffen für Menschen, die an kollektiven Lebensformen auf dem Land interessiert sind bzw. die Hofkollektive gründen wollen, ist es geworden. Teilgenommen haben über vierzig Menschen, um zu diskutieren, sich auszutauschen, Ideen (weiter) zu entwickeln, gemeinsam zu arbeiten, zu kochen und zu feiern. Vor allem aber haben wir wieder mal ein Stückchen weiter gegraben um der Mehrheitsgesellschaft zu beweisen, dass es auch anders geht. Auch wenn der Alltag bei allen TeilnehmerInnen wieder eingekehrt ist, sind doch einige Dinge geblieben:

- viel Motivation und Begeisterung weiter an Parallelstrukturen zu bauen;
- größere (und neue) Netzwerke;
- neue Gruppen, die kollektives Hofleben in die Praxis umsetzen möchten;

Erfahrungsaustausch im September 2010 Foto: Die Wiesls

- eine Arbeitsgruppe, die an einem Überbau für politische Hofkollektive in Österreich arbeitet. Ziel ist es, langfristig Eigentum und Nutzung zu trennen und somit eine Re-Privatisierung auszuschließen indem die Höfe im Eigentum des »Überbaus« sind.
- ein Wiki zum Thema Hofkollektive (https://we.riseup.net/hoko);
- eine Initiative die kooperatives und kollektives Leben in Schulen tragen wird (Schulhofkollektivenkarawane);
- der Wunsch, nächstes Jahr ein ähnliches Treffen zu organisieren, nachdem das Interesse sehr groß war, und wir haben an einer Vision gearbeitet: »Wir bauen mit an einem Parallelsystem, an einem Netz aus freien Orten (Höfe, Werkstätten, besetzte Häuser, Foodkoops, Hausprojekte, freie/selbstverwaltete Schulen/Kindergärten, etc.) und versuchen Autonomie, abhängig von unseren Bedürfnissen, zu leben. Wir wollen dabei bleibende Räume schaffen für jene, die nicht mehr im und für das System arbeiten und nicht von diesem absorbiert werden wollen. Dabei geht es mehr als nur um das Leben an einem Ort. Es geht um die Idee, ein weitreichendes Netzwerk zu erschaffen, um eine Front zu bilden gegenüber dem Staat, den multinationalen Konzernen, jeglicher Herrschaft, etc.«

Wir, die Wiesls, werden auch weitergehen und uns üben. Wir wollen uns den Winter intensiv damit beschäftigen, wie wir das Wieserhoisl gemeinsam kaufen und in den oben kurz erwähnten Überbau eingliedern können. Derzeit sind wir am Konzept schreiben, den Hof von der Landwirtschaftskammer schätzen lassen und dabei, einen Finanzierungsplan zu erstellen. Fest steht, dass das Wieserhoisl »frei gekauft« werden soll und ins Eigentum einer gemeinnützigen Stiftung oder Verein übergeht, um Eigentum und Nutzung zu trennen. Einer unserer Ansprüche ist auch, den Kauf von »geschenktem Geld« zu finanzieren. Wir möchten weder jegliche Art von Kredit aufnehmen, noch Eigenkapital reinstecken, sondern den Hof von Dritten kaufen lassen. Dies hat den Vorteil, dass das Wieserhoisl als selbstverwalteter Ort erhalten bleibt und die derzeitigen BewohnerInnen keine laufende finanzielle Belastung eingehen müssen z.B. durch Kreditrückzahlungen. Für die konkrete Planung werden wir die ruhigeren nächsten Monate nutzen. Über Unterstützung, sei es rechtlicher, finanzieller oder struktureller Art, würden wir uns freuen. Erreichbar sind wir unter: wieserhoisl@riseup.net.●

ÜBER UNS – DEN BEWOHNERiNNEN DES WIESERHOISL

Das Wieserhoisl Hofkollektiv gibt es seit Frühjahr 2007, wobei wir derzeit 10 Erwachsene und ein Kleinkind sind, die gemeinsam am Hof leben und diesen auch bewirtschaften. Der Hof befindet sich am Fuße der Koralm, oberhalb Deutschlandsbergs in der Weststeiermark, Österreich. Der Hof selbst ist typisch für die Gegend, mit relativ kleinem Wohngebäude, einem alten Presshaus und Stallgebäude. Da Wohnraum sehr knapp ist, wurden ein Zirkuswagen um- und ein Bauwagen gebaut, die nun permanent genutzt werden. Zur Hofstelle gehören ca. 12 ha arrondierter Grund, welcher sich auf Wald und Grünland aufteilt. Wir bewirtschaften derzeit den Wald (Brenn- und Bauholz) und 2 ha gemischten Obst- und Gemüsegarten, mit Schwerpunkt auf Sortenvielfalt und -raritäten. Das zuviel an veredelten Produkten tauschen, verschenken und verkaufen wir über Foodkoops und andere selbstorganisierte Strukturen.

Wir engagieren uns in verschiedenen Bereichen am Hof und abseits davon. Für einige Bereiche bekommen wir Geld und für andere nicht. Mittels gemeinsamer Ökonomie versuchen wir all diesen verschiedenen Aktivitäten den gleichen Wert beizumessen. Wir versuchen unseren Individualismus, unsere Abhängigkeit von Geld, die widersprüchlichen Bedürfnisse und all die Widersprüche in unserem gemeinsamen Leben zu reflektieren und neue Wege zu finden mit diesen umzugehen.

In der Region versuchen wir nicht nur durch unser alltägliches Tun präsent zu sein, sondern auch durch (kulturelle) Veranstaltungen am Hof. Wir veranstalten nicht kommerzielles Sommerkino, jedes Jahr eine Juggling Convention, Diskussionsabende, laden zu Vernetzungstreffen ein (z.B. Reclaim the fields) und engagieren uns in verschiedenen Kampagnen im landwirtschaftlichen Bereich.

Für das Leben in der Gruppe haben wir uns bewusst entschieden. Wir sind der Überzeugung, dass wir uns gegenseitig unterstützen und solidarisch sein können aufgrund unserer unterschiedlichen Erfahrungen und Fähigkeiten. Geschlechtlich bestimmte Rollenbilder werden hinterfragt und versucht anders zu leben.

Selbstorganisation, ein Leben außerhalb von hierarchischen Strukturen, so wenig Abhängigkeit von regulären Lohnjobs wie möglich, selbstorganisiertes und selbstbewusstes Handeln in unserem Alltag sind zentrale Punkte in unserem Leben. Entscheidungen werden konsensuell getroffen.

Es ist klar, wir l(i)eben in Widersprüchen. Wir versuchen unser kreatives Tun und Lachen zu erhalten um mit den Widersprüchen umzugehen und konstruktiv Widerständigkeit zu leben.

Wir sehen uns als Teil eines Netzwerkes von Menschen aus Nah und Fern, anderen Höfen, Initiativen und Projekten die für bessere Welten kämpfen.

REZENSION: EIN GEDENKBUCH FÜR FRITZ SCHERER

Rebellen-Heil

AnarchistInnen tun sich schwer mit manchen Traditionen. Während heute der us-amerikanische »Neue« Anarchismus möglichst alle Traditionen und KlassikerInnen über Bord werfen will, versuchen sich andere an Traditionen zu klammern bis zur Schwärmerei.

Im Nachkriegsdeutschland war der Bruch der Traditionen ein ausgemachter Generationenkonflikt, sowie das Fehlen einer breiten anarchistischen Tradition, die durch das Naziregime weitgehend ausgerottet worden ist. So musste seinerzeit ab den 1960er Jahren die rebellische Jugend nicht nur eigene Vorbilder entwickeln, es gab auch kaum Menschen aus der älteren Generation, die den jüngeren etwas zu erzählen gehabt hätten. Eine der Ausnahmen – die erst im Nachhinein richtig gewürdigt werden konnte – ist Fritz Scherer (1903-1988) gewesen, der zumindest auf die Westberliner Neo-AnarchistInnen einen nachhaltigen Einfluss ausgeübt hat.

Nicht auszudenken, wenn die damaligen Jung-AnarchistInnen und späteren VerlegerInnen wie etwa Hans Jürgen Degen, Bernd und Karin Kramer, Rolf Raasch, Jochen Schmück usw. Fritz Scherer nicht kennengelernt hätten. Die Fülle der damaligen Reprints – die Wiederaneignung anarchistischer TheoretikerInnen – wäre ohne die von Fritz Scherer über die Nazizeit geretteten Bücher und Broschüren kaum denkbar. Sie alle profitierten vom Wissen und den selbsteingebundenen Schwarz-roten Büchern dieses Berliner Buchbinders, Vagabunden, Feuerwehrmannes und Anarchisten Fritz Scherer.

Durch den Fundus anarchistischer Literatur, die er den damaligen Jung-AnarchistInnen zur Verfügung stellte konnte, bekam der Anarchismus in Deutschland ab 1967 wieder ein eigenes Profil gegenüber dem linken Konglomerat der StudentInnen-Bewegung aus Bakunin, Marx, Stalin, Mao u.a.

Neben den bereits oben schon erwähnten VerlegerInnen erinnern sich in diesem kleinen Büchlein noch Hans Halter, Rudolf Dressel, Jörg-Anselm Asseyer, Klaus Trappmann (einer der Autoren der beiliegenden Film-Dokumentation), Hansjörg Viesel und Wolfram Beyer an Fritz Scherer, der nach dem Ersten Weltkrieg schon früh politisiert wurde und sich den AnarchistInnen anschloss, wo er u.a. als Kassierer der FAUD (Freie Arbeiter Union Deutschlands/Anarchosyndikalisten) auch die damaligen GenossInnen oft persönlich kennen lernte. Nach seiner Buchbinderlehre 1923 bis zum Beginn der Nazizeit ging er immer wieder auf Wanderschaft. Diese Erfahrungen fasste er in dem Epos »Zehn Wochen Wanderschaft – Ein romantisches Gedicht« zusammen. Sicherlich aus heutiger Sicht eine etwas arg verheroisierende Sicht auf die Vagabundage und Wanderschaftszeit der Handwerksburschen, aber für ihn sicherlich das Ereignis seiner Jugend, was seinem Begriff von Freiheit am nächsten kam. Und für Fritz Scherer war die Wanderschaft gleichzeitig Kontaktpflege mit GenossInnen sowie Agitationstouren, da er neben seinem Bündel mit dem Nötigsten oftmals auch anarchistische Zeitungen bei sich trug, um diese unterwegs zu verteilen.

Ostseite des Erstbau 1920 Foto: www.bakuninhuette.de

Auf einer dieser Wanderschaften durch Thüringen erfährt er auch von der Bakuninhütte, die 1925 von AnarchistInnen aus Meiningen im »Siedlungsverein Gegenseitige Hilfe« erbaut worden ist, und die zum Lebensinhalt Fritz Scherers werden sollte. Nach einer wechselvollen Geschichte der Hütte, Enteignung durch die Nazis, Besitznahme durch diverse DDR-Behörden bis zur Übernahme durch die BRD und das Bundesvermögensamt nach dem Mauerfall von 1989 konnte die Bakuninhütte 2005 durch Rückkauf zurückgewonnen werden. Leider hat dies Fritz Scherer nicht mehr erleben können.

Am 12. Januar 2006 wurde der gemeinnützige Wanderverein Bakuninhütte gegründet, und damit soll sichergestellt werden, dass hier wieder das Hütten-Motto gelten kann: Freies Land und freie Hütte / Freier Geist und freies Wort / Freie Menschen, freie Sitte / zieht mich stets zu diesem Ort. Sicherlich klingt es für die heutigen Jung-AnarchistInnen (ebenso wie für dieselbigen von 1968) etwas eigenartig, wenn wir heute, 2010, proklamieren, sich in einem Wanderverein zu engagieren, aber diese kleine Hütte im Thüringischen ist ein Teil einer großen Tradition des Anarchismus hierzulande, und sollte als Kleinod gepflegt und vor allem unterstützt werden.

Die heutigen »Alt«-AnarchistInnen, die hier ihre Erinnerungen, die oft spärlich genug sind, an einen Genossen publizieren, der sein Leben lang seine Überzeugung gegen wirklich dramatische Unbillen der Geschichte verteidigte, begründen hiermit einen Teil einer eigenen Tradition. Ob die nun Nachfolgenden diesen Faden aufnehmen werden, wird sich mit der Zeit zeigen.

Dieses kleine Büchlein gibt uns Einblick in eine Zeit, wo die Technik weitgehend keinen Einfluss auf die Menschen hatte, wo der Begriff der Freiheit sich nicht daran messen ließ, wie viele Gigabite ein Computer mir zur Verfügung stellt. Es geht nicht darum jene Zeit als etwas besseres darzustellen, aber dass es diese Zeit gab, dass es auch andere Vorstellungen von Freiheiten gab und gibt, dies ist ein wichtiger Beitrag dieses kleinen Büchleins. Und wer weiß, vielleicht kommst Du ja mal vorbei, im schönen Thüringen, und nimmst Dir Zeit in der Hütte zu verweilen...●

Bakuninhütte 2008 Foto: www.bakuninhuette.de

Jochen Knoblauch

Wanderverein Bakuninhütte e.V. (Hrsg.): »Rebellen-Heil«. Fritz Scherer: Vagabund, Wanderer, Hüttenwart, Anarchist. Karin Kramer Verlag Berlin 2010, 63 Seiten, kartoniert, mit Abbildungen, incl. einer DVD, Preis: 19,80 EUR

Anmerkungen:
Der Wanderverein Bakuninhütte ist im Internet unter www.bakuninhuette.de erreichbar. Hier kann auch das Buch und andere Devotionalien bestellt sowie das Projekt unterstützt werden.

Die DVD »Generalstreik ein Leben lang« enthält Interviews mit fünf (ehemaligen) Vagabunden wie Jonny Rieger, Jo Mihaly, Fritz Scherer, Gerhart Betterman und Hans Bönnighausen, die aus ihrem Leben auf der Straße berichten und u.a. an dem von Gregor Gog initiierten Vagabunden-Treff bei Stuttgart 1929 teilnahmen. Diese DVD ist eine wunderbare Ergänzung zum Buch.

ARBEITZUERST EG, STUTTGART

Zeitarbeit und Kooperation solidarisch-genossenschaftlich organisiert

Visionen zu einem Zentrum für Neue Arbeit (1)

Besonders für ältere, oft hoch qualifizierte Erwerbslose verengten sich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren zunehmend auf Zeitarbeits-Angebote. Nicht selten zahlen dabei die Unternehmen an die Zeitarbeits-Firma mehr, als sie an Personalkosten für ihr Stammpersonal ausgeben. Die Zeitarbeiter bekommen jedoch erheblich weniger. Die Differenz bleibt bei den Zeitarbeits-Unternehmen. Deren Inhaber verdienen gut daran. Um dem entgegen zu wirken, wurde die ARBEITZUERST eG mit Sitz in Stuttgart als Personaldienstleister-Zeitarbeit gegründet. Nach Eintragung erfolgte am 12. Juni 2009 allerdings umgehend eine Satzungsänderung zur Erweiterung des Geschäftszweckes auch auf Projekte und Unterstützung von Selbständigen.

Von Walter Häcker (2), Red. Genossenschaften ● Guido Lorenz, der katholische Betriebsseelsorger in Stuttgart, hatte vor Jahren die Idee, den Fehlentwicklungen auf dem Zeitarbeitssektor entgegen zu wirken: »Gründen wir doch eine Genossenschaft, in der Arbeit suchende Genossen sich selbst vermieten.« Ziel der von ihm initiierten Genossenschaft ist es, faire Löhne zu bezahlen und einen Teil der Einnahmen z.B. in Qualifizierungen oder Umschulungen der Genossinnen und Genossen zu investieren. Damit steigen deren Chancen auf einen Dauerarbeitsplatz. Auch sollen die Angebote der »Agentur für Arbeit« auf Einarbeitungszuschüsse genutzt werden.

Sozialethische Werte

Eine solche einleuchtende Idee haben und sie organisatorisch umsetzen, sind »zwei Paar Stiefel«. Guido Lorenz machte sich an die Arbeit. Er lud Menschen aus seinem beruflichen Umfeld in einen Genossenschafts-Aufbaukreis ein: Hauptberufliche aus der katholischen Kirche und der Caritas, Gewerkschafter und frühere Betriebsräte sowie Engagierte aus der Erwerbslosenselbsthilfe »myself«.

Deren Ideenentwicklung fasste er mit folgenden Worten zusammen: »Unsere Genossenschaft ARBEITZUERST antwortet auf den gesellschaftlichen Skandal der Langzeitarbeitslosigkeit durch den Verbund der Genossen. ARBEITZUERST eG ist nicht nur ein Unternehmen, sondern auch ein ständiger Bildungsprozess aller Beteiligten. Genosse zu sein bedeutet, dass wir an unserem Eigentum arbeiten. Und um erfolgreich zu sein, ist es nötig, gemeinsam zu handeln. Ein angemessenes Betriebsklima, Teamarbeit und unsere breite Weiterbildung zum Wohle der Genossenschaft sind dauerhafte Aufgaben.«

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Die Gründungsgenossen kamen überein, sich an den sozialethischen Werten, konkret formuliert in der Christlichen Soziallehre, zu orientieren. Sie betonen deshalb

- den sittlichen Vorrang des Faktors Arbeit, also der Interessen der arbeitenden Menschen vor den Kapitalinteressen;
- den Subjektcharakter des Menschen in der Arbeit, sich als Miteigentümer zu verstehen;
- den instrumentellen Charakter des Kapitals zum Vollzug des Unternehmens;
- das Streben nach fairer Entlohnung.

Genossenschaftliche Selbsthilfe

Der Name der Genossenschaft bezieht sich auf das unternehmerische Ziel, ARBEITZUERST zu schaffen, indem **ARBEIT** für die berufliche und persönliche **ZU**kunft der Mitglieder, insbesondere mit ihrem beruflichen **ER**fahrungsschatz in der Region **ST**uttgart angeworben wird. Die Genossenschaft dient dem Grundsatz »Vorrang der Vergütung der Arbeit, Nachrang der Verzinsung des Eigenkapitals« – nicht der Maximierung der eigenen Gewinne. In ihr sollen sich die Wesensprinzipien einer Genossenschaft in besonderer Weise zeigen: Selbsthilfe, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Im internen Bereich der Genossenschaft sollte die Differenz der Vergütung zwischen arbeitenden Genossinnen und Genossen mit geringer Qualifikation und einer Führungskraft das Verhältnis von 1 zu 4 nicht übersteigen.

Viele Engagierte der ersten Stunde sind »myself«-Mitglieder. Vor sechs Jahren war der Verein »myself e.V. zur gegenseitigen Förderung am Arbeitsmarkt« (3) gegründet worden. Er ist in Stuttgart eine

Genossinnen, Genossen und myself-Mitglieder, das »Sozialkapital« zum Start der ARBEITZUERST eG

wohl in ganz Deutschland einzigartige, mitgliederstarke und finanziell auf eigenen Füßen stehende Selbsthilfe-Organisation, in der gezielt von Anfang an mit »Community-Organizing«-Wissen gearbeitet wurde.

Community-Organizing

Im »myself e.V.« haben sich Menschen aus der Region Stuttgart zusammengeschlossen, die in einer besonderen Lebenssituation stehen: Entlassung und Erwerbslosigkeit. Es ist ein Beispiel für kategoriales Community Organizing. Insbesondere myself-Mitglieder im Alter 50+ gehörten zu den wichtigen Akteuren beim Aufbau der Genossenschaft ARBEITZUERST. Das kraftvolle Vorbild der myself-Organisation mit inzwischen 430 Mitgliedern hat in Stuttgart andere Gruppen dazu ermutigt, sich ihres Potenzials (ihrer »power«) bewusst zu werden und wichtige Erfahrungen auch in andere Organisationen einzubringen, so bei der Gründung von ARBEITZUERST.

Mitglieder von myself suchten die Kooperation mit allen einschlägigen Organisationen und Akteuren am Arbeitsmarkt. Daraus lassen sich von Fall zu Fall Aktionsbündnisse schmieden. So konnte, noch bevor ARBEITZUERST eine eigene Lizenz zur Arbeitnehmerüberlassung hat, in Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen »Stiftung + Arbeit« (4) Menschen in Leiharbeit und Qualifizierung gebracht werden. Eine entsprechende Absprache gibt es mit dem Stuttgarter Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH der Diakonie.

Herausforderungen beim Aufbau

Auf dem Weg zur arbeitsfähigen Genossenschaft müssen die Kulturen von einerseits »Wirtschaft« und »Business durch erfolgreiche Geschäftsabwicklung« und andererseits »Freiwilligkeit« im Sinne des Bürgerschaftlichen Engagements verschmelzen. Dabei sind menschliche und gruppendynamische Hürden zu bewältigen. Geschäftserfolg wird in traditionellen Betrieben erreicht durch viel Startkapital, schlichtes Anweisen, Sanktionieren oder mit Geld »belohnen«. Dieses Vorgehen gilt in der modernen Organisationsentwicklung eher als »Unkultur«. Nicht nur in der Aufbauphase einer solidarischen Genossenschaft sind solche Methoden unpassend, ja kontraproduktiv.

Dennoch muss auf dem Weg vom Nonprofit- zum Sozialprofit-Unternehmen so bald als möglich Geld verdient werden. Menschen, die das tägliche Geschäft der Genossenschaft führen, müssen davon ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Fähige und freiwillig unvergütet arbeitende Erwerbslose, die sich für Aufbau der Genossenschaft engagierten, konnten und wollten verlockende Angebote aus dem ersten Arbeitsmarkt nicht ablehnen. Mehrfach verlor deshalb die Genossenschaft »in Gründung« Führungspersönlichkeiten.

Von Anfang an hatten sich die Gründer auf das Geschäftsmodell Genossenschaft festgelegt mit dem Ziel, ein nachahmenswertes Beispiel für Demokratie in der Arbeitswelt zu schaffen und es in der öffentlichen Diskussion als Modell einzuführen. Als ermutigendes Beispiel dienen die Mondragon-Genossenschaftsverbünde im Baskenland. Aus Sicht des Organisationsentwicklers war es problematisch, die Form vor dem Inhalt festzulegen. Der Nachteil ist, dass alle denkbaren Wechselfälle des Genossenschaftslebens in ausführlichen Satzungs-, Geschäftsordnungs- und Vergütungsordnungs-Diskussionen geregelt werden sollten, Zeitverzögerungen durch formal-juristische Hindernisse beim Eintragungsprozess waren zu ertragen, ehe noch ein einziges Geschäft getätigt werden konnte. Umgekehrt wäre wahrscheinlich der Schuh schneller fertig geworden: Man einigt sich über die Inhalte, so konkret wie möglich, und kann sich dann darauf verlassen, dass eine geeignete Form gefunden wird.

Kurzporträt

Gründungsjahr: 29. Juli 2008.

Eintragung: 11. Juni 2010 unter GnR 720036 beim Amtsgericht Stuttgart.

Unternehmensgegenstand: gegründet als Personaldienstleister-Zeitarbeit, Satzungsänderung zur Erweiterung des Geschäftszweckes auf Projekte und Unterstützung von Selbständigen am 12. Juni 2009.

Mitgliederzahl: 50.

Pflichtanteil: 50 Euro, 200 Euro für Personenvereinigungen (juristische Personen).

Eigenkapital: 3.500 Euro, Genossendarlehen für Anfangsliquidität 9.000 Euro.

Zahlreiche Ermutigungen

Die Initiative wurde von der »Körber-Stiftung« aus 238 Bewerbern zu einem der 20 Preisträger des USable-Qualifizierungsnetzwerks 2010/2011 ausgewählt. (5)

Kontakte eines Gründungsmitgliedes, der als Hauptamtlicher in der IGM-Stuttgart für Erwerbslose und Leiharbeit zuständig ist, führten inzwischen zu Verhandlungen über einen Rahmenvertag über Zeitarbeit mit einem renommierten Industrie- und Forschungs-Konzern. Vom Betriebsrat werden Leasing- oder Werkverträge für Ingenieure eher abgelehnt. Diese Bedenken wurden jedoch ARBEITZUERST gegenüber fallengelassen. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates begründete seine Unterstützung so: »Schließlich geht es dabei nicht darum, aus dem Verleihgeschäft Profit zu schlagen, sondern darum, diesen Kolleginnen und Kollegen über 50 wieder an der Arbeitswelt Teilhabe zu verschaffen. Perspektivisch wird natürlich eine Festanstellung angestrebt.«

Neue Ideen für Geschäftsfelder entstehen: Ein Modell namens »GApS« steht für Genossenschaftliche Absicherung prekärer Selbständigkeit. Andere GenossInnen prüfen den Ansatz, Alltagshilfe vor allem für alte Menschen zum Geschäftsfeld zu entwickeln. Der Bedarf an alltäglichen Hilfen erweist sich besonders auf kommunaler Ebene als sehr hoch. Ziel ist, dass alte Menschen so lange als möglich dort wohnen können, »wo sie hingehören«. Vorbild könnte die Seniorengenossenschaft Riedlingen sein (6), die ARBEITZUERST beim Planen dieses Geschäftsfeldes berät.

Jeder ein Entrepreneur

Gegenwärtig liegt ein regendichtes, juristisches Dach vor, unter dem es nun möglich ist, jede Art von solidarischem, gemeinsamem, wirtschaftlichem Handeln einzurichten. Voraussetzung für den Erfolg ist die Orientierung am Selbstinteresse und den Werten der Beteiligten bei Beachtung der eisernen Regel des Community Organizing: »Tue nie etwas für Menschen, was diese für sich selbst tun können.« Dazu wird eine höchst professionelle Führung der Genossenschaft durch Vorstände oder Geschäftsführer und Aufsichtsräte benötigt. Wir suchen Menschen mit Erfahrung im Aufbau solch innovativer »Neuen Arbeit«, die den Sinn der »eisernen Regel« verstehen und die Freude daran haben, dieses genossenschaftliche Modell so auszubauen, dass es als bundesweites Beispiel wirken kann.

Die Genossinnen und Genossen mit Arbeitsverträgen in Arbeitnehmerüberlassung oder in Projekten, auch kooperierende Selbständige, werden erfahren und lernen, dass sie nicht einfach bei einer fremdbestimmten Zeitarbeitsfirma angestellt sind, die etwas besser bezahlt. Sie werden erkennen, dass sie sich – im solidarischen Kollektiv – in die Situation eines Existenzgründers begeben haben. Dies wird im Sinne eines Entrepreneurs sein, von dem Günter Faltin in seinem Buch »Kopf schlägt Kapital« so farbig spricht. Sie werden sich in der Zeit, in der bezahlte Aufträge fehlen, intensiv selbst um neue Aufträge, um Betriebsaufbau und Akquise kümmern. Dieser persönliche Paradigmenwechsel erfordert viel Gesprächszeit.

Am Horizont wird die Vision eines »Zentrums für Neue Arbeit, Neue Kultur« sichtbar, wie es einer der Gründungsgenossen, Frithjof Bergmann (7), beschreibt. Dort wird produziert, Dienste werden ausgetauscht und weitere Ressourcen zur Lebensgestaltung stehen bereit. Hier werden Menschen entdecken können, was sie »wirklich, wirklich wollen«, so Frithjof Bergmann, und so auch leben können.●

Anmerkungen:

1) Eine längere Fassung dieses Beitrages erschien erstmals in FORUM Sozial, Heft 4/2010.

2) Der Autor ist promoviert, Diplomphysiker, Erwachsenenbildner und langjähriger Leiter der Volkshochschule Schorndorf, Gemeinde- und Kreisrat. Selbständiger Organisationsentwickler (community organizer) und Moderator, Kontakt: Tel.: (0 71 81) 496 11 34, Email: dr_walter_haecker@mac.com.

3) www.myself-ev.de

4) www.stiftung-und-arbeit.de

5) www.koerber-stiftung.de/gesellschaft/transatlantischer-ideenwettbewerb-usable

6) www.martin-riedlingen.de/senioren/kontakt.htm

7) www.neuearbeit-neuekultur.de/neuearbeit.html

Baustelle Revolution

Die revolutionären Bewegungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verdanken dem aus einer armen baskischen Familie stammenden Lucio Urtubia eine Menge. Der gelernte Maurer, der einen großen Teil seines Lebens als politischer Exilant in Frankreich verbrachte, hat mit viel Idealismus, Mut und künstlerischem Geschick für die Finanzierung der Organisationen gesorgt. Nach einer Phase der Expropiation von Banken ging er über zum Fälschen von Banknoten und Reiseschecks, was u.a. eine der mächtigsten US-Banken in die Knie zwang.

Trotz der etwas behebigen Sprache mit der er seine Autobiographie geschrieben hat, ist es durch und durch spannend, was er schreibt. Seine Erinnerungen bieten einen sehr persönlichen Einblick in die Welt des bewaffneten Kampfs und seiner Protagonisten. Sicherlich stimmt man als Leser nicht immer mit den Einschätzungen von ihm überein oder hat auch vehemente Kritik daran, dennoch habe ich dieses Buch mit sehr viel Enthusiasmus verschlungen. Sehr spannend ist u.a. die Schilderung vom antifranquistischen Widerstand, an dem er auch partizipierte.

Das Leben jenes Maurers, der in der Freizeit Reiseschecks fälschte, um damit revolutionäre Bewegungen zu unterstützen, macht einfach Mut, dass es Möglichkeiten gibt, etwas zu bewegen. Es ist eine indirekte Kampfansage an die Resignation, die viele Linke befallen hat und macht Mut selber auch wieder aktiv zu werden.●

Maurice Schuhmann

Lucio Urtubia: Baustelle Revolution, Assoziation A Hamburg 2010, ISBN: 978-3935936842, 256 S., Preis: 19,80 EUR

Politische Identitäten im Wandel

Die Schweizer Historikerin Amann veröffentlicht mit diesem Buch ihre aktualisierte und überarbeitete Lizentiatsarbeit aus dem Jahre 2006. Der Lizentatsarbeit entspricht in Deutschland die Magisterarbeit. Amanns zentrale Fragestellung ist, wie sich Lesben im Umfeld der neuen Frauenbewegung in der Schweizer Hauptstadt Bern vor allem der 1970er und 1980er Jahre definierten, und wie sich diese Selbstdefinition veränderte. Dieser Frage liegt die These zugrunde, dass die »Identität« als Lesbe eine Bedeutung für die Gesellschaftanalyse, das Selbstverständnis und die aktivistischen Strategien der untersuchten Akteurinnen hat, ja dass diese Frauen und Lesben diese Identität artikulierten, wenn nicht in der Öffentlichen erst erfanden. Um diesen Wandel der politischen Identitäten untersuchen zu können, greift Amann auf eine quellen- und interviewgestützte Untersuchung eines überschaubaren geografischen Raumes zurück, die Hauptstadt der Schweiz, und dort auf die relevantesten feministisch-lesbischen Gruppen bzw. Orte.

Konkret sind dies die 1977 gegründete *Lesben Initiative Bern* (LIB), die erste Gruppe in Bern, die sich ausdrücklich öffentlich als lesbisch definierte, dann die *Radikalfeministinnen Bern-Fribourg-Biel* (RF, aktiv von 1976 bis 1983) und schliesslich die beiden Einrichtungen »Froueloube« bzw. der daraus entstandene »KultVe im Frauenzentrum« (1979 bis 1993). Die ersten beiden Kapitel stellen die Interviews als Methodik der Arbeit bzw. die Entstehung der zweiten Frauenbewegung in der Schweiz allgemein und vertieft an den Städten Genf und Zürich dar. Dann werden die beiden Gruppen näher vorgestellt und in ihren Transformationen untersucht. Bemerkenswert ist, dass die ersten aktiven Lesben zuerst eher mit der Schwulenbewegung als mit der Frauenbewegung kooperierten. Nach einer Zwischenphase lässt sich dann die auch in anderen Städten feststellbare Institutionalisierung und widersprüchliche Professionalisierung feststellen, die eher unter einem »kulturellen« Vorzeichen steht.

Für die Lesben der LIB ist das Coming-out, die Selbstbezeichnung als Lesbe und die Kritik der Heteronormativität eine politische Strategie. Für die RF dagegen ist die freie Wahl der Sexualität zentral, da nur dadurch eine freie Entfaltung für alle Frauen möglich werden würde. In den Orten lesbisch-feministischer (Gegen-)Kultur wird dann mehr Gewicht auf eigene, antipatriarchale und auch weibliche Werte und Identitäten gelegt.

Amann gibt mit Hilfe der Oral History einem bisher von der Geschichtsschreibung eher vernachlässigten politisch-sozialen Milieu exemplarisch das Wort. Die vielen kleinen Gruppen mit ihren jeweiligen Abkürzungen (die in einem Verzeichnis aufgeführt werden) erfordern für nichtschweizerische LeserInnen bei der Lektüre etwas Geduld. Amann arbeitet der Lage des untersuchten Feldes entsprechend bei den verschriftlichten Quellen vor allem mit »grauer Literatur«. Sie problematisiert mehrmals, dass es Lücken bei der gesellschaftlichen Überlieferung zur feministischen Bewegung gibt. So waren einige Ausgaben von Publikationen schon gut 30 Jahre später für sie nicht mehr beschaffbar.

Da es sich hier, wie eingangs genannt, um eine überarbeitete Lizentiatsarbeit handelt, und nicht um eine Dissertation, ist die Reichweite und Tiefe der Arbeit begrenzt. Zum Beispiel findet sich kein transnationaler Vergleich mit der Entwicklung der FrauenLesbenbewegung in anderen (west-)eurpäischen Ländern oder Städten. Eher diffus verbleibt auch, in welchem gesellschaftlichen Kontext die Konstituierung der untersuchten LesbenFrauengruppen stattfand, woher jene ihre Impulse bezogen, welche Kommunikationsnetzwerke es gab, oder warum es zu der Gründung von lokalen und überregionalen Frauenmedien, die nur erwähnt werden, kam. Als lokale oder Mikrostudie ist die Publikation aber gelungen und ein lesenswerter Beitrag zur aus der Mode gekommenen »Geschichte von unten«.●

Bernd Hüttner

Ruth Amman: Politische Identitäten im Wandel. Lesbisch-feministisch bewegte Frauen in Bern 1975 bis 1993; Verlag Traugott Bautz, Nordhausen 2009; 167 S., 20 EUR

Das Alternative Milieu

In den Geschichtswissenschaften geraten nun die 70er und vereinzelt auch schon die 1980er Jahre ins Blickfeld des Interesses. Im September ist nun der aus einer Tagung in Kopenhagen Anfang 2008 entstandene Band zum »alternativen Milieu« erschienen. Die Herausgeber schreiben: »Im Laufe der 1970er Jahre etablierte sich in der Bundesrepublik wie in vielen westlichen Ländern ein alternatives Milieu. Diese Gemeinschaft Gleichgesinnter strebte nach Idealen wie Selbstverwirklichung, Solidarität, Nachhaltigkeit und Ganzheitlichkeit, die sie den modernen Entfremdungserfahrungen entgegensetzte. Zugleich verfolgte sie das Ziel, die Gesellschaft als Ganzes zu verändern. Die linken Alternativen gründeten eigene »Projekte«, in denen auf der Grundlage von kollektivem Eigentum, Selbstbestimmung und Überschaubarkeit neue basisdemokratische Formen des Arbeitens und Lebens erprobt wurden. Zwischen Arbeit, Freizeit, politischem Engagement und Privatleben wurde in den Wohngemeinschaften, Cafés, Buchhandlungen oder Frauenzentren ebenso wenig unterschieden wie zwischen Hand- und Kopfarbeit.«

Der Band enthält nach einer Einleitung, u.a. zum für den Herausgeber Reichardt zentralen Begriff der »Authentizität«, und zwei theoretische Beiträge und fast 20 Artikel zu allen möglichen Aspekten »alternativen Lebens«. Hier reicht das Spektrum von Heroinszenen über Konsumkritik, Antisemitismus in der Linken und Trampen bis zu Geschlechterverhältnissen. Einige Beiträge, wie z.B. der zur Untergrundpresse, sind nicht gerade von großer Sachkenntnis geprägt, und andere, wie einer zu Autonomen und Hausbesetzungen vermeiden es allzu offensichtlich, Literatur aus der ja mittlerweile umfangreichen linksradikalen Literatur zu Theorie und Geschichte zu zitieren.

Für etliche ZeitzeugInnen dieser Bewegungen, und das sind ja potentiell alle, die heute älter als 40 Jahre sind, dürfte sich das Gefühl einschleichen, hier werde ihnen ihre Geschichte entwendet und durch den akademischen Fleischwolf gedreht. Heraus kommt dann ein Buch, das zeitgemäß die »transformatorische Rolle des alternativen Milieus zwischen den späten 1960er und den mittleren 1980er Jahren« betont, und alle Aspekte von Rebellion, von Dissidenz und vielleicht auch Revolution entschärft, und zur Entsorgung in Bibliotheken und Fachtagungen zwischen Buchdeckel presst. Wer sich mit dem Thema wissenschaftlich beschäftigt, wird an dem Buch, das so angelegt ist, dass es wissenschaftsstrategisch als Standardwerk gelten will, nicht vorbeikommen. Am spannendesten ist der Beitrag von Michael Vester, der aufgrund seiner umfangreichen Forschungen zum Sozialmilieu darüber berichtet, dass neben den klassischen alternativen Milieus größere Veränderungen in einem nennenswerten Teil der neuen Arbeiter- und Angestelltenmilieus vonstatten gingen, die sich »alternativen« Werten in Arbeitswelt und Familie öffneten. Ob allerdings, so die Meinung mancher AutorInnen, in »alternativen Milieu selbst ein dezidiert transnationales Selbstverständnis vorherrschte« bleibt auch nach Lektüre ihrer Beiträge noch besser zu beweisen. Ein Personenregister schließt den voluminösen Band ab.●

Bernd Hüttner

Sven Reichardt und Detlef Siegfried (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983, 509 Seiten mit 22 Abbildungen, 39,90 EUR

Tote sind immer im Recht

Am 27. Dezember 2008, zwischen 11 Uhr und 11.40 Uhr starb im Justizvollzugskrankenhaus Heinrich Pommerenke nach fast 50 Jahren Gefängnis. Kein Gefangener saß bislang derart lange ununterbrochen in Haft (auch wenn es aktuell mehrere Inhaftierte gibt, die 40, 45 und mehr Jahre, wie man im Gefängnisjargon sagt, »auf dem Buckel haben«).

Was machte ihn so gefährlich in den Augen der Justiz? Er wurde am 22. Oktober 1960 in Freiburg wegen vierfachen Mordes, siebenfachen Mordversuchs, 25-facher versuchter und zweifach vollendeter Vergewaltigung und anderer Delikte mehr, zu sechs Mal lebenslang plus 15 Jahren verurteilt. In den Jahren nach seiner Verhaftung und Verurteilung gaben Eltern ihren Kindern die Drohung auf den Weg, sie mögen pünktlich nach Hause kommen, »sonst holt Dich der Pommerenke«. Das personifizierte Grauen, ein Monster, der Teufel in Menschengestalt; das wurde er geheißen und noch mehr.

Seit Mitte August 2010 liegt eine Art Kriminalbiografie über Heinrich Pommerenke vor. Geschrieben von dem 1971 in Karlsruhe geborenen Thomas Alexander Staisch – damals saß Pommerenke schon 12 Jahre im Gefängnis.

Auf 342 Seiten breitet Staisch ein Sittengemälde der späten fünfziger Jahre aus, in dessen Klima Heinrich P. seine Morde, Vergewaltigungen und Überfälle beging. Den Tötungsdelikten räumt der Autor breiten Raum ein, verharmlost, bagatellisiert nichts. Aber auch wenn er Pommerenke immer und immer wieder Monster, den Teufel in Menschengestalt und anderes mehr nennt, so wird deutlich spürbar, dass er hier das Stilmittel der Übertreibung einsetzt, um gerade den menschlichen Kern Pommerenkes und auch die ihm widerfahrene Verletzung seiner Würde, seines Menschseins heraus zu arbeiten.

In einer literarisch anmutenden Weise schreibt Thomas A. Staisch über das Leben Pommerenkes vor und in der Haft, zitiert viele Quellen: Ob Akten aus dem Staatsarchiv, Anstaltsbeamte, Freunde (ja, auch die hatte Heinrich P. bis zu seinem Tod) und insbesondere den ehemaligen Gefängnispfarrer vom Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg.

Wer etwas über die Perfidie erfahren möchte, mit der im Gefängnis mit Inhaftierten umgegangen wird, der kann exemplarisch an Pommerenkes 50 Gefängnisjahren alle Spielarten erleben: Körperliche, wie seelische Misshandlung, heimliches Beibringen von Psychopharmaka und den Versuch der Vernichtung durch Haft; selbst ein ehemaliger Gefängnisdirektor, der Pommerenke und dessen Fall kennt, wird zitiert mit der Analyse: Hier wird ein Exempel statuiert, ein »Vernichten«, eine Todesstrafe ohne Fallbeil (a.a.O., S. 32).

So kann man das Buch durchaus auch als Streitschrift für eine Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe lesen und es gewinnt seine Bedeutung gerade dadurch, dass nichts ungesagt bleibt, nichts verschwiegen wird von dem, was Heinrich Pommerenke vor über 50 Jahren getan hat.

In einer Zeit, in der hysterisch, aufgeregt und mit viel Gespür für den Volkszorn (bspw. FOCUS vom 16.08.2010, der Titel lautete: »Ist unser Staat zu feige? Der Skandal um die Freilassung von 100 Sex-Verbrechern«) über die Freilassung von – angeblich – »gefährlichen« Menschen aus dem Gefängnis diskutiert wird, kann Staischs Buch einen wertvollen Beitrag leisten zu einem fundierten Einblick in den Alltag deutscher Strafvollzugswirklichkeit, ohne sich dabei dem Vorwurf von interessierter Seite aussetzen zu müssen, er sei allzu solidarisch mit dem/den Gefangenen.●

Thomas Meyer-Falk

c/o JVA – Z. 3113, Schönbornstr. 32, D-76646 Bruchsal
www.freedom-for-thomas.de
http://freedomforthomas.wordpress.com

Thomas Alexander Staisch: Heinrich Pommerenke, Frauenmörder – Ein verschüttetes Leben. 2010, Verlag Klöpfer & Meyer, ISBN 978-3-940086-88-4, 344 Seiten, 22 EUR

Die rechte Gefahr aus Osteuropa

Die Zunahme rechtsextremer Aktivitäten beunruhigt seit Jahren demokratisch gesinnte Menschen. Dabei fiel der Blick fast immer auf Deutschland und Österreich, bestenfalls auf Westeuropa. Osteuropa, das seit dem Zusammenbruch des Kommunismus mit besonderen sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, blieb lange ausgeklammert. Das vorliegende Buch schildert nun die Situation in Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Serbien, Kroatien und Bulgarien – und schockiert.

In Ungarn sind rechtsextreme und neonazistische Ideologien weit in die Mitte der Gesellschaft vorgerückt, erfolgreiche politische Parteien sind mit der radikalen Neonaziszene verknüpft, enge Schulterschlüsse mit einschlägigen »KameradInnen« aus Deutschland und Österreich werden intensiv gepflegt. Dabei kommt es immer wieder zu Gewaltakten gegen Roma, die oft in Slums leben. Neben den Juden sind die Roma Feindbild Nr. 1 für die rechtsextremen AktivistInnen. Militante Garden ziehen durch das Land, während die demokratische Mitte und die Linke eher gelähmt wirken. Faschistische Relikte erheben sich auch in anderen osteuropäischen Ländern aus ihren vergessenen, im Kommunismus unterdrückten Gräbern.

Erstaunlich, wie intensiv die neue radikale Rechte – besonders in Ungarn – in ihrer Agitation auf Jugendliche setzt. Heavy Metal, Rechtsrock und andere jugendkulturelle Szenen werden wie in Deutschland und Österreich instrumentalisiert, um Jugendlichen den Hass auf Demokratie und Minderheiten einzutrichtern. Interessant auch die große Bedeutung esoterischer Strömungen für die Renaissance des Neofaschismus. Das reicht von Spielarten eines »nationalen Schamanismus« in Ungarn bis zu mystisch-esoterischen Kulten um die Kronen längst von der Geschichte überholter Königshäuser, die angeblich einen okkulten Draht zwischen Himmel und Staat herstellen.

Für politisch interessierte LeserInnen ist dieses Buch von unschätzbarem Wert. Es sollte seinen Weg zu jenen ZeitgenossInnen finden, die gerne wegsehen. Denn Wegsehen ist kein Weg, um demokratische Kultur lebendig zu erhalten.●

Roman Schweidlenka

Gregor Mayer, Bernhard Odehnal: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. Salzburg, Residenz Verlag, 2010. 297 S., ISBN 978-3-7017-3175-6, 22,50 EUR

Das Recht auf Faulheit

Karl Marx, auf Grund der Wirtschaftskrise wieder etwas aus der geschichtlichen Versenkung empor tauchender Vater des »Kommunistischen Manifests« hatte mit Lafargue seine liebe Not. Dieser war nicht nur sein Schwiegersohn, sondern vertrat völlig andere Konzepte zur Weltrevolution als der Herr Karl. Er plädierte für »Das Recht auf Faulheit«. In seinem kurzen Essay zeichnete der unliebsame Schwiegersohn ein Bild des vom Kapitalismus ausgebeuteten Arbeiters, der sich zu Zwängen und Stress beugen muss, um den Herren des Kapitals hohe Profite zu erwirtschaften. Was schien da revolutionärer als die Muße?

Lafargue, ein bewusster Provokateur, geriet mit diesen ketzerischen Ansichten nicht nur mit Karl Marx, sondern auch – trotz einer Laudatio Lenins – mit den Ideologen der revolutionären Arbeiterklasse in Konflikt, setzten die Genossen doch auf Arbeit, Leistung und alles was dazugehört, um den Kapitalismus zu überwinden.

Dies mag eine heitere Episode der Geschichte sein. Doch heute, angesichts des Arbeits- und Leistungskults fast aller politischen Strömungen von links bis rechts, erlebt Lafargue eine Wiedergeburt. Sein Werk wird als eine konkrete, emanzipative Utopie bewertet, die sich gegen die Überzeugung »Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen« richtet. Auf jeden Fall ein kleines Buch, das zum Nachdenken anregt, wie viel Selbstbestimmung in unserer Arbeit noch möglich ist. Und wer sich über seinen Chef ärgern muss, kann abends wie ein Mantra ein Bekenntnis des exzentrischen Lafargue wiederholen: »Nicht auferlegen, verbieten muss man die Arbeit.« (S.64)●

Roman Schweidlenka

Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit, Frankfurt, Trotzdem Verlag, 2010

Anzeige

Anzeige

PROJEKTE

Der Laakenhof sucht Verstärkung!
Wir sind eine kleine, vielseitige Bioland-Kommune im südlichen Münsterland. 6 Erwachsene (mit 2 Kindern) bewirtschaften 30 ha Land mit den Schwerpunkten Milchvieh (11 Kühe), Käserei, Gemüsebau und Vermarktung. Wir suchen 1-2 Menschen, die Lust auf Landwirtschaft und Gemeinschaft haben. Erste Eindrücke gibt es unter:
www.laakenhof.de
ansonsten einfach anrufen:
☎(0 25 25) 25 60

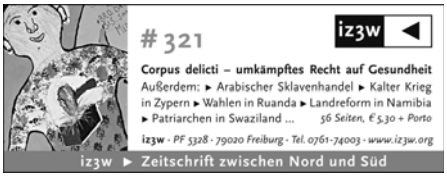
Politische Kommune auf dem Land (zwischen Bremen und Bremerhaven, 20 Min. bis Bremen) sucht neue MitkommunardInnen. Wir wollen mehr werden! Einige (eigene) Arbeitsbereiche im Aufbau oder in Planung, viel Raum für eure eigenen Ideen.
Infos unter
☎(0 42 96) 74 82 25
oder kommune-p-u@gmx.de

1790er Südeifelhof hat (Frauen) Zimmer frei; gärtnern, werken, denken, reden usw.
afem ☎(0 65 22) 10 46 (AB)

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

SUCHE

Entfremdung minimieren im real existierenden kapitalismus ist schwer, aber nicht utopisch...
Wohnen und arbeiten wieder zusammenführen, und möglichst nicht mehr als einzelkämpfer leben...
Bin **schlosser**, mit vielfältiger berufserfahrung, bis auf weiteres noch lohnabhängig beschäftigt, mitte fünfzig, geistig und körperlich fit.
Damit letzteres so bleibt, strebe ich die handwerklich orientierte mitarbeit in ökologisch sinnvollem, gesellschaftlich emanzipativem projekt an. Gerne z.b. in kleinem genossenschafts-projekt oder generationsübergreifender, therapeutischen hofgemeinschaft ohne esoterische ausrichtung, im deutschsprachigen raum.
Zu erreichen:
☎(01 77) 544 55 23
ergotech-bonn@web.de

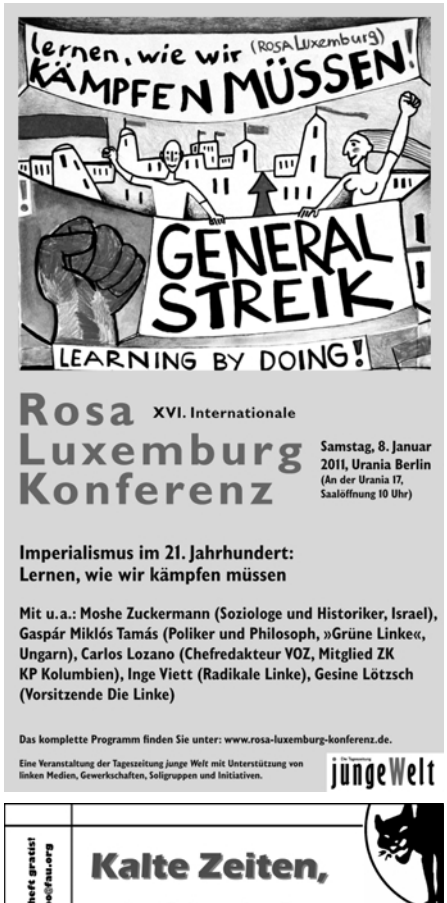


KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL



IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

When I'm 64...
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Dies ist ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mit reflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung (z.B. Wertpapiere, Eigentumswohnung) verglichen.
Das komplexe Thema »Altersvorsorge« wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 21.-23.1.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

Betriebe in Belegschaftshand
Bestand und Qualität von Arbeitsplätzen sichern
Die sozial- und arbeitsmarktpolitische Entwicklung insbesondere der vergangenen zehn Jahre zeigt, dass es heute nicht nur darum geht, Arbeitsplätze zu sichern. Der rasant wachsende Niedriglohnsektor, die Ausweitung der Leiharbeit, die politische Verhinderung von Mindestlöhnen, Dumpinglöhne und der »Kombilohn« über die Aufstockung durch Transferleistungen bedeuten, dass es immer mehr auch um die Qualität der Arbeit gehen muss.

So werden MitarbeiterInnen insbesondere bei Insolvenzen, bei Firmenverkäufen und -übernahmen durch Hedgefonds, oder im Rahmen von Nachfolgeregelungen zur Manövriermasse ohne angemessenen Einfluss. Ist ein Investor gefunden, ist das Unternehmen gerettet. Es folgt allerdings für viele Kolleginnen und Kollegen ein böses Erwachen. Die Alternative der Übernahme des Unternehmens durch die Belegschaft wird i.d.R. nicht gesehen oder von den BetriebsrätInnen und den MitarbeiterInnen als nicht realistisch eingestuft. Die Fortführung von Betrieben durch ihre Belegschaften hat in Deutschland jedoch in etlichen Fällen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen geführt. In anderen europäischen Ländern ist die Entwicklung nicht nur weiter, sie wird auch durch bessere gesetzliche und fiskalische Rahmenbedingungen und die Unterstützung durch spezielle Organisationen, Gewerkschaften und Genossenschaftsverbände erleichtert.
Unsere Arbeitstagung setzt an diesem Punkt an. Mit Beispielen von Betrieben in Belegschaftshand soll die »Machbarkeit« geprüft und die Attraktivität deutlich gemacht werden. Im Vordergrund steht die dringende Verbesserung der gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der unterstützenden gesellschaftlichen Strukturen. Einen ebenso wichtigen Stellenwert haben jedoch die Probleme und Fragen, die sich für die beteiligten MitarbeiterInnen, für die BetriebsrätInnen und auch für die Gewerkschaften stellen: Für alle Betriebsangehörigen ist der Übergang zur Selbstverwaltung mit einem grundlegenden Wandel des Rollenverständnisses verbunden. Nur mit Hilfe von umfassender Beratung und Betreuung ist daher ein Übergangsprozess zu bewältigen; es geht um »Ermutigen und Ertüchtigen«. Betriebsräten und Gewerkschaften kommen dabei zentrale Aufgaben zu. Und auch ihre Rollen im Übergangsprozess und im selbstverwalteten Betrieb müssen sie neu definieren. Neben der Wahrnehmung ihres gesellschaftspolitischen Mandats im Sinne einer neuen Wirtschaftsdemokratie ist es vorstellbar, dass sie schulen und beraten, Konflikte schlichten und an der (Weiter-)Entwicklung von demokratischen Strukturen und innerer Stabilität des fortgeführten Betriebes mitwirken. Aber die Ausgestaltung der neuen Rollen ist zunächst offen.
Mit der Arbeitstagung wollen wir VertreterInnen aus dem DGB, den Einzelgewerkschaften, MitarbeiterInnen aus den Technologieberatungsstellen des DGB, gewerkschaftsnahe Beratungseinrichtungen, Gründungsberaterinnen der Genossenschaftsverbände, MitarbeiterInnen aus selbstverwalteten Unternehmen und weitere Menschen, die im Umfeld des Themas tätig sind, zusammen führen.
Veranstalter:
Bundesarbeitsgemeinschaft Solidarische Ökonomie im Attac Trägerverein e.V., www.attac.de,
Bundesverein z. Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., www.genossenschaftsgedanke.de und Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., www.zdk.coop
Termin: 3. Dezember 2010
10.30 bis 17 Uhr
Ort: Frankfurt a.M., DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 (Nähe HBF)
Teilnahmebeitrag 10 EUR ist vor der Tagung auf das Konto der innova eG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 860 205 00, Konto 34 633 00, Stichwort: Tagung am 3.12.10, zu überweisen.
Info: http://tinyurl.com/397jt33
Anmeldung: solioeko@attac.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Neuer Kongress 2012
Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Der nächste Kongress zu Solidarischer Ökonomie ist für 2012 in Wien geplant! Der Vorbereitungsprozess hat schon begonnen und alle Interessierten sind wieder herzlich eingeladen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen zu kommen oder anderes beizutragen.
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

JUNGE LINKE

Weiblich, männlich, Känguru
Von vermeintlichen und realen Unterschieden zwischen Männern und Frauen
In sexistischen Debatten, in denen es um die Differenz von Mann und Frau geht, wird in irgendeiner Weise immer wieder auf ihre angebliche Natur verwiesen und Belege dafür in der Tierwelt oder der vermeintlich menschlichen Natur gesucht. Warum diese Biologismen falsch sind und worin ihr grundlegender Fehler steckt, wollen wir mit euch diskutieren. Unsere These: das autonome Subjekt und die Gesellschaftskritik werden in ihnen negiert und damit menschliches Handeln letztendlich als Verhalten beschrieben. Wer diese sozio-biologische Beschreibung mitmacht, fällt ohne es zu wollen in den alten Sexismus zurück.
Auf Einladung von »Libertäre Lüneburg«, im Rahmen der Veranstaltungsreihe BEZIEHUNGSWEISE.FREI? – Eine Veranstaltungsreihe über Normen, Macht und Herrschaft in Beziehungen und Geschlechterverhältnissen.
Termin: 4.12.2010, 19 Uhr
Ort: Infocafé Anna & Arthur
(im Heinrich-Böll-Haus) Katzenstr. 2, 21335 Lüneburg

Konsum für eine bessere Welt?
Kritik an der Art wie produziert wird, gibt es eine Menge. Zum Beispiel daran, dass es Sweatshops gibt, in denen zu miserablen Bedingungen und mit schlechtester Bezahlung Kleidung in Trikont-Ländern hergestellt wird. Auch Tieren und Umwelt wird übel mitgespielt, damit »wir« Lederjacke tragen und Thunfisch essen können.
Um diese und andere Produktionsbedingungen zu verhindern, gibt es Kampagnen für bewusstes Einkaufen. Die Konsumentinnen sollten nur noch für Dinge bezahlen, die unter guten Bedingungen produziert wurden. Wer soziale oder ökologische Standards missachtet, wird durch diesen Druck gezwungen seine Produktionsbedingungen zu verbessern.
Doch gibt es an diesem Ansatz auch Kritik. Zuweilen erzielten die konsumkritischen Kampagnen das Gegenteil des Vorgesehenen. Außerdem werde vieles Kritikable durch die Hintertür für gut befunden: der Lohn sei nur dann ein Ausbeutungsverhältnis wenn er zu niedrig ist und Umweltnutzung durchs Kapital kein Problem, wenn die Folgen gar nicht so schlimm sind. Außerdem werde suggeriert, dass die Konsumentin in der Masse über die Produktionsbedingungen entscheiden könne.
Ob wir durch unseren Konsum etwas bewirken können oder ob wir damit am falschen Ende ansetzen, darüber wollen mit euch diskutieren: eine Vertreterin von Junge Linke und Jochen Dallmer (BUNDjugend).
Termin: 7.12.2010, 19 Uhr
Ort: Janun-Büro, Goebenstr. 3a, Hannover
Mehr Infos:
junge linke, Postfach 91 04 29,
30424 Hannover
info@junge-linke.org
www.junge-linke.org

BUKO

Militarisierung der (globalen) Sozialpolitik
Seminar
Während die Kluft zwischen Arm und Reich global wie vor der eigenen Haustür wächst, wird aufgerüstet. Trotz der Wirtschaftskrise boomen noch die Sektoren Sicherheitstechnologie und -dienstleistungen. Unter Sicherheit wird dabei stets die Aufrechterhaltung der bestehenden Ungleichheiten verstanden, der Schutz der Wirtschaft vor Streiks und Sabotage, der Schutz von Wohlstandsinseln vor unerwünschten BesucherInnen, der Schutz der Reichen vor den Armen. In dem Seminar möchten wir diese Entwicklungen an einigen beispielhaften Punkten reflektieren, Erklärungsansätze diskutieren und Widerstandsperspektiven erörtern.
VeranstalterInnen: Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), Linksjugend ['solid] Hamburg, Informationsstelle Militarisierung (IMI)
Termin: 10.-11.12.2010
Ort: Werkstatt 3, Nernstweg 32, Hamburg
Anmeldung: mail@buko.info
www.buko.info

Auftaktveranstaltung Verbindungskommandos, Aufstandsbekämpfung...
Dass die Bundeswehr Gipfel wie den G8 oder die NATO-Sicherheitskonferenz in München schützt, hat wohl fast jedeR schon mal gehört. Aber wer weiß schon so genau, was die 441 Verbindungskommandos treiben, die die Bundeswehr seit 2007 in sämtlichen Regierungsbezirken sowie Kreisen und kreisfreien Städten aufgebaut hat? Wie NGOs und Hilfsorganisationen z.B. in Afghanistan immer direkter in Kriegs- und Aufstandsbekämpfungsplanungen einbezogen werden? Wie Forschung und Lehre nach militärischer Verwertbarkeit strukturiert und Schulen und Arbeitsämter zu vertraglich abgesicherten Rekrutierungsanstalten werden? Dass die Bundeswehr innerstädtische Aufstandsbekämpfung übt? Oder warum die Bundesregierung den Einsatz von SoldatInnen gegen Streiks nicht ausschließen möchte?
Wir wollen (zivil-)militärische Strukturen bekannter und damit hoffentlich auch angreifbarer machen und vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozialer Verhältnisse und repressivem Krisenmanagement nach innen und außen bewerten. Welche Bedeutung hat eine militarisierte staatliche Strategie zur Unterdrückung sozialer Konflikte für uns, als in unterschiedlichen Bewegungen und Strömungen für Veränderungen Kämpfende?
Termin: 10.12.2010, 20 Uhr
Ort: w.o. Auftaktveranstaltung zum Seminar »Militarisierung der (globalen) Sozialpolitik«

Kampf um Saatgut
Weltweit ist Saatgut das Ausgangsmaterial für die Nahrungsmittelproduktion. Die Souveränität von LandwirtInnen über Saatgut, »Seed-sovereignty« ist die Grundlage für die Ernährungssouveränität. Aber der gesamte Bereich steht unter massivem Privatisierungs- und Monopolisierungsdruck durch die transnationalen Saatgutkonzerne. Immer strengere Vorschriften und Gesetze schränken selbst das Tauschen und Verschenken von Saatgut ein. Außerdem verschwinden viele regionale Sorten durch die Fokusierung auf wenige Sorten bei den Anbaumethoden der industriellen Landwirtschaft und deren »industrielle« Sorten. Einerseits werden aktuell die europäischen Saatgutgesetze überarbeitet und verschärft. Andererseits gelten Samen durch die jahrhundertealte soziale Praxis des Tauschens und Weitergebens als eines der »ursprünglichsten« Allgemeingüter und als wichtige Grundlage für die Autonomie und Überlebenssicherung von »Saatgut-NutzerInnen«. Deshalb finden wir es wichtig, sich praktisch und politisch in den »Umgang mit Saatgut auf allen Ebenen« einzumischen.
Das Wochenendseminar wollen wir nutzen, um Ideen für praktische Handlungs- und Einflussmöglichkeiten zu suchen, zu planen und erste Schritte für die Umsetzung unserer gemeinsam entwickelten Pläne zu verabreden. Bereits existierende Ideen reichen von lokalen Saatgutbörsen bis hin zu europäischen Protesten gegen weitere rechtliche Einschränkungen der Saatgut-Souveränität in Brüssel am 17. April, dem internationalen Aktionstag für bäuerliche Rechte (Via Campesina). Eingeladen sind deshalb auch aktive, saatgutinteressierte Menschen – oder solche, die es werden wollen – aus anderen europäischen Ländern. Wir freuen uns auf ein kreatives und spannendes Wochenende mit euch!
Termin: 14.-16.1.2011
Ort: Seminarhaus der Kommune Niederkaufungen
Anmeldung: mail@buko.info
www.buko.info

KONGRESS

So, wie es ist, bleibt es nicht
Der ...umsGanze! – Kongress zu Arbeit und Krise
Gestern noch als bestmögliche Wirtschaftsform geadelt, erscheint heute vielen der Kapitalismus mit seiner krisenhaften Dynamik eher als fortwährende Bedrohung der eigenen Lebenslage: EU-Staaten stehen vor dem Staatsbankrott, Geldanlagen privater Sparer haben sich in Luft aufgelöst. Massive Einsparungen im Sozial- und Gesundheitssystem stehen auf der Agenda. Ebenso Einschnitte beim Lohnniveau und eine Erhöhung des Rentenalters. Was einst als sicher galt, entpuppt sich in Zeiten der Krise umso mehr als umkämpftes Privileg auf Widerruf. Nicht allein Konservativen erscheint das einstige Fortschrittsversprechen des Kapitalismus deshalb längst als böser Fluch.

Wir wollen mit dem Kongress ein systematisches Verständnis der aktuellen Krise fördern und nach dem generellen Zusammenhang zwischen Arbeit, kapitalistischer Verwertung und krisenhafter Entwicklung fragen. Der Kongress verfolgt dabei folgende Linie: Angefangen bei der Frage nach dem Zusammenhang von Krise und kapitalistischer Produktionsweise im Allgemeinen, wollen wir das Besondere der aktuellen Krise analysieren und nach den Transformationen der Arbeit und des Sozialen fragen. Schließlich soll kontrovers die Tragfähigkeit des Konzepts einer »sozialen Gerechtigkeit« für eine emanzipatorische Linke diskutiert werden. Das Nachdenken über Alternativen zum Kapitalismus muss sich als doppelte Kritik vollziehen: Am Kapitalismus als verselbstständigtes, unnötiges Zwangsverhältnis ebenso wie am (Real-)Sozialismus als schlechter Versuch seiner Aufhebung. In diesem Sinne wollen wir auf dem Kongress diskutieren, wie ein Bezug auf den Kommunismus heute aussehen könnte.
So, wie es ist, bleibt es nicht – das ist auch die Einsicht, dass die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise mit all ihren Verheerungen prinzipiell abgeschafft werden kann. Den Kapitalismus durch einen »Verein freier Menschen« zu ersetzen, diesem Vorhaben sieht sich der Kongress verpflichtet.
Termin: 3.-5.12.2010
Ort: Ruhr-Universität Bochum
Mehr: http://kongress.umsganze.de

STUTTGART 21

Demonstration am 11. Dezember
Unter dem Motto »Stuttgart ist überall!« ruft das »Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21« zu einer überregionalen Großdemonstration für mehr Bürgerbeteiligung am 11. Dezember auf. Eine Politik der »Alternativlosigkeit« und »Unumkehrbarkeit« über die Köpfe der BürgerInnen hinweg darf es nicht mehr geben – weder bei Stuttgart 21 noch bei anderen politischen Entscheidungen.
Treffpunkt ist der Bahnhofsvorplatz/ Schillerstraße um 14 Uhr.
Infos: www.kopfbahnhof-21.de
www.parkschuetzer.de

ANARCHISMUS

1. Anarchistische Buchmesse
Vom **9. bis 10.4.2011** in Mannheim im Jugendkulturzentrum Forum.
Mehr Info:
http://buchmesse.anarchie-mannheim.de

Libertäre Bücherstunde
Mitarbeiter der Bibliothek der Freien präsentieren ihre libertäre Lieblingslektüre aus 2010
Das nahende Jahresende nehmen Mitarbeiter der Bibliothek der Freien zum Anlass, eigene libertäre Lieblingstexte vorzustellen, mit denen sie sich im Jahr 2010 auseinandergesetzt haben. Sie präsentieren zentrale Textpassagen und laden zur gemeinsamen Diskussion ein. Im einzelnen stehen folgende Bücher auf dem Programm:
»Gründungskongress der Ersten Internationale in Spanien« (1870): Schon auf ihrem ersten Landeskongress in Barcelona brachten die spanischen Internationalisten ihr sozialrevolutionäres und anarchistisches Sozialismusverständnis zum Ausdruck. Durch das Kongressprotokoll sind die intensiven Diskussionen anschaulich und lebendig überliefert.
»Das Gedächtnis der Besiegten«: Ein historischer Roman des Autors Michel Ragon, der die wichtigsten Phasen und Etappen des 20. Jahrhundert erzählerisch miteinander verknüpft und aus anarchistischer Sicht nacherzählt.
»Der kommunitäre Sozialismus« (aus: »Wege aus einer kranken Gesellschaft«): Der Sozialphilosoph Erich Fromm (1900-1980) legte im Rahmen dieser im Jahr 1955 erschienenen Publikation eine nach wie vor aktuelle Gesellschaftskritik und -analyse vor und entwickelte gleichzeitig einen konsequent emanzipatorischen Gegenentwurf in Gestalt eines »Kommunitären Sozialismus«, der hier in seinen Grundzügen vorgestellt werden soll.
Termin: 10.12.2010, 19 Uhr
Bibliothek der Freien. Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin
DieFreien@BibliothekderFreien.de
www.BibliothekderFreien.de

MEDIEN

Gestalten mit Word
Visitenkarten, Flyer, Broschüren: Mit Word kann man vorzeigbare Drucksachen gestalten. Sie lernen mehrspaltiges Layout anzulegen, Bilder einzubinden und Layoutvorlagen zu verwenden. Grundkenntnisse von Typografie und Design helfen beim Layout.
Termin: 22.-23.1.2011
Das Seminar beinhaltet keine Übernachtung. Es findet statt in der Münchner Journalistenakademie, jeweils von 10 bis 16 Uhr.
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, 80331 München
☎ (0 89) 260 90 06, Fax: 260-90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
Web: www.baysem.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg